

Mit dieser Ausgabe neu: Cartoons im ganzen Heft

Nummer 1 – 3. Januar 2014 – 81. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Sternstunden der Schweiz

Neue Serie: Figuren und Momente, die unser Land bis heute prägen.

Von Peter Keller

Im Dienste ihrer Hoheit

Interne Dokumente über die Anbindung der Schweiz an die EU zeigen:
Der Bundesrat lässt sich von Brüssel unter Druck setzen. Von Urs Paul Engeler

Fall «Carlos»: Was ist los mit Zürichs Justizdirektor?

Martin Graf wird von externen PR-Beratern ferngesteuert. Von Alex Baur



ALPINE LUXURY WITH AN ASIAN TWIST

THE CHEDI ANDERMATT FREUT SICH AUF IHREN BESUCH

Traditionelle alpine Bauweise in modernster Gestaltung: Das Fünfsternehaus The Chedi Andermatt ist die erste Adresse der asiatischen Luxushotelkette GHM im deutschsprachigen Raum. In einer schneesicheren Wintersportregion gelegen und keine zwei Stunden von Zürich und Mailand entfernt, vereint das Hotel anmutige asiatische Gastfreundschaft und Schweizer Präzision. Zwei erstklassige Restaurants und ein grosszügiger Spa sorgen für unvergessliche Erlebnisse von bleibendem Wert. Buchen Sie jetzt einen Aufenthalt und erleben Sie die Zentralschweiz von einer ganz neuen Seite.

THE CHEDI

ANDERMATT, SWITZERLAND

Intern

Mit dem neuen Jahr lassen wir eine alte *Weltwoche*-Tradition neu aufleben: Ab dieser Ausgabe veröffentlichen wir wieder Cartoons – kleine, witzige Zeichnungen, die ganz für sich stehen, unabhängig vom Text und auch nicht zwingend politischen Inhalts sind, sondern einfach Vergnügen bereiten sollen. Nach dem Vorbild von angelsächsischen Magazinen wie etwa dem britischen *Spectator* sind die Cartoons nicht auf einer Humor-Seite gebündelt, sondern über das ganze Blatt verteilt. Langjährige Abonnenten werden vielleicht die eine oder andere Zeichnung wiedererkennen, denn die Cartoons sind auch eine Referenz an die



Liebenswürdiger Edelmann: Poldi.

grosse Tradition dieser Zeitung, die sich den Härten des Lebens stets mit einer gewissen Heiterkeit stellte. Insbesondere gibt es ein Wiedersehen mit Poldi, diesem liebenswürdigen, aber leicht trottelligen Edelmann, der über viele Jahre die Leser erfreute. Poldi wird jede Woche eingebunden ins Editorial des Chefredaktors. Selbstverständlich sind wir offen für Zusendungen. Die besten Cartoons werden veröffentlicht.

Mit grosser Freude begrüßen wir mit diesem Blatt zwei neue, ausgewiesene Autoren. Unsere Wirtschaftsberichterstattung wird der bekannte Journalist Martin Spieler verstärken, der zuletzt als Chefredaktor der *Sonntagszeitung* wirkte und davor die *Handelszeitung* leitete. Spieler wird für die *Weltwoche* vor allem grosse nationale und internationale Wirtschaftsführer im Gespräch porträtieren.

Neu zum Team stösst auch der landesweit bekannte Stilexperte Jeroen van Rooijen, der

wöchentlich auf einer Doppelseite, die sich allen Facetten der gepflegten Lebensart widmet. Der innovative Lifestyle-Journalist van Rooijen hat bisher vor allem für die *Neue Zürcher Zeitung* und die *NZZ am Sonntag* Akzente gesetzt, sowohl als Autor wie auch als Herausgeber von Heft-Beilagen. Die neue Doppelseite ersetzt die Rubrik «Die Besten», die unser Kollege Jürg Zbinden während der letzten Jah-



Neue Autoren: Spieler (o.), van Rooijen.

re hervorragend schrieb und betreute. Wir danken Jürg Zbinden herzlich und hoffen, den vielseitigen Autor in unseren Spalten bald wieder mit anderen Themen zu lesen.

Herzlich danken möchten wir auch unserem langjährigen Produktionschef David Schnapp, der sich künftig mit eigenen Projekten und im Corporate Publishing betätigen will. Als Auto- und Gastro-Kolumnist wird uns Schnapp allerdings erhalten bleiben, der als unerschütterlicher Ruhepol eine wichtige Führungsfunktion in diesem Blatt hervorragend versah. Neuer Produktionschef wird der erfahrene und ebenso gelassene Journalist Lukas Egli, der zuvor in unterschiedlichen Funktionen beim *NZZ Folio*, beim *Beobachter*, bei der *Schweizer Illustrierten* und bei *20 Minuten* amtierte. Herzlich willkommen!

Die *Weltwoche* kostet ab 1. 1. 2014 im Einzelverkauf Fr. 8.50./€6.90. Der Verlag reagiert damit auf die rasanten Veränderungen in der Zeitungsbranche mit sinkenden Auflagen und rückgängigen Inserateinnahmen. Die *Weltwoche* investiert weiterhin in hochstehenden Qualitätsjournalismus und eine unabhängige Redaktion, die Missstände aufdeckt und unkonventionelle, aufschlussreiche Denkanstösse liefert, um die Meinungsvielfalt lebendig zu halten.

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp, Lukas Egli

Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrigler,

Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Lucien Scherrer, Florian Schwab,

Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Pierre Heumann, Peter Holenstein,

Hansrudolf Kamer, Peter Keller,

Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Musciconico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Martin Spieler

Jeroen van Rooijen, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),

Joël Hunn, Raffaella Bachmann (Assistentin)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.

Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Exklusives Toyota-Winterfahrtraining:

Fahrspass auf Schnee und Eis

Perfektionieren Sie Ihre Fahrkünste unter Anleitung erfahrener Instrukturen – und testen Sie dabei den GT 86 und den neuen Land Cruiser.

Auf dem abgesperrten Gelände inmitten einer tiefverschneiten Berglandschaft zeigen Ihnen die Instrukturen des Driving Center Schweiz, wie man mit dem heckgetriebenen Toyota GT86 schwierige Situationen souverän meistert. Neben der gewonnenen Fahr-sicherheit steht eine Menge Fahrspass auf dem Programm.



Am Steuer des neuen Land Cruiser erfahren Sie auf der steilen Offroad-Strecke, wie modernste Technologie das Fahren bei winterlichen Bedingungen in bisher nicht gekanntem Mass erleichtert.

Das Programm:

- Am Vorabend starten wir mit etwas Theorie.
- Den Abend lassen wir bei einem gemütlichen Dinner ausklingen.
- Sie übernachten im brandneuen 3-Sterne-Superior-Hotel «Spitzhorn» in Saanen-Gstaad.
- Am nächsten Morgen geht's los mit den Manövern auf Schnee und Eis.

Dieses exklusive Wintererlebnis offerieren wir Weltwoche-Abonnenten zum Vorzugspreis von Fr. 590.–.

Weltwoche-Spezialangebot

Winterfahrtraining mit diversen Toyota-Modellen für nur Fr. 590.– pro Teilnehmer.

Veranstaltungsort:

3-Sterne-Superior-Hotel «Spitzhorn» in Saanen-Gstaad

Angebot:

- Anleitung durch erfahrene Instrukturen
- Toyota-Fahrzeuge für das Fahrtraining
- Hotelunterkunft mit Vollpension
- Anreise individuell jeweils am Vortag

Kursdaten:

Montag, 24. Februar 2014
Dienstag, 25. Februar 2014
Donnerstag, 27. Februar 2014

Anmeldung:

Senden Sie eine E-Mail mit dem Vermerk «Weltwoche-Spezialangebot» an driveacademy@toyota.ch. Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist, werden die Anmeldungen in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Veranstalter:

Toyota AG, 5745 Safenwil
www.toyota.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Erster Weltkrieg

Die wichtigste Lehre: Nichts ist gefährlicher als unkontrollierte Politiker. Von Roger Köppel

Unter den vielen Parallelen, Risiken und Ähnlichkeiten, die unsere heutige Welt mit der Welt vor hundert Jahren, als der Erste Weltkrieg ausbrach, zu verbinden scheinen, wird eine bis heute aktuelle Gefahr interessanterweise ausgeblendet: Der Erste Weltkrieg war bei allen denkbaren sozioökonomischen, politischen, ideologischen, militärisch-strategischen und menschlich-irrationalen Ursachen vor allem das Resultat bewusst getroffener Entscheidungen von Politikern, die aufrichtig der Meinung waren, sie handelten im Interesse ihrer Länder.

Mit anderen Worten: Der Erste Weltkrieg war das Resultat eines umfassenden Versagens der politischen Eliten, die jenseits wirksamer Kontrollen Entscheide trafen, die nicht sie selber, sondern vor allem Menschen ausbaden mussten, die mit dem Zustandekommen dieser Entscheidungen nichts zu tun hatten. Die wichtigste Lehre, die wir aus dem Unheil ziehen können, lautet deshalb: Politiker und politische Machthaber müssen jederzeit aufs Engste kontrolliert und gebändigt werden. Grösstmögliches Misstrauen gegenüber jeder politischen Macht ist die entscheidende Erkenntnis aus den Jahren 1914–1918.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass in Europa, hätte es damals Volksabstimmungen gegeben, die Mehrheiten dafür gewesen wären, Truppen, die sie selber hätten bilden müssen, in den Schützengräben an der Westfront oder im Osten zu verheizen. Die Bilder begeisterter Jubelmassen, die den Soldaten an den Bahnhöfen anfänglich Blumen zuwarfen, sind nicht Ausdruck eines legitimen politischen Willens. Die Euphorie kippte bald in Depression.

Nimmt man den Ersten Weltkrieg als Anschauungsbeispiel dafür, was schlimmstenfalls passieren kann, wenn Politiker die Politik alleine unter sich ausmachen, dann ist Demokratie – und das heisst: möglichst direkte Demokratie – das zwingende Gebot der Stunde.

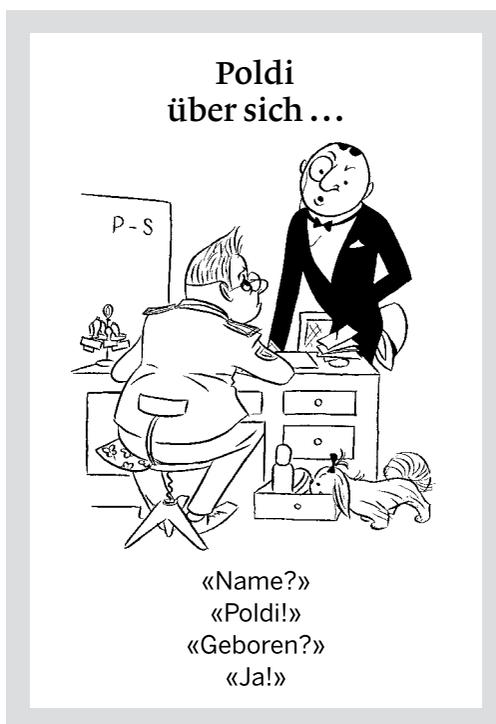
Zwingender denn je, möchte man hinzufügen. Es ist eine tragische Ironie, dass ausgerechnet jenes Gebilde, das für sich in Anspruch nimmt, die richtigen Lehren gezogen zu haben, gespenstisch jene Eigenschaften anzunehmen droht, die fatal auch die politischen Systeme vor Ausbruch des grossen Gemetzels kennzeichneten: Die Europäische Union ist im Lauf ihrer noch kurzen Geschichte zu einem Machtinstrument abgehobener Eliten ohne ausreichende *checks and balances* geworden. Ihre



«Verfahren, Macht zu brechen und einzuhegen.»

Entscheidungsstrukturen sind labyrinthisch-diffus, die Verantwortungslinien bleiben unsichtbar. Bürger und Parlamente werden an den Rand gedrängt, die europäische Kommandobrücke hingegen waltet unbehelligt.

Ihre Macht ist beträchtlich. Die EU sägt inzwischen gewählte nationale Regierungen ab (Berlusconi in Italien) und verschiebt Milliarden an Steuergeldern und Garantien aus dem Norden Richtung Süden. Vor allem aber dient die EU den Politikern ihrer Mitgliedsländer als willkommene Nebelbank oder Dunkelkammer, um Massnahmen herbeizuschlwinern, die sie in einem ordentlichen demokratischen Prozess nie durchgebracht



hätten. Natürlich stehen wir nicht unmittelbar davor, dass die Europäische Union China den Krieg erklärt, aber wenn wir uns ausmalen, welche gewaltigen sozialen Konflikte aus der undemokratisch erzwungenen Fehlkonstruktion des Euro herauswachsen können, wird eine Ahnung der Gefahren fühlbar, die heute durch unkontrollierte politische Entscheidungen heraufbeschworen werden.

Nein, Europa steht nicht vor einem neuen Weltkrieg, und die EU ist auch nicht das Empire Napoleons oder das Deutsche Reich unter Wilhelm I., Ludendorff und Hindenburg. Doch lassen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass grossräumig angehäufte politische Macht, wie sie heute die EU durchaus darstellt, zu jeder Zeit das Problem ihrer Anwendung und Kontrolle aufwirft. Die Schweiz hat bereits zu spüren bekommen, wie sich in der EU die Anmassung ausbreitet, sich über einen unabhängigen Kleinstaat hinwegzusetzen, ihm Regeln aufzuzwingen, die nur dem Grossen Vorteile verschaffen. Neuerdings soll die Schweiz genötigt werden, mit der EU Verträge abzuschliessen, die der EU exklusiv das Recht einräumen, die Verträge einseitig zu ändern, wobei der Schweiz Sanktionen drohen, sollte sie sich Brüssels Verfügungen widersetzen. Der Grosse würgt den Kleinen.

Bedrohlich klingt vor diesem Hintergrund die immer häufiger zu hörende neue Selbstdefinition der EU nicht mehr als blosses, nach innen gerichtetes «Friedensprojekt», sondern als sich muskulös nach aussen plusterndes «Bollwerk» gegen die «Blöcke» «Asien» und «USA». Schon früher tarnten Europas Eroberer ihre raumgreifenden Fantasien ins Vokabular der präventiven Notwehr. Wir können froh sein, dass sich die Ambition heute erst im Stadium der Rhetorik befindet. Die Sehnsucht, politische Grossmacht zu spielen, ist in Europa bald hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg wieder erschreckend salonfähig.

Die Schweiz hat aus den Verheerungen des Kriegs die besseren Folgerungen gezogen. Das Stalingrad der Eidgenossen war Marignano 1515. Auf dem Schlachtfeld vor Mailand endeten die aussenpolitischen Träume der aufstrebenden Grossmacht aus den Alpen. Machiavelli hatte den wehrtüchtigen Schweizern noch zugetraut, Italien zu erobern. Doch das den Berglern innewohnende anarchische Moment äusserte sich ausserhalb der Heimat als soldatische Unfähigkeit, sich dem Willen ihrer militärischen Führer unterzuordnen. Die zur Eroberung fremder Länder untaugliche Chaotruppe ging unter. Zum Glück.

Die Niederlage war segensreich für die Schweiz. Anstatt nach Macht zu streben, hat sie brauchbare Verfahren entwickelt, politische Macht zu brechen, einzuhegen und damit erträglich und stabil zu halten. Hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieg hat die EU diesen Schritt noch vor sich.



Parallelen zwischen 1914 und 2014: Seite 44



Ist Biodiversität messbar? Seite 32



«Phantasma»: Micheline Calmy-Rey. Seite 24



«Klare Standpunkte»: Nico Hofmann. Seite 46

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar** Im Dienste Ihrer Hoheit
- 9 **Im Auge** David Lagercrantz, Ghostwriter
- 10 **Kultur** Der bessere Mensch
- 11 **Personenkontrolle** Sigg, Ballmer, Wanner, Karrer, Gentinetta, Hensch, Snowden, Faber
- 11 **Nachruf** Edgar M. Bronfman, Unternehmer
- 12 **Milliardenloch im Weltraum**
Das EU-Projekt «Galileo» läuft aus dem Ruder
- 14 **Die Deutschen** Politiker zähmen die Medien
- 14 **Wirtschaft** Sozialismus 2.0
- 15 **Ausland** Obama läuft die Zeit davon
- 16 **Mörgeli** Vom Westen viel Neues
- 16 **Bodenmann** 40 Jahre Gurken-Manifeste
- 17 **Medien** Polizisten, Polemiker, Politiker
- 17 **Gesellschaft** Jaywalking
- 18 **Leserbriefe/Darf man das?**

Hintergrund

- 20 **Neue Serie: Sternstunden der Schweiz**
Aussergewöhnliche Menschen und Momente der Schweiz

22 Der gezähmte Berg

28. Februar 1880: Durchstich am Gotthard-Eisenbahntunnel

24 Die Lügen der Bundesräte

Die Landesregierung leistet sich Falschaussagen

26 Was ist los mit Zürichs Justizdirektor?

Fall «Carlos»: Regie führte der Krisenfachmann Roger Huber

29 Der Grossverteiler

CVP-Ständerat Bieri lobbyiert für den öffentlichen Verkehr

32 Ausgelatschter Fussabdruck

Der «ökologische Fussabdruck» gehört abgeschafft

33 Rechtsstreit Teure Heimlichtuerei

34 Aepllis fatale Falschaussage

Mörgelis Gegner formieren sich (Weltwoche-Serie, Teil 6)

37 Medizin Der Fluch der Fallpauschalen

38 Finanzplatz Das Fatca-Abkommen ist schikanös und teuer

39 Brief aus Berlin Hört auf, nach dem Morgen zu fragen

40 Die fabelhaften Fueters

Auf den Spuren einer aussergewöhnlichen Familie (Teil 1)

44 Wiederholt sich die Geschichte?

Auch 1914 konnte sich niemand einen Weltkrieg vorstellen

46 «Die tägliche Pervertierung»

Neues Epos des deutschen Filmproduzenten Nico Hofmann

49 Essay Zoë Jenny über unkontrollierte Kinder



«Ich habe nichts zu widerrufen»: Theologe Küng. Seite 50

Interview

50 «Im Himmel fliegen keine Fetzen»

Hans Küng, der bekannteste Kritiker der katholischen Kirche, über seinen Einfluss auf Papst Franziskus und seine Einstellung zur Sterbehilfe

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Frank Horvats «Cover for Harper's Bazaar»

56 Bestseller

56 Eine Frage der Ehre

Die Psychologie der Kapitulation – von der Antike bis zum Drohnenkrieg

58 Top 10 des Jahres 2013

58 Kino «The Secret Life of Walter Mitty»

59 Jazz Samuel Blaser

60 Namen Aviel Cahns «Rosenkavalier»-Premiere in Antwerpen

61 Hochzeit Cheyenne Pidgley und John McFadyen

61 Thiel Prosit Neujahr

62 Stilkritik Christa de Carouge prägt das Schweizer Modeschaffen

63 Die Liste Fünf stilvolle Winterstiefel

63 Klassiker Sofa «Togo»

63 Hat das Stil? Jeroen van Rooijen antwortet

64 Wein Le Serre Nuove dell'Ornellaia 2011

64 Zu Tisch Christian Jürgens' Drei-Sterne-Lokal

65 Auto Mini John Cooper Works GP

66 MvH trifft Marco «Bligg» Bliggensdorfer, Musiker

Autoren in dieser Ausgabe

Hans Geiger



Der Bankmanager war Generaldirektor der Credit Suisse und Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich. In seinem

Essay schreibt er, warum das Fatca-Abkommen mit den USA seiner Meinung nach internationalem Recht widerspricht und nicht ratifiziert werden darf. Seite 38

Malte Herwig



Der deutsche Publizist und Literaturkritiker schrieb 2010 die Biografie über den Schriftsteller Peter Handke («Meister der Dämmerung»).

Für die *Weltwoche* sprach er mit dem 85-jährigen Theologen Hans Küng über den Glauben, den Papst und den selbstbestimmten Tod. Seite 50

Abonnenten profitieren.



Ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT



CHRISTMAS **RACE**

MIT CHRISTA RIGOZZI



WIN!

HÖRE RADIO 105 UND GEWINNE DIESEN
IBIZA CUPRA R13, IM WERT VON CHF **33'000!**
ALLE INFOS AUF **WWW.105.CH**



POWERED BY

SEAT

Im Dienste Ihrer Hoheit

Von Urs Paul Engeler — Der Blick in die internen Dokumente zur geplanten EU-Anbindung der Schweiz beweist: Brüssel braucht den Erfolg und drängt einen Bundesrat, der sich erbötig zeigt.



Institutionelle Verschmelzung: Bundespräsident Burkhalter (r.), EU-Kommissarin Ashton.

Es stehe, schreibt der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse in seiner nicht publizierten Eingabe vom 16. Dezember 2013 an den Bundesrat, eine aussenpolitische Weichenstellung von der Bedeutung des EWR bevor: «Die Weiterentwicklung des Bilateralismus ist die wichtigste institutionelle Frage der Schweizer Europapolitik in den letzten 21 Jahren.» 1992 verwarfen Volk und Stände nach einer aufwühlenden Auseinandersetzung den Beitritt der Schweiz zum EWR. 2014 will der Bundesrat die Unterwerfung des Landes unter EU-Gesetze und -Richter als Routinegeschäft verkaufen.

Da schwindelt die Landesregierung gleich doppelt. Die «Erneuerung des Bilateralismus» ist nicht ein üblicher Vertrag zweier autonomer Partner, sondern die Vorstufe des EU-Beitritts. Zudem besteht zurzeit kein Schweizer Interesse an der engeren europäischen Fesselung. Das Gegenteil trifft zu.

Plötzliche Hektik

Zwei Mal, so erzählte der red- und reiseselige Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) vor den Aussenpolitischen Kommissionen (APK) des Parlaments, habe er in New York den Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, und die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton treffen können. Und stets hätten die beiden betont, sie wollten unbedingt («Il y a

une volonté claire») noch während ihrer Amtszeit, die am 31. Oktober 2014 endet, die Verhandlungen mit der Schweiz über deren Anbindung an die EU-Institutionen abschliessen: «La commission actuelle souhaite boucler ce dossier.» Und weil es den Brüsseler Funktionären derart pressiert, hastet auch der Bundesrat. Warum aber diese Hektik, nachdem während Jahren die Unterwerfung der Schweiz unter EU-Gesetze und unter den Europäischen Gerichtshof nur zögerlich behandelt wurde? Die Antwort liefert London.

2015 werden die brisanten Verhandlungen der EU mit Grossbritannien über dessen künftigen Status im europäischen Vielvölkerkonglomerat beginnen. Zur Debatte steht der Austritt der EU-müden Briten, die sich in den letzten Jahren immer deutlicher den USA zugewandt haben. Wahrscheinlicher ist, dass Premier David Cameron einen Sonderstatus erreichen will und wird. Wie auch immer: Der Prestigekampf im Westen wird das wacklige europäische Gebilde weiter schwächen.

Das sieht auch Didier Burkhalter so. Vor der nationalrätlichen APK ging er gar so weit, von einem drohenden Zusammenbruch des EU-Gebäudes zu sprechen. Wörtlich erklärte er den Volksvertretern: «Dès 2015, l'UE sera absorbée par le débat sur la position de la

» Fortsetzung auf Seite 10

Ich bin Lisbeth



David Lagercrantz, Ghostwriter.

Gelingt das? Die Folgen des Herzinfarkts, der Stieg Larsson im November 2004 erlitt, waren schrecklich: Der Autor starb, mit kaum fünfzig Jahren, das Lese- und Filmpublikum seiner brillanten Schweden-Thriller blieb nach drei Bänden auf Entzug. Um seinen Millionen-Nachlass entstand eine hässliche Erbschlacht. Seine Lebensgefährtin Eva Gabrielson, Hüterin seines Laptops, ging leer aus, bis auf 200 nachgelassene Seiten eines Manuskripts (das noch niemand gesehen hat) zu einem vierten Buch der «Millennium»-Reihe – Larsson hatte sogar zehn Bände geplant. Der Norstedts-Verlag hat dem Stillstand – bei 75 Millionen verkauften Exemplaren – jetzt ein Ende bereitet und einfach einen Fortsetzungsautor erfunden.

Er heisst David Lagercrantz und hat selber einen Background wie ein Roman. Die Familie gehört zur schwedischen Aristokratie, sein übermächtiger Vater Olof war ein gottähnlicher Literaturkritiker, hatte als Chefredaktor des *Dagens Nyheter* halb Schweden zum Feind und schrieb als praktizierender Familientyrann eine Biografie über Strindberg, den Dramatiker der zwischenmenschlichen Abgründe. Die Grossmutter war eine Gräfin, der Grossvater ein steinreicher Bankdirektor, eine depressive Tante sprang mit neunzehn Jahren aus dem Fenster.

Der junge David Lagercrantz erprobte seine Talente in hundert Jobs, wurde Kriminalreporter beim Boulevardblatt *Expressen*, schon sein erstes Buch, über den Alpinisten und Abenteurer Göran Kropp, war ein Bestseller. Er suchte sich immer wieder schwedische Helden aus, zuletzt den Fussballer Ibrahimovic («Ich bin Zlatan»). Der grossbürgerliche Ghostwriter, der sich schreibend in den frühen Rotzlöffel aus dem Ausländergetto Rosengård in Malmö und späteren Superstar verwandelt – ein faszinierend authentisches Selbstporträt. Es gibt nichts, was David Gunnar Fransiscus Lagercrantz, 51, nicht könnte. Sogar den Tischtennis-Weltmeister Jan-Ove Waldner hat er besiegt. Der war damals allerdings drei Köpfe kleiner als er. «Peter Pan und James Bond leben auch weiter», rechtfertigt er den Auftrag. Jetzt also Lisbeth Salander, die «Millennium»-Hackerin. Peter Hartmann

Grande-Bretagne et sur une potentielle implosion de la construction européenne.»

Nun ist nicht erkennbar, warum die Schweiz knapp vor einem Kollaps oder einer Fragmentierung mit der Union Verträge abschliessen soll, die das Land noch enger mit dem Schicksal der Lahmenden verknüpfen sollen. Die Eidgenossenschaft könnte diesen spektakulären Schiffsuntergang gelassen vom Ufer aus beobachten und sich gezielt auf eine neue EU light vorbereiten. Bei rationaler Betrachtung kann die zentrifugale EU-Entwicklung die Position der Schweiz nur stärken.

Den Erfolg einer Fesselung der Schweiz braucht indes EU-Kommissionspräsident Barroso, der von den devoten Schweizer Behörden als «Ihre Hoheit» angeschrieben wird. Vor der Konfrontation mit den Briten möchte die Brüsseler Administration die Integrationskraft der Union demonstrieren und die Krise überspielen. Darum muss die wichtigste Frage seit der EWR-Abstimmung innert Monaten durchgepeitscht werden.

Während die Motive Brüssels nachvollziehbar und begrifflich sind, bleibt das Interesse der Schweiz an diesem Manöver schleierhaft. Selbst dem Aussenminister fiel auf die Frage, warum aus Schweizer Sicht die Negotiationen gerade jetzt zu forcieren seien, ausser Gemeinplätzen wenig bis nichts ein. Benachbarte Regionen wie Baden-Württemberg, Tirol und die Lombardei seien wirtschaftlich wichtiger als die USA oder China, meinte er. Nur sind und bleiben sie es auch ohne neuen Knebelvertrag.

Aus diesem Grunde betätigen nun sogar die Wirtschaftsverbände die Bremsen. Economie-suisse («viele offene Fragen») murmelt in der Eingabe zwar generelles Verständnis für das Vorgehen, formuliert dann aber gleich sechs zusätzliche «rote Linien», die das offizielle Mandat nicht einhält. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, seien die Verhandlungen «zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu sistieren», fordert der Verband, bevor «ein politischer Schaden» entstehe.

Das Gewerbe verweigert gar jede Unterstützung. Nach der Analyse der Folgen einer EU-Anbindung teilte dessen Verband Ende November der Landesregierung kategorisch und schriftlich mit, er lehne das Mandat ab: «Die Souveränität der Schweiz» würde geschwächt und «die Rechtssicherheit für KMU» in Frage gestellt.

Schliesslich gehen selbst die Kantone auf Distanz. Sie listen in einem als «vertraulich» deklarierten Brief vom 13. Dezember diverse Vorbehalte auf und schreiben: «Die Vorschläge des Bundesrates erscheinen nicht schlüssig und bergen die Gefahr in sich, dass bestehende Abkommen gefährdet werden.» Die Dokumente belegen: Niemand vermag Vorteile zu erkennen. Der innenpolitische Rückhalt fehlt. Der Bundesrat folgt allein der Logik Brüssels.

Kultur

Der bessere Mensch

Von Alex Reichmuth — Moralapostel im Auftrag des Staates arbeiten pausenlos an der Umerziehung des Bürgers. Jedes Scheitern spornt sie noch mehr an.

Ein neuen Menschen, der «unvergleichlich stärker, klüger, feiner» sein werde, kündigte der Kommunist Leo Trotzki 1923 an. Mit der sozialistischen Gesellschaft werde sich «der menschliche Durchschnitt bis zum Niveau eines Aristoteles, Goethe, Marx» erheben. Vor einem Vierteljahrhundert war es zwar vorbei mit dem Sowjetreich. Damit hatte auch die Umerziehung des Menschen, weg von Geiz und Gier, hin zum Holden und Tugendhaften, Schiffbruch erlitten. Dennoch tüfteln auch heute ganze Heerscharen von Politikern und Beamten immer neue Ideen dazu aus, wie sie ihre Zeitgenossen zu charakterlich vollständigen Wesen umformen können. Dabei wird kein Lebensbereich verschont.

Das Bundesamt für Energie etwa wünscht sich einen umweltbewussteren Pendler, der mit dem Velo zur Arbeit kommt und Parkplätze überflüssig macht. Eine Million Franken hat sich das Amt sein Programm «Mobilitätsmanagement» kosten lassen, aber nur 136 Firmen haben sich auf Geheiss von Bundesbern dazu erweichen lassen, auf ihre Angestellten entsprechend einzuwirken. Misserfolg kann die Bürokraten aber nicht stoppen. Gemäss *Tages-Anzeiger* will der Bund bald einen neuen Anlauf zur Pendlerumerziehung starten.

Der Verweis auf den ökologischen Kollaps taugt generell dafür, nachhaltiges Verhalten

anzumahnen. Eine Flut von Geboten und Verboten erinnert daran, dass fast alles, was man tut, kommenden Generationen schade. Jedes Plastiksäcklein, das man sich in der Migros schnappt, um Gemüse einzupacken, mindert schliesslich die Überlebenschancen der Menschheit. Sünde auf Schritt und Tritt.

Drastische Verhaltensveränderungen sind aus Sicht der Verbesserer auch beim Mann- und Frausein nötig. Noch immer gibt es kaum Automechanikerinnen und Pflegefachmänner. Diese «Geschlechtertrennung in der Arbeitswelt» sei «problematisch», lautete das Fazit eines staatlichen Forschungsprojekts. Also braucht es noch mehr «Gender-Workshops» an den Schulen, um solche Fehlprägungen aus der Welt zu zaubern. Zwar spielen kleine Buben von sich aus «Räuberlis» und kleine Mädchen mit Puppen. Dennoch müssen Männer zu Frauen und Frauen zu Männern gemacht werden. «Steter Tropfen höhlt den Stein», lautete kürzlich die Durchhalteparole einer Gender-Forscherin.

Wöchentlicher Vegi-Tag

Kulturell ist der Mensch sowieso auf Abwegen. Der ehemalige deutsche Kanzler Helmut Schmidt wollte einst einen fernsehfreien Tag pro Woche einführen. Staatliche Radiosender müssen regelmässig Musikstücke aus der Schweiz bringen, auf dass der schädliche Pop-Mainstream mit Kultur angereichert werde. Das Zürcher Volksschulamt hat festgestellt, dass Jugendliche Hollywood-Streifen bevorzugen. Nun will es ihnen in einem Projekt «wertvolle Filme» schmackhaft machen. «Es gilt, die Sensibilität und individuelle Geschmacksbildung zu fördern», liest man dazu.

Schrecklich uneinsichtig verhält sich der heutige Mensch seiner Gesundheit gegenüber. Da wird geraucht, gegessen und gefressen in einem Ausmass, dass es den Gesundheitsmissionaren ein Graus ist. Also rauf mit dem Preis für Zigaretten auf 11 Franken. Und weg mit dem Alkohol nach 22 Uhr, für alle.

Siebzig Jahre lang haben russische Apparatschiks versucht, sich ein Volk zu schaffen, das zu ihrer Ideologie passt – vergebens. Doch die Menschenverbesserer geben nicht auf. Nicht einmal wer im Rollstuhl sitzt, ist vor ihnen sicher: Auf Geheiss von oben müssen die Altersheime der Stadt Zürich seit kurzem einen wöchentlichen Vegi-Tag einhalten. Jetzt haben die Alten mit ihren klapprigen künstlichen Gebissen also Körner zu picken – dem Klima zuliebe.



Fernsehfreier Tag: Altkanzler Schmidt.

Personenkontrolle

Sigg, Ballmer, Wanner, Karrer, Gentinetta, Hensch, Snowden, Faber

Bis 2009 zählte Oswald Sigg zu den wichtigsten Angestellten der Eidgenossenschaft. Nun kämpft der ehemalige Vizekanzler und Bundesratssprecher mit einem «Verein für soziale Gerechtigkeit» und klagt über Schicksale. So etwa über jenes einer Asylbewerberin aus Afrika, die nach dem negativen Bescheid der letzten Instanz ins Sachabgabezentrum für Abgewiesene einziehen musste. «Die Insassen bekamen keinen Rappen Bargeld, nur Coupons. Sie halfen sich selbst mit Stehlen und Dealen», schreibt Sigg. Weil es der Auszuschaffenden im Zentrum nicht gefiel, suchte sie «eine freundliche Wohnung», für welche



«Sie halfen sich selbst mit Stehlen»: Oswald Sigg.

der Sozialdienst vorderhand aufkam. Nun wird die inzwischen «unter mehreren Krankheiten leidende Abgewiesene» aus humanitären Gründen vorläufig aufgenommen. Völlig zu Recht, findet Oswald Sigg: Denn die Asylbewerberin ohne Asylgrund erlebte ja bisher nur «die unordentliche, unsoziale und ungerichte Seite» der Eidgenossenschaft. (sär)

Was passiert mit den Geldern, die Regierungsräten durch ihre Nebenämter in Firmen, Verbänden und Stiftungen zufließen? Im Kanton Baselland ist diese Frage klar geregelt: VR-Honorare von Betrieben mit Staatsbeteiligung müssen in die Staatskasse fließen. Das hinderte ehemalige und amtierende Regierungsräte nicht daran, viel Geld in die eigene Tasche zu stecken. Der ehemalige Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP) etwa lieferte als Bankrat der Baselbieter Kantonalbank zwar das ordentliche VR-Honorar an die Staatskasse ab, behielt Sitzungsgelder und Spesen von rund 150 000 Franken jedoch selbst. Ballmer muss sich deswegen strafrechtlich verantworten. Da hat es sein Parteifreund und Finanzdirektorenkollege Christian Wanner aus Solothurn gescheitert gemacht: Wanner liess wenigstens das Gesetz ändern, bevor er Jahr für Jahr mehr als 100 000 Franken Spesen und



Sitzungsgelder behalten: Adrian Ballmer.

Sitzungsgelder aus dem VR-Mandat beim staatlichen Alpiq-Konzern auf sein Privatkonto überweisen liess (Weltwoche Nr. 24/13). (cal)

Der neue Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer startet unglücklich. Sein Kandidat für das Amt des Direktors als Nachfolger von Pascal Gentinetta, Jean-Marc Hensch, streicht aus gesundheitlichen Gründen die Segel, bevor er an Bord ist. Der Entscheid, einen samtenen PR-Mann an die Spitze einer Kampforganisation stellen zu wollen, war wohl falsch. Karrers Mann hatte sich gegen interne Mitbewerber durchgesetzt, was die Stimmung in den Economiesuisse-Büros nicht eben hob. Kommt nun einer der Bisherigen zum Zug, darf er sich als zweite Wahl fühlen. (fsc)

Offiziell arbeitete der Amerikaner Edward Snowden als Botschaftsattaché der Vereinten Nationen in Genf, heimlich aber spionierte er die Schweiz für den US-Geheimdienst CIA aus. Auch Peter Faber ist Amerikaner und arbeitet in der Schweiz. Er leitet das International Relations and Security Network (ISN), eine Internetplattform der ETH Zürich, die wissenschaftliche Informationen zu den Themen Sicherheit und internationale Beziehungen verbreitet. Das ISN wird zur Hälfte vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport finanziert. ISN-Chef Peter Faber war zuvor dreissig Jahre lang für das US-Verteidigungsministerium tätig. Beim Bund gibt es keine Antwort auf die Frage, ob Faber je hinsichtlich Datenspionage überprüft worden sei. Die ETH teilt mit, der ISN-Chef habe in keiner Art mit heiklen Daten zu tun. Das glaubte man bei Snowden auch... (are)



«Botschaftsattaché»: Edward Snowden.

Nachruf



Schokoladenseite: Unternehmer Bronfman.

Edgar M. Bronfman (1929–2013) — Es ist das Schreckensszenario der Verantwortlichen des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes in den späten achtziger Jahren: nämlich die Bosse des New Yorker Jüdischen Weltkongresses (WJC) so häufig in der Schweiz einfliegen zu sehen wie in Wien während der «Affäre Waldheim» – und sich so zur Seite gedrängt zu fühlen. Nur wenig später tritt dieses Szenario tatsächlich ein: Es geht um den Umgang der Schweiz und ihrer Banken mit den sogenannten «nachrichtenlosen Vermögen» während der Weltkriegsjahre.

Der aus Kanada stammende Amerikaner Edgar M. Bronfman ist Schnapshändler und Multimillionär. Als WJC-Präsident lehrt er nun zusammen mit seinem Generalsekretär Israel Singer die Schweiz das Fürchten. Zielsicher nützen die beiden den jahrelangen herzlosen Umgang vieler Banken mit den Nachkommen der Schoah-Opfer aus. Diese sind sicher, dass auf helvetischen Konten Gelder ihrer Verwandten liegen, die von den Nazis umgebracht wurden – können dies aber nicht beweisen. Die Debatte endet 1998 mit dem grossen Bankenvergleich und einer Zahlung von 1,25 Milliarden Dollar an die Erben.

Bronfman, der am 21. Dezember in New York gestorben ist, war also ein Raubein. Er hatte aber auch seine Schokoladenseite – im wörtlichen Sinn. Als Schnapsfabrikant entwickelte er unter anderem den israelischen Sabra: einen süssen Likör mit Schokoladen- und Orangenaroma, der vielerorts gerne getrunken wird – nun wohl auch im Andenken an Edgar Miles Bronfman.

Peter Bollag

Milliardenloch im Weltraum

Von Christian Mundt — Das Satellitennavigationssystem «Galileo» von der EU ist zeitlich im Rückstand. Die Kosten laufen aus dem Ruder. Die Schweiz beteiligt sich mit Hunderten Millionen Franken an diesem Weltraumprojekt, obwohl der Nutzen für sie fraglich ist.



Hätte bereits 2008 den Betrieb aufnehmen sollen: Sojuz-Rakete bringt Galileo-Satelliten ins All.

«Galileo» soll die Welt verändern. Denn bei Galileo handle es sich um eine «Schlüsseltechnologie», die mit der Erfindung des Internets, des Personalcomputers oder der mobilen Kommunikation gleichzusetzen sei – so dessen Förderer. Galileo ist das europäische Satellitennavigationssystem, benannt nach dem italienischen Gelehrten Galileo Galilei, der zu Beginn des 17. Jahrhunderts als einer der ersten mittels Teleskop den Weltraum beobachtete und so zahlreiche Entdeckungen am Himmel machte. Seit 1999 arbeiten die Europäische Union und die Europäische Raumfahrtagentur ESA am Projekt Galileo. Im Februar 2013 konnte erstmals eine Position auf der Erde mit dem Galileo-System bestimmt werden. Gemäss ursprünglichem Zeitplan hätte das System schon 2008 den Betrieb aufnehmen sollen. Heute wird aber mit einer vollen Einsatzbereitschaft erst ab 2020 gerechnet, erste Teile

des Systems sollen noch 2014 oder 2015 betriebsbereit sein. Momentan befinden sich allerdings erst vier der dreissig Galileo-Satelliten im Orbit, für den geplanten Teilbetrieb müssten es achtzehn sein.

Auch der Finanzrahmen erweist sich als zu ambitioniert: 2,7 Milliarden Euro kostet die Investition, schätzte die EU zu Beginn des neuen Jahrtausends. Heute rechnet die EU mit rund 7,9 Milliarden Euro bis zur Fertigstellung – fast das Dreifache. Die Europäische Kommission unterstreicht den gesamtwirtschaftlichen Nutzen von Galileo: Es soll der Wirtschaft «in den kommenden zwanzig Jahren schätzungsweise 90 Milliarden Euro bringen». Auch das ist zu bezweifeln. Denn ursprünglich hatte die EU die Idee, Galileo im Sinne einer Public-Private-Partnership zu zwei Dritteln durch Privatunternehmen finanzieren zu lassen. Die Verhandlungen mit

interessierten Firmen scheiterten, weshalb sich die EU-Kommission 2007 dafür entschied, die übrigen zwei Drittel der Mittel, die aus privater Quelle hätten kommen sollen, ebenfalls zu übernehmen.

Auch die Schweiz ist am Galileo-Projekt beteiligt. Da die Gesamtverantwortung für das Projekt nach dem Fehlen privater Investoren ausschliesslich in Brüssel liegt, hat Bern Interesse bekundet, einbezogen zu werden. So sollen Zugang zum System sowie Mitsprache gesichert werden. Das entsprechende Kooperationsabkommen wurde kurz vor Weihnachten unterzeichnet. In Anbetracht der ausufernden Kosten muss die Schweiz sich aber primär an der Finanzierung beteiligen und kann wenig mitreden. An die Aufbauphase von 2008 bis 2013 steuert die Schweiz im Nachhinein 80 Millionen Euro bei. Bereits vor der Unterzeichnung des Abkommens hat das Par-

lament im letzten Winter den Nachtragskredit über 72 Millionen Franken (60 Millionen Euro) gutgeheissen. Diese erste Tranche wird dem Budget 2013 belastet. Die übrigen 20 Millionen Euro (rund 25 Millionen Franken) sind im Budget 2014 aufgeführt.

Mit dem Nachschuss ist es aber noch nicht getan. Bis 2020 beteiligt sich die Schweiz zusätzlich jährlich und anteilmässig an den Kosten. Diese werden nach der Formel «Bruttoinlandprodukt der Schweiz, geteilt durch das Bruttoinlandprodukt der EU-Mitgliedsstaaten» berechnet, so dass die Schweiz als reiches Land pro Kopf überdurchschnittlich viel bezahlt. Gemäss Schätzungen dürften es pro Jahr 35 Millionen Franken sein, was zirka 3,5 Prozent der Kosten von Galileo entspricht. Damit sind die Galileo-Ausgaben der Schweiz noch stärker explodiert als diejenigen der EU: 2005 hatte der Bundesrat entschieden, sich mit maximal 10 Millionen Franken zu beteiligen, was er 2007 in einer Antwort auf eine Interpellation bestätigte – jetzt dürften es 342 Millionen Franken werden.

Diesen Betrag bezahlt die Schweiz aufgrund fehlender Privatinvestoren beziehungsweise der Übernahme der gesamten Kosten durch die EU. Die Schweiz ist allerdings bereits am ersten Drittel der Kosten beteiligt, das von Anfang an staatlich finanziert war: Dieses Drittel wird je hälftig von der EU und der ESA übernommen. Weil die Schweiz Gründungsmitglied der ESA ist, zahlt sie auch über diesen Kanal einen Beitrag an das Satellitenprojekt. Die ESA hatte 2013 ein Budget von rund 4,2 Milliarden Euro, wovon gut 108 Millionen Euro aus der Schweiz kamen. Vom ESA-Geld wiederum flossen etwas mehr als 700 Millionen Euro in Navigationsprogramme.

Atomuhren aus Neuenburg

An die 93 Millionen Euro teure und vollständig von der ESA bezahlte Definitionsphase von Galileo steuerte die Schweiz via ESA 3,5 Millionen Franken bei. An den ESA-Anteil der Entwicklungskosten zahlte die Schweiz ebenfalls knapp 20 Millionen Franken. Insgesamt

beträgt der Anteil der Schweiz via ihre ESA-Mitgliedschaft somit rund 23 Millionen Franken. Der Beitrag der Schweiz an die Errichtung der europäischen GPS-Konkurrenz beträgt insgesamt also mehr als 360 Millionen Franken. Noch offen sind die Betriebskosten für die Satelliten und die Bodenstationen. Vor drei Jahren veranschlagte die EU 800 Millionen Euro pro Jahr. Wird sich die Schweiz auch daran mit 3,5 Prozent beteiligen, entspräche dies 28 Millionen Euro pro Jahr.

Da sich die ESA-Ausschreibungen an die Industrie im Gegensatz zu Ausschreibungen in der EU an den Mitgliederbeiträgen der Länder orientiert, kommt die Schweizer Industrie

2005 hat der Bundesrat beschlossen, sich mit 10 Millionen zu beteiligen – jetzt dürften es 342 Millionen werden.

in den Genuss von Aufträgen. Ein «Herzstück» der Satelliten sind Atomuhren aus Neuenburg. Auch der bundeseigene Rüstungsbetrieb Ruag liefert Komponenten für die Navigationsatelliten.

Die Motivation für das Projekt ist die Unabhängigkeit von den USA und deren «GPS» («Global Positioning System»), das vom amerikanischen Militär kontrolliert wird. Dieses kann die Signale stören oder einzelne Staaten ganz vom Positionierungssystem abschneiden. Auch das russische Navigationssystem «Glonass» und das im Aufbau befindliche chinesische System werden vom Militär der

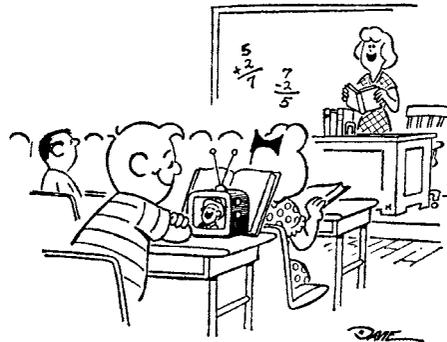
jeweiligen Länder betrieben. Das europäische System soll aber mit dem amerikanischen System kompatibel sein. Denn je mehr Satellitensignale der Empfänger auf der Erde erfassen kann, umso genauer lässt sich dessen Position bestimmen. Mit Galileo wird eine Positionsgenauigkeit mit einer Abweichung von unter fünf Metern angestrebt. Jene von GPS liegt bei rund zehn Metern.

«Militärische Nutzung notwendig»

Galileo sollte vor allem ein ziviles System ohne militärische Nutzung werden. Von einer rein zivilen Nutzung ist die EU zwischenzeitlich jedoch abgekommen und hat 2008 anerkannt, dass Galileo für «eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungsoperationen notwendig ist». Die europäische Weltraumpolitik dürfe «unter keinen Umständen zur Militarisierung und Bewaffnung des Welt-raums beitragen», heisst es weiter.

Unbekannt ist nun, was die Konsequenzen einer militärischen Galileo-Nutzung für die Schweiz sein könnten. Gemäss Vertretern der SVP im Nationalrat kann die Schweiz das System nur nutzen, wenn sie Nato-Mitglied ist. Dies habe der Verteidigungsminister bestätigt. «Wir sind weit weg von einem militärischen Programm», sagte demgegenüber Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf im Parlament. Gleichzeitig verwies sie auf die Botschaft des Bundesrats, über die das Parlament demnächst befinden soll. Dort würden alle Fragen zur Nutzung und zu den Kosten der Schweizer Beteiligung aufgelistet.

Unabhängig davon, was der Bundesrat dem Parlament präsentieren wird, steht bereits fest: Die Schweiz beteiligt sich mit mehreren hundert Millionen Franken an einer Konkurrenz zum gratis zur Verfügung stehenden amerikanischen GPS-Navigationssystem, um von dessen militärischer Beeinflussung unabhängig zu sein – und schießt Geld in ein EU-Projekt, dessen Fahrplan sich massiv verzögert, dessen Kosten explodieren und dessen Nutzung letztlich ebenfalls militärischen Zwecken dienlich ist. ○



Schärfer als Köppel,
politischer als Blocher:
FDM-News mit
Massimo Portmann

www.fdm-news.ch



Sehr komisch

Von Henryk M. Broder — Politiker wehren sich gegen allzu kritische Medienberichte.



Der Tatbestand der Majestätsbeleidigung wurde in Deutschland mit dem Ende der Monarchie abgeschafft. In der Bundesrepublik ist die «Verunglimpfung des Bundespräsidenten» strafbar. Der entsprechende Paragraph 90 des Strafgesetzbuches kommt aber extrem selten zur Anwendung. Die Tat kann nur «mit Ermächtigung des Bundespräsidenten verfolgt» werden. Auch der Tatbestand der Gotteslästerung wurde neu gefasst. Verfolgt wird nicht mehr, wer den Herrn lästert, sondern nur noch, wer «den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören»; man darf vor einer Kirche oder einem Freidenkerheim demonstrieren, aber die «Andacht» nicht stören.

Nun gibt es einen neuen Tatbestand, der noch in einen Paragraphen gefasst werden muss: Politikerbeleidigung. In einem Interview mit der *Berliner Zeitung* kritisierte der CDU-Politiker Norbert Lammert «die Neigung» der Medien, «nicht nur kritisch mit Parteien, Regierungen und Politikern umzugehen, sondern auch Menschen persönlich niederzumachen». Durch die Digitalisierung sei eine «grausame Dominanz der Unterhaltung gegenüber der Information» eingetreten. Als konkretes Beispiel für diese Entwicklung nannte Lammert die wöchentliche Satire-Sendung «Heute-Show» im ZDF. Die sei zwar «gelegentlich zum Brüllen komisch», aber «das Leben ist halt nicht nur komisch und die Politik schon gar nicht». Es dürfe nicht «in ein solches Format verkürzt werden».

Lammert ist nicht irgendein Hinterbänkler aus dem Westerwald. Er ist der Präsident des Bundestages, der zweite Mann im Staat, gleich nach dem Präsidenten und vor der Kanzlerin. Er steht über den Parteien. Sein Job ist es, für die Einhaltung der Regeln im hohen Haus zu sorgen, und nicht, Medienschelte zu üben.

Es ist die zweite Intervention dieser Art innert kurzer Zeit. Erst Ende November hatte sich der CSU-Vorsitzende Seehofer beim ZDF darüber beschwert, dass der SPD-Vorsitzende Gabriel in einem Interview «wie ein Schulbub» vorgeführt worden war. Zwei Wochen später wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Jetzt müssen nur noch die Medien in die Regierung der nationalen Einheit eingebunden werden.

Sozialismus 2.0

Von Silvio Borner — Die Marktwirtschaft war so erfolgreich, dass der klassische Marxismus verstummt ist. An seine Stelle tritt eine schleichende Aushöhlung der Grundlagen unseres Wohlstands.

Vom rasanten Wirtschaftswachstum, das die Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert auslöste, profitierten die Proletarier zumindest am Anfang nicht. Verelendung und Ausbeutung waren denn auch die zentralen Aufhänger für Marx und Engels. Für sie war dieses Arbeiterelend systemimmanent: Die Kapitalisten beuten die Arbeiter aus und nageln sie für ewig auf dem Existenzminimum fest, derweil sich die Kapitalisten allen Mehrwert aneignen. Diese ungehemmte Kapitalakkumulation bei stagnierender Kaufkraft der Ausgebeuteten macht das System krisenanfällig und verdammt es zum Zusammenbruch.

Um diesem Schicksal zu entrinnen, braucht es eine Revolution mit einer Diktatur des Proletariats. Das private Eigentum von Produktionsmitteln wird zwangsweise verstaatlicht. Und die Ressourcenallokation erfolgt nicht mehr marktgesteuert, sondern bedarfsgerecht im Rahmen eines gesamtwirtschaftlichen Plans (Planwirtschaft).

Dieser klassische Sozialismus hat in doppelter Hinsicht versagt. Zumeinen hat sich die marktwirtschaftliche Entwicklung trotz immer wiederkehrender Rückschläge langfristig auch zum Vorteil der Arbeitnehmer entwickelt, weil Investitionen und Innovationen die Produktivität der Arbeit nachhaltig erhöht haben. Zum andern haben Verstaatlichung des Eigentums und zentrale Planwirtschaft überall dort ins Masseneid geführt, wo sie autoritär umgesetzt wurden. Noch vor wenigen Jahrzehnten sind in China unter Mao Millionen Menschen verhungert, während Indien in einer gemäßigten Planwirtschaft elendiglich stagnierte.

Wer den Sozialismus aufgrund seiner schlechten historischen Leistung für tot hält, der irrt sich. Trotz ihrer Erfolge gerade im Westen wird die Marktwirtschaft durch einen neuen Sozialdemokratismus in Frage gestellt. Dieser bezweckt weniger eine Veränderung der Produktionsbedingungen als vielmehr die gerechte Verteilung des marktwirtschaftlich erwirtschafteten Volkseinkommens. Das egalitaristische Ziel ist hier soziale Gerechtigkeit oder gar Gleichheit. Dazu propagiert man hohe Kapital- und Erbschaftssteuern, stolze Minimallöhne, bedingungsloses Grundeinkommen oder fixe Lohnspannen.

Man ersetzt also den Arbeitsmarkt nicht direkt durch die Planwirtschaft, sondern greift

das Wirtschaftssystem über Preisverzerrungen indirekt an. Weil dies graduell erfolgt, ist diese Form der Überwindung des Kapitalismus nicht revolutionär, sondern schleichend, aber trotzdem unumkehrbar – und bis weit in bürgerliche Kreise hinein populär.

Das Wir entscheidet

Diese sanftere Variante des Sozialismus zielt primär auf den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum. Die demokratische Mitbestimmung ist wichtiger als die Freiheit des Einzelnen. Das Schlagwort ist hier «Demokratisierung» der Wirtschaft, angefangen bei der Corporate Governance der privaten Unternehmen bis hin zur mehrheitsfähigen Regulierung aller Märkte. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung müssen sich demokratisch legiti-

mierten Beschränkungen oder gar Verboten beugen. Dies hat auch eine unbegrenzte Regulierung des Arbeitsmarkts zur Folge. Die informelle Anstellung einer Putzfrau für ein paar Stunden wird zur strafbaren Handlung, halbstaatliche Kommissionen (beherrscht von den Gewerkschaften und dem Gewerbe) kontrollieren Hotels, Restaurants oder Baustel-

len mit Methoden, die an DDR-Vorbilder erinnern.

Eine weitere Komponente ist die soziale und ökologische Umerziehung. Man will also nicht von oben eine sozialistische Gesellschaftsordnung erzwingen, sondern die Einzelnen dazu erziehen. Das beginnt schon mit dem Znüni-Terror im Kindergarten. Die obligatorische Schulbildung will nicht mehr Wissen und Können vermitteln, sondern zur «kritischen Reflexion der Arbeitswelt» und zu «nachhaltigem Konsumverhalten» anhalten.

Aber auch wir Erwachsenen werden mit Verboten und Geboten, moralischen Appellen und ethischen Ermahnungen auf einen neuen «Weg der Knechtschaft» getrieben. So sollen Barzahlungen auf 100 000 Franken begrenzt werden oder Autofahrer in Zwangsjacken gesteckt werden. Besonders fies ist die politische Korrektheit, die eigenständiges Denken schon im Keime erstickt. Hinter dieser zunehmenden Bevormundung stehen im besten Fall paternalistisch-elitäre Vorstellungen einer guten Lebensführung und im schlimmsten knallharte Interessen – beides mit viel gutbürgerlichem Support.



Obama läuft die Zeit davon

Von Hansrudolf Kamer — Die links-progressive Politik, die der amerikanische Präsident nach seinem Wahlsieg angekündigt hatte, kommt nicht weiter. Obamas Glaubwürdigkeit leidet.



Vor bald einem Jahr hat der wiedergewählte amerikanische Präsident Obama seine zweite Amtszeit mit der Ankündigung eines ehrgeizigen Umgestaltungsprogramms begonnen. Seine Of-

fensive sollte den Endpunkt der konservativen Welle signalisieren, die einst Präsident Reagan 1980 ausgelöst hatte. Der von Reagan angestossene politisch-ideologische Zyklus hatte drei Jahrzehnte gedauert. Auch der Demokrat Clinton hatte 1996 in seiner Rede vor dem Capitol unmissverständlich erklärt: «The era of big government is over.» Der Zeitgeist war staats skeptisch.

Obama markierte bewusst einen Bruch. Die Finanzkrise gab ihm die Basis dafür. In seiner Inaugurationsrede ritt er eine ideologische Attacke auf den konservativen Individualismus. Wenig später, in der *State of the Union*-Rede, bot er seine Programme für staatliche Wohltaten an. Die Botschaft war klar: «Big government is back». Er sei der Mann, dies ins Werk zu setzen. Von der Offensive ist wenig übriggeblieben. Der Nachrichtensender CNN kam dieser Tage zum Schluss, dass von den dreizehn Einzelvorhaben, die der 44. Präsident damals erwähnte, kein einziges der Verwirklichung nahe stehe.

Hauptproblem ist nach wie vor die Gesundheitsreform, deren missglückter Start eine Mischung aus Inkompetenz und Uneinsichtigkeit offenbarte. Weder die Arbeitsbeschaffungsprogramme noch der nationale Mindestlohn, weder die Schusswaffenkontrolle noch die Reform des Wahlsystems oder der Einwanderungspolitik sind weitergekommen. Die demokratische Parteibasis ist enttäuscht, die Zustimmungsraten Obamas tauchen in die Nähe jener Werte, die seinem Vorgänger das Regieren erschwert hatten.

Es ist, zum Teil, der natürliche Gang der Dinge. So entwickeln sich nun einmal zweite Amtszeiten von Präsidenten, die nicht wiedergewählt werden können und dadurch an politischer Schubkraft verlieren. Doch Reagan hatte trotz dem Iran-Contra-Skandal eine bemerkenswerte Steuerreform über die Bühne gebracht und aussenpolitisch die Sowjetunion mit einer Strategie von Konfrontation und Verhandlungen in die Enge getrieben.

Clinton schrieb trotz Impeachment eine noch heute segensreich wirkende Reform der Wohlfahrtsgesetzgebung auf seine Fahnen, hielt die Wirtschaft am Laufen und die Staatsfinanzen im grünen Bereich. Er verliess sein Amt mit relativ hohen Zustimmungsraten. George W. Bush war insofern ein Sonderfall, als 9/11 die Grundlagen seiner Präsidentschaft veränderten. Was immer er unternahm, stand unter dem Leitmotiv der Terrorabwehr. Sicherheit und Überwachung waren nun unverzichtbar – entgegen einer individualistischen Staatsphilosophie.

Nur noch wenige Monate

Obama führte Bushs Politik weiter. An seinem Horizont zeichnen sich aber keine Errungenschaften ab, wie sie Reagan oder Clinton nach ihrer Wiederwahl zustande brachten. Über die Ursachen streiten sich die Gelehrten. Die Umstände waren für Obama mit der Finanzkrise objektiv schwierig, doch hätten andere Rezepte mehr politischen Erfolg versprochen. Den Vorgänger und den politischen Gegner für Fehlbeurteilungen verantwortlich zu machen, wirkt nach fünf Amtsjahren nicht sonderlich überzeugend.

Die Republikaner betreiben Opposition und Obstruktion, wo sie können – wie die Demokraten einst gegen die Bush-Präsidenten und

Reagan. Sie tun dies, obwohl oder weil sie in schwacher Verfassung sind. Der Tea-Party-Flügel bekämpft die republikanische Parteiführung und das Establishment ziemlich unerbittlich und verursacht gegenwärtig neue Probleme bei der Kandidatenauswahl vor den Kongresswahlen im nächsten Herbst.

Von der verfehlten Taktik beim kurzen Behördenstillstand im Oktober hat sich die Grand Old Party allerdings überraschend schnell erholt, und die Umfragen zeigen nach oben. Sie profitieren davon, dass die Öffentlichkeit mit Obamacare ein Desaster erlebt, weil weder die elektronischen Börsen richtig funktionieren, noch die Anmeldungen den notwendigen Umfang erreichen. Bisher Versicherte verloren und verlieren ihre Deckung.

Dabei hat das Seilziehen gezeigt, dass die Amerikaner für eine Reform des Gesundheitswesens wären, nur eben eine andere als Obamacare. Ein überlegener Präsident nähme dies zur Kenntnis und nutzte die Gunst der Stunde für einen Neustart – er wäre möglich, genügend Republikaner, die pragmatisch politisieren, wären vorhanden. Die Wirtschaft läuft überdies besser. Die Börse boomt, die Arbeitslosigkeit sinkt etwas, das Wachstum zieht an, wenn auch zu wenig, um für den Abbau der enormen Staatsverschuldung Spielraum zu schaffen.

Normalerweise hat ein Präsident in seiner zweiten Amtsperiode nur bis zu den Zwischenwahlen Zeit, um etwas Grösseres zustande zu bringen. Nachher konzentriert sich alles auf die Wahl seines Nachfolgers. Die Kronpräsidenten sind schon jetzt in den Startlöchern und basteln an ihren politischen Netzwerken. Obama läuft die Zeit davon. Wenige Monate bleiben ihm, um von seiner Präsidentschaft zu retten, was zu retten ist.



Finanzkrise als Basis: Barack Obama.

Vom Westen viel Neues

Von Christoph Mörgeli

Der schöne Name lautet «AvenirSocial». Er steht für Soziale Arbeit Schweiz. «AvenirSocial». Man möchte sich den Begriff auf der Zunge zergehen lassen. «Wir sind ein dynamisches Netzwerk und wachsen kontinuierlich», schreiben die vereinigten Sozialarbeitenden. Glauben wir gerne. Sie bewirtschaften hierzulande den letzten wirklichen Wachstumsmarkt. Soeben ist «AvenirSocial» leider das «Opfer von Veruntreuung» geworden. Opfer tönt immer gut. Der Schaden beträgt eine runde halbe Million. Vorstand und Geschäftsleitung seien bestürzt. Und laden nach Bern zur Grossdemo «gegen Rentenklau und Lohndumping».

Der Dachverband unserer Wirtschaft heisst seit einiger Zeit «Economiesuisse». Er hiess früher «Vorort» – und hat mit dem neuen Kuschelnamen deutlich an Schlagkraft verloren. Die teure Denkfabrik unserer Grossunternehmen heisst «Avenirsuisse». Neulich davon gehört? Eben. Der Verband der Schweizer Schokoladenfabrikanten hört auf «Chocosuisse». Die vereinigte Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie nennt sich «Biscosuisse». Noch süsser tönt nur Ruedi Nosers persönlicher Ständeratswahlverein – nämlich «succèsuisse».

Irgendwann ist die französische Schweiz begrifflich mit voller Wucht über die Deutschschweiz hereingebrochen. Nach der «Credit Suisse» kam der Zürcher Flughafen «Unique», nach der Fleischwirtschaft «Proviande» folgte der Einkaufsfachverband «Procure». Die «Santésuisse» und die «Cinésuisse» riefen nach den Gebäudetechnikern von «Suissetec». Der biedere Apothekerverband schmückt sich heute mit dem wohlklingenden Titel «Pharmasuisse». Trotz Hauptsitz in Basel spricht man vom Versicherungskonzern «Nationale Suisse». Und die Schweizer Genossenschaft für Urheberrecht an audiovisuellen Werken heisst «Suissimage».

Weil die Welschen links wählen und Syndikate lieben, können wir die Bezeichnung «Travailsuisse» ja noch verstehen. Doch seit sich die Gärtnermeister «Jardinsuisse» nennen, die Wirte «Gastrosuisse» und die Haarschneider «Coiffuresuisse», diktieren ihnen die Gewerkschaften die Gesamtarbeitsverträge. Der Name ist Programm. Noch leistet der tüchtige Bauernverband Widerstand. Und nennt sich nicht «Paysansuisse». Auch der Gewerbeverband bleibt hart. Angesichts des massenzuwandernden Einzelgewerbes hiesse er sonst bald schon «Prostitutionsuisse».

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

40 Jahre Gurken-Manifeste

Von Peter Bodenmann — Seit 1970 immer die gleichen fremdenfeindlichen Schallplatten.



Masseneinwanderungsinitiative: Strahm liegt wie schon beim EWR daneben.

Das «Gurten-Manifest» war ein gut verpacktes, fremdenfeindliches Gurken-Manifest. Marke rechte Sozialdemokratie, Submarke Strahm und Sommaruga. 1992 war Rudolf Strahm in Sachen EWR der halblinke Schneepflug von Christoph Blocher. Strahm lieferte mit seinem Buch den grünen und rosaroten Bedenkenträgern die Stichworte. Seine Botschaft: Die Schweiz ist in Sachen Ökologie in Europa führend. Wenn sie beim EWR mitmacht, bedeutet dies ökologischen Rückschritt. Die naiven Grünen sprangen auf den Anti-EWR-Zug auf.

21 Jahre später steht fest: Die Schweiz wählte den Alleingang mit bilateralem Nachgang. Sie ist heute ökologisch in Europa nicht mehr führend. Deutschland hat der Solar- und Windenergie zum Durchbruch verholfen. Die Schweiz hat nichts bewegt. Falscher hätte Strahm nicht liegen können. 21 Jahre später kehrt der Täter zum Tatort zurück. Strahm trommelt in der Sonntagspresse schon wieder für Blocher. Nach dem linken Nein zum EWR soll es diesmal ein linkes Ja zur Masseneinwanderungsinitiative geben.

Saisonnierstatut wieder einführen?

Strahm empfiehlt – so offen, wie ein überlebender Emmentaler Täufer es tun kann – ein Ja zu einer SVP-Schlampi-Initiative, die Fremdenhass schürt, statt reale Probleme zu lösen. Dies mit dem von Toni Brunner erklärten Ziel, das unmenschliche Saisonnierstatut wieder

einzuführen. Geschichten wiederholen sich als bitterböse Farcen.

Noch zwei Schritte weiter geht die für Ausländerfragen zuständige Bundesrätin. Im Fernsehen behauptet Simonetta Sommaruga, früher seien bei steigender Arbeitslosigkeit die Ausländer nicht in ihre Länder zurückgekehrt. Wahr ist das Gegenteil: In den 1970er Jahren mussten 220 000 Fremdarbeiter zurück, weil es in der Schweiz keine funktionierende Arbeitslosenkasse gab. Und weil es ohne Arbeit keine Permis gab. Die erzwungene Rückwanderung verschärfte die grösste Krise der Nachkriegszeit, weil die Binnennachfrage einbrach. Heute hätten 900 000 in der Schweiz lebende Ausländer Anrecht auf einen Schweizer Pass. Sie stellen aber keinen Antrag, weil sie sich nicht von Schweizermachern demütigen lassen wollen.

Jetzt will Sommaruga nachfassen. Alle Ausländer, die in der Schweiz leben wollen, sollen einen Sprachtest machen müssen. Hirnverbrannter und fremdenfeindlicher geht es im Zeitalter der Globalisierung nicht. Christophe Darbellay ist mental ein Helvetier. Philipp Müller auch. Andy Tschümperlin und Gabi Huber erst recht. Sie alle sind gegen eine lebendige, offene und urbane 11-Millionen-Schweiz. Haben wir die Politiker, die wir verdienen? Leider ja.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Polizisten, Polemiker, Politiker

Von Kurt W. Zimmermann — Zum Zehn-Jahr-Jubiläum dieser Kolumne ein Rückblick auf zehn Medienjahre und ihre Akteure.

Anfang Januar 2004 erschien diese Kolumne zum ersten Mal. Wir nehmen es zum Anlass, etwas zurückzuschauen. Wer waren in den letzten zehn Jahren die zehn wichtigsten Figuren unserer Medienszene? Wir nennen sie in alphabetischer Reihenfolge.

Martin Dumermuth. Bis 2013 war Dumermuth Direktor des Bundesamts für Kommunikation. Er führte den Polizeistaat in den Medien ein. Er begründete die behördliche Qualitätskontrolle für private Radio- und TV-Stationen. Natürlich sagt er, er habe nur Anweisungen ausgeführt – das sagen alle Überwachungsfreunde.

Aloys Hirzel. Hirzel steht mit seiner Agentur für den beispiellosen Vormarsch der PR-Branche in den Medien. Journalisten geben heute, von Gripen bis Gösgen, oft nur noch das wieder, was ihnen PR-Büros vorgekauft haben. Hirzel erkannte früh, wie freiwillig und willig sich Journalisten heute instrumentalisieren lassen.

Dominik Kaiser. Mit seinem Kanal 3+ ist er der Erste, der ab 2006 eine nationale TV-Konkurrenz zur SRG schaffte. Kaiser war smarter als die gescheiterten Vorgänger Roger Schwinski und Tamedia. Im Gegensatz zu ihnen setzte er auf flache Unterhaltung, weil er wusste, dass hier die Schwachstelle des Staatsenders liegt.

Martin Kall. Tamedia-Chef bis 2012, war er unter den Medienhaien der gefräßigste Hai. Von der Berner Espace Media bis zur Westschweizer Edipresse frass er, unterstützt vom VR-Präsidenten Pietro Supino, die Zeitungen gleich im Dutzend. So sitzt Tamedia nun mitten in der Zeitungskrise auf einem veritablen Zeitungsberg.

Roger Köppel. Man kann seine helveto-konservative Haltung mögen oder nicht. Doch Köppel ist der einzige Chefredaktor, der den Journalismus sichtbar dynamisierte. Er polarisiert und polemisiert öffentlich, während seine Chefredaktions-Kollegen Koordinationssitzungen über redaktionsinterne Strukturprozesse abhalten.

Michael Ringier. Er steht für die Ausnahme, dass Schweizer Medienhäuser auch im Ausland vorankommen. Höhepunkt war 2010 die Fusion mit dem Axel-Springer-Verlag im Osteuropa-Geschäft. Nun aber beginnt das Konstrukt zu bröckeln. Soeben verkauften Ringier und Springer ihre sämtlichen Blätter in Tschechien.

Gerhard Schwarz. Schwarz war NZZ-Journalist, bevor er 2010 als Chef zu Avenir Suisse



Nationale Konkurrenz: TV-Chef Kaiser.

wechselte. Er war einer der letzten klassischen Meinungsmacher. Ordnungspolitisch stand er stets für freiheitlichen Liberalismus. Das war ein scharfer Gegensatz zum Gros der Journalaille und zu ihrer wachsenden Staatsgläubigkeit.

Thomas Sterchi. Bei gedruckten Kleinanzeigen waren die Schweizer Verlage eine Wucht. Sie verdienten Milliarden. Doch dann verschliefen sie den Transfer ins Internet. Jungunternehmer Thomas Sterchi machte es ihnen vor und baute die Stellenplattform Jobs.ch auf. 2012, welche Ironie, wurde Jobs.ch von Ringier und Tamedia für 390 Millionen übernommen.

Tito Tettamanti. Tettamanti ist ein Financier. Für ihn zählt der Profit. Manchmal zählt auch die Politik. Mit dem Kauf und späteren Verkauf von Titeln wie *Bilanz*, *Beobachter*, *Weltwoche* und *Basler Zeitung* war er der einzige ernstzunehmende Akteur neben den Grossverlagen. Neue Blätter wird er nicht mehr kaufen – dazu ist er zu sehr Financier.

Armin Walpen. Der SRG-Generaldirektor machte aus dem Staatsfunk einen Staatskoloss. Als er abtrat, hatte er 24 Radio- und TV-Kanäle. Dazu setzte Politiker Walpen für die SRG ein protektionistisches Gesetz durch, gegen das sogar das frühere DDR-Fernsehen unterprivilegiert erscheint. Nachfolger Roger de Weck konnte ab 2011 locker in der Hängematte schaukeln, die Walpen aufgespannt hatte.

Jaywalking

Von Beatrice Schlag — Bussen oder Entregelung: Zwei Versuche.

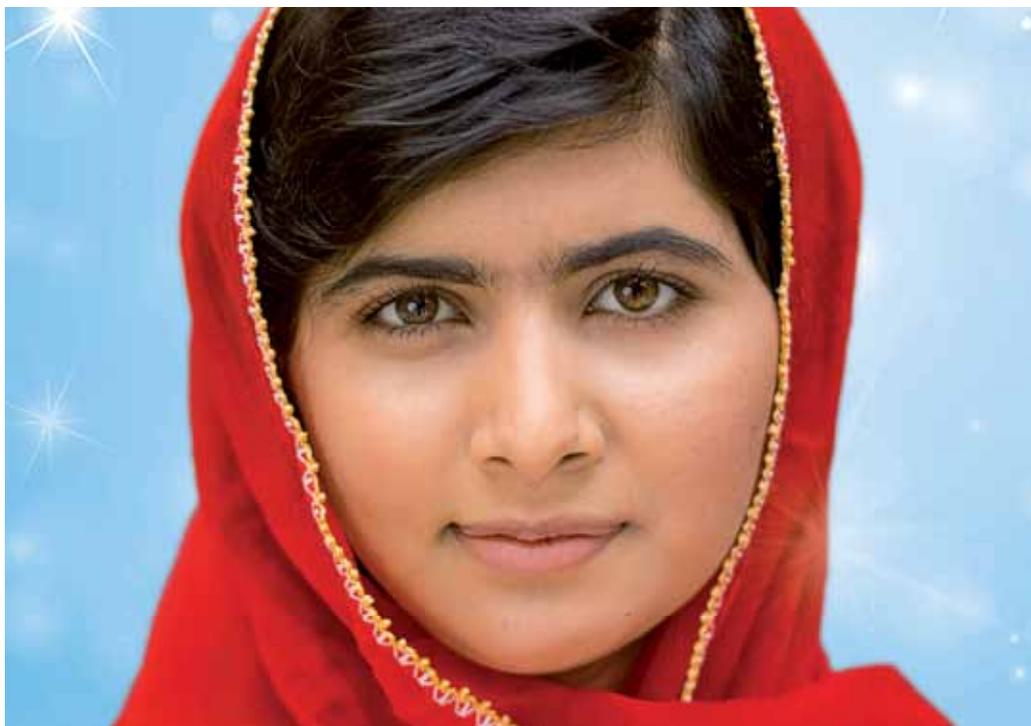
Downtown Los Angeles ist ein hipper Wohnort. Der Stadtteil wandelte sich innerhalb eines Jahrzehnts vom Massenlager für Obdachlose zur angesagten Adresse für Kreative, Spitzenköche, Hotels und Boutiquen. Und zum Paradies für Velofahrer und Fussgänger. Denn in der flächenmässig bescheidenen Downtown braucht man, anders als im übrigen Los Angeles, kein Auto, um vom Arbeitsplatz nach Hause, zum Supermarkt oder ins Kino zu kommen. Es wimmelt in Downtown dennoch von Autos. Aber eben auch immer mehr von Fussgängern.



Und damit auch von *jaywalkers*. So heissen die, die über die Strasse gehen, auch wenn da kein Fussgängerstreifen ist. Woher der Begriff kommt, ist nicht eindeutig festzumachen. Aber klar ist, dass die Stadt, die bisher den Autofahrern gehörte, nicht auf Fussgänger vorbereitet ist, die Strassen nach eigenem Gutdünken überqueren. In New York sind Fussgänger immer auch *jaywalkers*. Jeder Autofahrer rechnet mit ihnen, kein Polizist stellt sie zur Rede. In Los Angeles gingen bis vor kurzem bei Rot nur Lebensmüde über die Strasse, ausser eben in Downtown. Vor kurzem startete das Los Angeles Police Department eine Grossoffensive gegen fehlbare Fussgänger. 197 Dollar Busse zahlt, wer abseits des Zebrastreifens oder trotz roter Ampel einen Fuss auf die Strasse setzt. Die Bewohner von Downtown greifen sich an den Kopf. Spinnt die Polizei? Hat sie in der am Autoverkehr erstickenden Metropole nichts Besseres zu tun, als endlich zu Fuss gehende Menschen zu verfolgen?

In Bohmte, einer Kleinstadt in Niedersachsen, wurden 2008 im Rahmen eines EU-Experiments namens «Shared Space» auf der meistbefahrenen Durchgangsstrasse sämtliche Verkehrsschilder und Ampeln entfernt. Trottoirs und Zebrastreifen verschwanden. Über 12 000 Autos und Laster rollen täglich durch Bohmte. Anders als vor fünf Jahren ist der Verkehr inzwischen nicht nur flüssig, sondern auch für alle sicherer. «Sicherheit durch Unsicherheit» war kein billiger Slogan. Wo nichts geregelt ist, wird besser aufgepasst. Besonders auf Fussgänger. Dutzende von EU-Gemeinden haben inzwischen ihre Verkehrsschilder abmontiert. Versuche in Grossstädten stehen an.

«Mit grossem Interesse habe ich Ihre vielseitigen Beiträge und Interviews in der Weihnachtsausgabe gelesen.» *Ruth Baumann*



«Erst ohne Kopftuch glaubwürdig»: Malala Yousafzai.

Erst ohne Kopftuch glaubwürdig

Nr. 51/52 – «Träume kann man nicht erschliessen»; Zitate von Malala Yousafzai

Die junge Frau auf dem Titelbild wird erst glaubwürdig, wenn sie ohne Kopftuch auftritt. *Jan Kansy, Zürich*

Den Nagel auf den Kopf getroffen

Nr. 51/52 – «Zeit für Kerzen»; Kommentar von Allan Guggenbühl

Mit grossem Interesse habe ich erneut Ihre vielseitigen Beiträge und Interviews in der Weihnachtsausgabe gelesen. «Zeit für Kerzen» von Allan Guggenbühl hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Gut, dass es die *Weltwoche* gibt! *Ruth Baumann, Oberlunkhofen*

Schiefe Verträge

Nr. 51/52 – «Wir sind keine Idioten in Bern»; Interview mit Ständerat Thomas Minder

Selbst der unerschrockene Thomas Minder sagt in seinem Interview zur Zuwanderung: «Die Bilateralen sind Verträge zwischen zwei souveränen Staaten.» Welch ein Irrtum! Die EU ist weit entfernt davon, ein souveräner Staat zu sein. Die EU ist ein Gebilde, nicht einmal ein Verein, die einfachste Form einer kollektiven Rechtspersönlichkeit. Ausser dem sogenannten Parlament, das in einem eigenartigen Verfahren gewählt wird, aber nicht die Funktion einer echten Legislative hat, gibt es

in Brüssel kein einziges demokratisch legitimes Gremium. Über den Lissabon-Vertrag, eine Art Verfassung, wurde vorsichtshalber fast nirgends abgestimmt. Er wurde einfach von Ministern und Delegierten der Mitgliedsländer in Kraft gesetzt.

Als «Linsengericht» werden uns immer unabdingbare wirtschaftliche Vorteile der bilateralen Verträge vorgesetzt, obwohl die EU nicht nur am Rande des Bankrotts steht, sondern nach wie vor beliebig heterogen ist, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Welcher souveräne Staat hat denn mehr als eine Währung?

Die EZB ist eine Euro-Zonen-Bank, mehr nicht, von gesamteuropäisch keine Spur. Von diesen Tatsachen muss bei Verhandlungen ausgegangen werden. Von welchen Ideen unsere ängstlichen Politiker geleitet sind und welche Vorteile sie für sich erhoffen, bleibt unbekannt, denn sie sagen nicht, was sie denken, wenn sie der Wahrheit so offensichtlich ausweichen. Ja, wir haben institutionelle Probleme mit der EU, aber nicht die, von denen Burkhalter und Co. sprechen.

Verena Guran-Fierz, Zumikon

Bumerang

Nr. 51/52 – «Aufregung!»; Alex Baur über den SVP-Politiker Hans Fehr

Ich schätze es, in der *Weltwoche* verschiedenen Meinungen zu begegnen, namentlich auch Stellungnahmen zu anderweitig unter den Teppich gekehrten Tatsachen wie der weltweit

gravierendsten Despotie, der Christenverfolgung. Dafür erst mal ein Lob. Im Allgemeinen machen Sie es sehr gut.

Nun habe ich aber mit Alex Baur Verständnis sowohl für Hans Fehr wie für Karin Keller. Die auf so schwachen Beinen stehende Kampagne gegen diese Politikerin schien mir von allem Anfang an ein Bumerang zu sein, schadete der SVP. Für noch ungeschickter hielt ich den Kampf zugunsten übersetzter, nicht von den Besitzern gewährter, sondern in kleinem Gremium abgekarterter Managerlöhne. Gar den Gipfel der Ungerechtigkeit fand ich die verrückten Abfindungen an Leute, die ihr Unternehmen an die Wand gefahren hatten. Was ist verheerender, ein Barnevik oder ein Biggs? Verfehlt war die Angst, nun werde das Schweizervolk auch die «1:12»-Initiative gutheissen, nachdem der «tragische Held» Minder die «Abzocker»-Initiative durchgebracht hatte. Wir können doch unterscheiden! Da haben Sie sich zuvor mit den falschen Leuten unterhalten.

Die Haltung von Alex Baur möchte ich aber stützen. Auch ich finde die Masseneinwanderung – nicht für mich persönlich, aber für die nachkommenden Generationen in unserem Land – verheerend. Gleichzeitig gehen meine Frau und ich persönlich mit den hier lebenden Ausländern freundschaftlich um, erleichtern ihre Integration mit Rat und Tat (zum Beispiel gratis Sprachunterricht). Dies nicht allein in deren Interesse, sondern im Interesse der Allgemeinheit, aber auch zur Bereicherung unseres Lebens. Von solchem haben Leute, die ihr Bankkonto anbeten, keine Ahnung, führen trotz ihres Luxus ein armseliges Leben.

Friedrich Külling, Hünibach

Machtgelüste

Nr. 50 – «Via Paranoia»; Alex Baur über das Geschäft der Verkehrspsychiater

Als nicht in diesen Fall involvierter Hausarzt im Kanton Aargau bin ich froh über die Schilderung der Ohnmacht gegenüber diesem selbstgefälligen Behördenapparat. In meiner Tätigkeit sind auch mir ähnliche Beispiele begegnet, entweder in Zusammenhang mit einem Verkehrsdelikt oder ohne. Ich finde, dass alle mit administrativen Massnahmen belegten Personen ein Anrecht auf korrekte Behandlung haben und darauf, nicht schikaniert zu werden. Die lange Zeit von den Hausärzten durchgeführte Kontrolle der Alkohol-/Drogen-Abstinenz wurde durch eine am Kantonsspital Aarau erschaffene Institution ersetzt und zentralisiert, was im weitläufigen Kanton einen grossen Zeitaufwand wegen der Anreise bedingen kann. Administrative Massnahmen haben eindeutig den Charakter einer zusätzlichen Strafe und lassen die daran beteiligten, offenbar nicht oder schlecht kontrollierten Beamten, Psychiater und Verkehrspsychologen Machtgelüste mit dem Drang ausleben, sich

als Richter aufspielen zu müssen und dabei erst noch eine schöne Stange Geld verdienen zu können.

*Ein Arzt aus dem Aargau,
Name der Redaktion bekannt*

Der Sachverhalt erinnert entfernt an den Fall von Willy Dröhne. Dieser wurde im Februar 1935 nach einem Ehestreit von seiner Frau denunziert und fand sich danach in Gestapohaft wieder. Zwar wurde Herr Meier im vorliegenden Fall nicht physisch gefoltert, ihm wurde jedoch zusammen mit dem Führerausweis auch gleich die wirtschaftliche Existenz mitentzogen. Ohne engagierten Anwalt hätte Herr Meier wahrscheinlich keine Chance gegen den Staat gehabt. Mutig ist auch die Aussage des Autors, dass die Richter stets ein Haar in der Suppe finden, das eine Kostenaufgabe rechtfertigt.

Rémy Wyssmann, Zwischenflüh

Genauso wie die Pinguine

Nr. 50 – «Die Paarung von Pinguinen»;
Medienkolumne von Kurt W. Zimmermann

In jeder Ausgabe lese ich mit grossem Interesse und Schmunzeln die ausgezeichnete Kolumne von Herrn Kurt W. Zimmermann. Sehr interessant, was dieser kompetente Insider selbstkritisch über seine Berufsgattung aussagt. Es bestätigt in Vielem den persönlich gewonnenen Eindruck: ein Grossteil der Journalisten ist nicht nur (zu) sehr links angesiedelt; diese plappern überdies einander nach, genauso wie die Pinguine so schön in einer geordneten Reihe einander hinterherlaufen. Machen Sie weiter so, Herr Zimmermann, wir brauchen solche Informationen und Aufklärungen. Herzlichen Dank für das bisher Geleistete!

Kurt Bühlmann, Mont-sur-Rolle

«Alperose»

Nr. 50 – «GSoL»; Urs Paul Engeler über die Landeshymne

Die aktuelle Landeshymne ist zweifelsohne nicht mehr zeitgemäss. Polo Hofers «Alperose» wäre eine hervorragende Alternative, die von Alt und Jung wie auch von der Fussballnati verstanden und mitgesungen werden könnte. *Martin Schwegler, Luzern*

Weltwoche allgemein

Seit Jahrzehnten bin ich Leser der *Weltwoche*, seit meiner Jahre zurückliegenden Pensionierung auch Abonnent und gelegentlicher Lieferant von Leserbriefen. Meines Erachtens entspricht die *Weltwoche* einer absoluten Notwendigkeit, die auch unser Land ab und zu kennzeichnenden Unzulänglichkeiten zu thematisieren. Wenn der *Weltwoche* – zu Recht oder Unrecht – auch eine gewisse, nicht immer

abwegige SVP-Lastigkeit nachgesagt wird, stellt sie für mich in erster Linie ein unentbehrliches und rares publizistisches Bollwerk gegen das hierzulande epidemisch um sich greifende linke Denken und Handeln dar.

Im Vergleich zu andern Ländern ist die Schweiz ein politisches und wirtschaftliches Beispiel – ein Beispiel, an dem die Linke mit ihren unzähligen abgelehnten und sich noch in der Pipeline befindlichen Begehren glaubt herumbasteln zu müssen. Ich frage mich immer wieder, weshalb in diesen auch intelligente Leute aufweisenden Kreisen Ansinnen entstehen, die erwiesenermassen nicht zielführend sind.

Der Neidforscher Prof. Dr. Helmut Schoeck hat festgestellt, dass der Mensch aus Neid zum Zerstörer werden kann. Macht man sich diese Auffassung zu eigen, muss man unweigerlich zur Einsicht gelangen, dass all diese linkslastigen Abstrusitäten nichts anderes als neidbedingt sind.

Der Beginn eines neuen Jahres ist auch jener Zeitpunkt, da neue Ziele, Absichten und Wünsche formuliert werden. Angesichts der auch mich beunruhigenden Befürchtung, dass sich unser Land auf eine akute Sozialisierung zubewegt, glaube ich, dass die *Weltwoche* ihren bisher warnenden Signalen nunmehr handfestere Meinungsäusserungen hinsichtlich der uns bedrohenden Gefahren konsequent folgen lassen sollte.

Ein Einstieg hiezu könnte beispielsweise eine fundierte Untersuchung darüber sein, weshalb die Linke mit idiotischen Mitteln ein Land umkrepeln will, dem es doch, unter Einschluss der Linken, so gut geht. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass vom Saulus zum Paulus mutierte Grössen, wie Kurt Schiltknecht und Beat Kappeler, einiges dazu beitragen könnten.

Der ein junges Team bildenden *Weltwoche*-Crew kann sicherlich keine Betriebsblindheit nachgesagt werden. Betrachten Sie deshalb meine Zeilen als ein Echo aus Ihrer treuen Leserschaft, dank dem Ihre Zeitschrift inskünftig noch mehr als notwendiger und einsamer Rufer in der bedrohten Wüste wahrgenommen werden könnte. *Rolf Gamma, Brissago*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als (Hoch-)Schwangere einer betagten Frau den letzten Sitzplatz im ÖV vor der Nase wegschnappen? *Sonja Stauffer*

Nein, das darf man auch als (Hoch-)Schwangere nicht. So schwanger Sie auch sind, die betagte Frau wird davon nicht weniger betagt. Aber es sagt auch niemand, dass sich die Betagten mit den (Hoch-)Schwangeren um den letzten Sitzplatz im ÖV streiten sollen. Bitten Sie einfach jemanden, für Sie aufzustehen. Das darf man als (Hoch-)Schwangere. Ausser, alle anderen Fahrgäste sind ebenfalls (hoch-)schwanger oder betagt oder haben anderweitig Probleme mit dem Stehen, dann wird das Ganze etwas kompliziert – wie viel Zeit haben Sie noch?

Dominique Feusi

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.



Sternstunden
der Schweiz

Patriotische Vitaminspritze

Auch ein kleines Land hat seine Sternstunden. Von der Erfindung der Milkschokolade bis zum Ballwechsel, der Roger Federer 2004 zur Nummer eins im Weltennis machte: Die Schweiz sorgt immer wieder für aussergewöhnliche Menschen und Momente. *Von Peter Keller*

Sie sind selten, aber es gibt sie: magische Momente, die ein Land verändern können – oder einfach für gemeinsame Gänsehaut sorgen. Wie etwa der Matchball am Australian-Open-Finale 2004, als der blutjunge Roger Federer den Russen Marat Safin bezwang und zum weltbesten Tennisspieler *ever* wurde.

«Schweizer Sternstunden» heisst die neue Serie der *Weltwoche*. Eine patriotische Vitaminspritze mit Augenzwinkern. Wie kommt es, dass ein Land inmitten der Alpen zum Inbegriff der Schokoladekultur werden konnte? Wer hat das moderne Bankenwesen erfunden? Warum bekam gerade in der Schweiz eine Frau als erste in Europa eine Professur?

Dieses kleine Land hat viele tolle, auch verrückte Geschichten zu bieten. Denn eine Portion Wahnsinn mussten jene Tourismuspioniere schon mitbringen, die auf den höchsten Bergen prächtige Hotels bauten und wie der Zürcher Textilfabrikant Adolf Guyer-Zeller (1839–1899) mal schnell auf einer Serviette die Route der Jungfraubahn skizzierten und zur Finanzierung ihres Projekts extra eine Bank gründeten.

Grossbürger und Aufsteiger

Zum Auftakt der Serie geht es um die Bezähmung des Gotthards, jenes mythischen Massivs, wo die Ursprünge der Schweiz liegen und kristallklares Wasser in alle Himmelsrichtungen fliesst. Hier liegt der Wille zur Selbstbehauptung begründet, aber auch der Blick über die Berge hinaus, nach Italien, zu den Märkten im Süden und Norden. Man macht Geschäfte mit den Nachbarn und kann sich trotzdem selber treu bleiben – auch dies gehört zur DNA der Schweiz.

Der stolze Gotthard kann einem mittlerweile fast leidtun. Erbarmungslos fressen sich die Maschinen durch seinen Granitleib. In gut zwei Jahren soll der Basistunnel, die mit 57 Kilometern längste Eisenbahnrohre der Welt, eröffnet werden. Eine Sternstunde der Zukunft. Doch letztlich nur ein etwas steriler Abklatsch jener Leistung, die vor Generationen für internationales Aufsehen sorgte: als am 28. Februar 1880 abends der erste Durchstich des Gotthards erfolgte. Unter Blut und Schweiss, was für einmal keine Übertreibung ist, trieben bis zu 15 000 Arbeiter gleichzeitig die Zufahrtslinien und den Bahnstollen von Airolo nach Göschenen voran.

Das Jahrhundertprojekt führte auch zwei Männer zusammen, die bezüglich ihrer Herkunft unterschiedlicher nicht sein könnten:

den Ingenieur Louis Favre, Sohn eines Genfer Handwerkers, und Alfred Escher, Spross einer alteingesessenen Zürcher Dynastie, Industrieller, Politiker und Promotor des Gotthardtunnels. Der Grossbürger und der Aufsteiger. Beide herausragende Gestalten, die an ihrer Tüchtigkeit gemessen wurden und nicht an ihrem sozialen Status. Dieser Geist der Schweiz dürfte ruhig wieder Einzug halten in die Geschichtsbücher und Schulstuben unseres Landes.

Schüler wären begeistert

Man sollte sich schon selbst mögen, um von anderen wenigstens akzeptiert zu werden. Dass das Ansehen der Schweiz in den letzten Jahren so abgeschmiert ist, hat sehr viel mit dem eigenen Hang zur Nörgelei zu tun. Wir haben es verlernt, mit Neugier und auch etwas Stolz auf die eigene Geschichte zu schauen. Was einmal als nötige Aufarbeitung begann, ist längst einer madigen, fast rituellen Selbstanprangerung gewichen: Die Schweiz habe den Krieg verlängert, sich an unsauberem Geld bereichert und verweigere partout die europäische Integration. Alles andere – von Wilhelm Tell bis General Guisan – wird als nationalkonservativer Kitsch abgetan.

Jüngstes Beispiel: Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) hat einen Wettbewerb lanciert für eine neue Nationalhymne. Trittst ab im Morgenrot, sozusagen. Die bisherigen Strophen seien sprachlich viel zu sperrig und nicht mehr zeitgemäss, heisst es in der Begründung. Und weiter: «Nur wenige Schweizerinnen und Schweizer kennen den Text der Nationalhymne und können diese auswendig singen.»

Statt den Schweizerpsalm nun sofort politisch korrekt zu entsorgen, könnte man sich auch fragen, warum gerade junge Menschen die Hymne kaum mehr zusammenstammeln können und überhaupt so wenig Bescheid wissen über das eigene Land und seine Leistungen. Am Stoff selbst kann es nicht liegen. Auch die heutige Generation von Schülern würde sich für die alten Eidgenossen, ihren Heldenmut und ihre Widerborstigkeit begeistern. Nur werden sie damit in den Klassenzimmern kaum mehr bedient.

Das ist schade und ziemlich dumm. Denn eine gemeinsame Erzählung fördert den Zusammenhalt. Was in der Familie gilt, trifft auch auf einen Staat zu. Die Selbstaufopferung eines Winkelrieds ist grosses Kino und eine Verpflichtung für alle – unabhängig von Pass und Herkunft. Statt aufgesetzte Integrations-

programme zu veranstalten, würde etwas gesunder Patriotismus weit mehr bewirken. Wer will schon Teil einer Schweizer Gemeinschaft werden, wenn er auf allen Kanälen und Wandtafeln erfahren muss, wie engstirnig und herzlos seine neue Heimat angeblich ist?

Dabei zeigt gerade ein Blick in die jüngere Wirtschaftsgeschichte, dass in der Schweiz Tüchtigkeit vor Abstammung geht. Julius Maggi, der mit seinen Bouillonwürfeln die Essgewohnheiten der Menschheit revolutionierte, war der Sohn eines italienischen Immigranten. Henri Nestlé, Patron des mittlerweile weltgrössten Lebensmittelkonzerns, liess sich erst mit fünfundzwanzig Jahren, aus Frankfurt kommend, am Genfersee nieder. Auch die Gründer der heutigen ABB, Charles Brown und Walter Boveri, haben ausländische Wurzeln. Alles Männer übrigens, die auf ihre eigene Leistung und Schaffenskraft bauten und nicht auf die soziale Hängematte Schweiz schielten.

Frauenfreie Zone

Und wo bleiben die Frauen? Wo sind die Schweizer Sternstunden mit femininem Touch? Schwieriges Thema. Der Schriftsteller und SP-Gelegenheitspolitiker Alex Capus hat vor ein paar Jahren ein wunderbares kleines Buch geschrieben, zehn Porträts von «Patriarchen», so der Titel, Unternehmer im besten Sinne, die bis heute unsere Wirtschaftsgeschichte prägen. Leute wie der Basler Apotheker Fritz Hoffmann-La Roche, auf den einer der bis heute erfolgreichsten Pharmakonzerne zurückgeht, oder der Hosenträgerhersteller Carl Franz Bally, der schliesslich im solothurnischen Schönenwerd die erste und grösste Schuhfabrik der Welt gründete.

«Jeder von ihnen hatte eine Idee, jeder hat eine Entdeckung gemacht, dank der er vom Pionier zum weltweit erfolgreichen Unternehmer wurde», schreibt Capus. Die Auswahl sei letztlich völlig willkürlich gewesen, er hätte sich genauso gut für zehn andere entscheiden können. Dann folgt das grosse Aber: «Trotz allem Suchen aber fand sich nie der Name einer Frau. Es waren, soweit ich es überblicke, immer Männer, und fast immer Männer des 19. Jahrhunderts, welche die Flaggschiffe der heutigen Ökonomie vom Stapel liessen.»

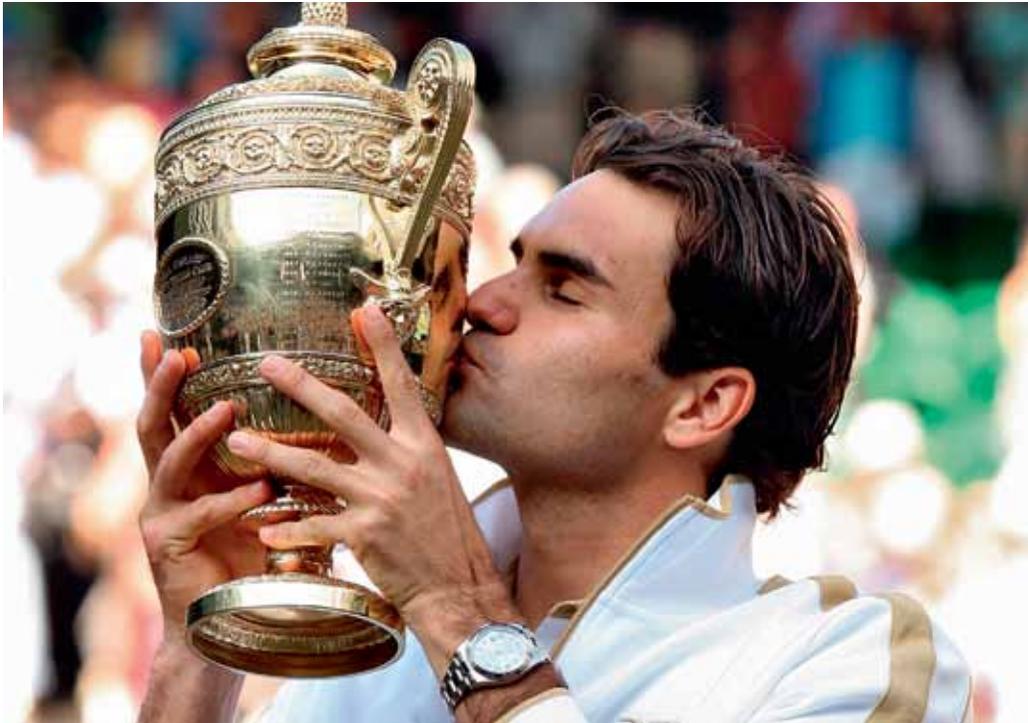
Auch die Politik bleibt für lange Zeit eine frauenfreie Zone. Erst 1971 wird überhaupt auf nationaler Ebene das allgemeine Wahl- und Stimmrecht für Schweizerinnen eingeführt. So finden sich herausragende Frauen eher im



Tüchtigkeit vor Abstammung: Alfred Escher.



Unbezahlbare Werbe-Ikone: Johanna Spyris «Heidi», 1977.



Gemeinsame Gänsehaut: Wimbledon-Sieger Federer, 2009.



Qualität: Toblerone-Werbung, um 1920.

kulturellen Bereich. Teil zwei der neuen *Weltwoche*-Serie widmet sich denn auch Johanna Spyri: Mit «Heidis Lehr- und Wanderjahre» gelingt ihr ein Weltbestseller, der nebenbei dem Tourismusland Schweiz eine unbezahlbare Werbeikone bescherte.

Absage an rassistische Konzepte

Als sich in den dreissiger Jahren in Deutschland die Nazidiktatur etablierte und eine nicht geringe Sogwirkung von totalitären Ideologien ausging, rückte die Schweiz instinktiv zusammen. Unter dem Titel der geistigen Landesverteidigung wurde «ein Schulterschluss über alle Parteien und [...] Klassengegensätze» («Histori-

sches Lexikon der Schweiz») angestrebt. Dem völkischen Nationalismus wurden die Grundwerte der Eidgenossenschaft entgegengestellt: kulturelle Vielfaltigkeit, Freiheit, Demokratie und vor allem ein in der gemeinsamen Geschichte gründender Widerstandsgeist.

Bundesrat Philipp Etter (1891–1977) bekräftigte diesen schweizerischen Weg im Dezember 1938 offiziell und erteilte gleichzeitig eine Absage an den deutschen Führerstaat mitsamt seinen rassistischen Konzepten. Im gleichen Jahr erschien der Band «Grosse Schweizer» mit hundert Einzelporträts berühmter Söhne und Töchter Helvetiens, um zu zeigen, dass auch ein Kleinstaat wichtige Gestalten hervor-

zubringen vermag. Schweizer Qualität versus deutschen Grössenwahn.

Im Vorwort dazu versuchte der Diplomat und Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) Max Huber, den Begriff «Schweizer» näher einzukreisen. Dieser habe mit dem Band des Bürgerrechts zu tun, sicher auch mit der Abstammung der Eltern, mehr noch aber mit der Bindung eines Menschen durch seine Umgebung und Erziehung oder indem sich «sein Lebenswerk mit unserem Lande verwurzelt». Wo das Grosse unerwartet entsteht und durch die Schaffenskraft wächst, wird diese Verwurzelung sichtbar: in eben jenen Schweizer Sternstunden. ○

Der gezähmte Berg

Der deutsche Kaiser gratuliert, 177 Arbeiter verunfallen tödlich, die Kosten laufen aus dem Ruder:
Am 28. Februar 1880 erfolgt der Durchstich des Gotthard-Eisenbahntunnels.
Folge 1 der *Weltwoche*-Reihe «Sternstunden der Schweiz». Von Peter Keller



«Es lebe der Gotthard!»

Der Gotthard geizt nicht mit Symbolkraft. Es ist Weihnachten 1879, als die Arbeiter der Nordseite erstmals die Sprengungen ihrer Kollegen im Süden hören. Noch wird es Wochen dauern, noch fehlen 422 Meter Fels bis zur Vereinigung, noch fordert der Berg seine Menschenopfer – allein im Tunnel verunfallen insgesamt 177 Männer tödlich. Am 28. Februar 1880 ist es so weit: Kurz nach halb sieben abends bricht eine Bohrstange von Süden her durch die Stollenbrust.

Selten lässt sich eine Sternstunde so exakt bestimmen. Mit der gleichen Präzision sind die Pioniere dieser technischen Wunderleistung vorgegangen: Lediglich 33 Zentimeter betrug die seitliche Abweichung der beiden Tunnelvorstösse, bloss 5 Zentimeter jene in der Höhe – und dies auf eine Gesamtlänge von 15 003 Metern. Mit Bewunderung schaute die Welt auf das kleine Land der Hirten und Ingenieure im Herzen der Alpen.

Wenn es darum geht, sich im Glanz der Leistung anderer zu sonnen, ist die Politik nie weit. Stolz schickt der amtierende Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Emil Welti (1825–99), dem Nachbarn im Norden eine Depesche. Er habe die Ehre, so der Vorsteher des Eisenbahndepartements, «Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland» zu melden, dass der Gotthardtunnel soeben durchbrochen worden sei. Unterzeichnet ist die Nachricht mit einem schlichten «Welti».

Ein paar Stunden später trifft die Antwort «zu Händen des Herrn Welti» in Bern ein. Absender ist «Wilhelm, Imp. Rex». Allzu grosser Bescheidenheit hat sich das Oberhaupt des Deutschen Reiches noch nie verdächtig gemacht. Mag Kaiser Wilhelm (1797–1888) auch seinen «wahrhaften Glückwunsch» aussprechen und von einem «welthistorischen Ereignis» reden – Selbstverständnis und Rangordnung bleiben gewahrt: hier der deutsche Rex und Imperator; dort der «Herr Welti».

Bis zu 15 000 Arbeiter waren beschäftigt

Rund zwei Jahre später können die Arbeiten auf der grössten Baustelle Europas abgeschlossen werden, und die ersten Dampflokomotiven ächzen in Richtung Süden. Nun geht es flott. Mitte des 19. Jahrhunderts benötigte die legendäre Gotthardpost von Basel nach Mailand rund fünfzig Stunden. Der frisch eröffnete Tunnel befördert die Mobilität in ein neues Zeitalter. Die Fahrzeit von der Schweizer Grenze zur Wirtschaftsmetropole der Lombardei beträgt noch gut zehn Stunden. Ein ungeheurerlicher Effizienzschub. Ganz im Sinne des Gründergeistes jener Jahre.

Die Urner mussten den Teufel überlisten, um in mythischer Vorzeit die Schöllenschlucht und anschliessend den Gotthardpass zu bezwingen. Ihre Nachfahren überwand den Berg nach allen Regeln der Ingenieurskunst:

mit Viadukten, Rampen, Stützmauern, Lawenriegeln, 60 Tunneln, 108 Brücken, 634 Höhenmetern auf der Nordrampe, 849 Höhenmetern auf 45,6 Kilometer auf der Tessiner Seite. In der Endphase waren rund 15 000 Arbeiter gleichzeitig am Bahn- und Tunnelbau beschäftigt. Ziemlich viele Superlative für ein Land, das sich sonst fast reflexartig kleiner macht, als es ist.

Das Hirn dieses Projekts, der Genfer Ingenieur Louis Favre, erlebt den Durchstich nicht mehr. Er stirbt am 19. Juli 1879 bei einem Kontrollgang im Tunnel. Seine Arbeiter werden später eine Blechbüchse mit der Fotografie ihres verehrten Chefs durch die kurz zuvor aufgebrochene Öffnung reichen, begleitet von den Worten: «Wer wäre würdiger gewesen, als Erster die Schwelle zu überschreiten, als Favre, der seinen Mitarbeitern Meister, Freund und Vater war. Es lebe der Gotthard!»

Louis Favre, geboren 1826, steht für eine Karriere, wie sie nur das 19. Jahrhundert bieten konnte. Aus einfachen Verhältnissen stammend, erlernte er wie sein Vater das Handwerk des Zimmermanns. Mehr zufällig führte ihn seine Wanderschaft nach Frankreich, wo er an einer Eisenbahnbrücke über die Marne mitarbeitete. Der junge, tüchtige Schweizer macht schnell auf sich aufmerksam, eignet sich autodidaktisch das nötige Ingenieurwissen an, ist beim Bau der Bahnlinie Paris–Lyon beteiligt und führt erste, wenn auch kleinere Tunnelprojekte durch, bis sich ihm die Chance seines Lebens eröffnet: Im April 1872 wird der Bau des Gotthardtunnels öffentlich ausgeschrieben.

Unter sieben Mitbewerbern bekommt Favre den Zuschlag. Bereits zwei Wochen danach genehmigt der Bundesrat den Vertrag. Am 13. September beginnen die Bauarbeiten auf der Südseite, einen Monat später in Uri. Man nahm damals das Wort Fortschritt durchaus wörtlich. Zum Vergleich: Der Bau des etwa gleich langen Autobahntunnels ab 1970 dauerte trotz viel moderner Technik ebenfalls zehn Jahre, das politische Gezänk nicht eingerechnet.



Ich bereite mich eine Stunde pro Tag auf die Pensionierung vor ...

Favre hatte sämtliche Gegenofferten deutlich unterboten und zudem vertraglich festgehalten, den Gotthardtunnel innerhalb von acht Jahren fertigzubauen. Weder der Termin noch die Kosten konnten eingehalten werden. Weitere Gelder mussten her.

Escher muss den Vorsitz aufgeben

Mit einem deutlichen Mehr billigt das Volk im Januar 1879 das Subventionsgesetz für die Gotthardbahn. Die schweizerische Referendumsdemokratie bewies – nicht zum letzten Mal – ihre Vorzüge selbst bei schwierigen Entscheidungen. Kurz darauf stirbt Favre, und trotz des finanziellen Fiascos, das er hinterliess, blieb sein Ansehen in der Bevölkerung erstaunlich unangetastet. Tausende Menschen nahmen im Bergdorf Göschenen Abschied von seinem mit Alpenrosen geschmückten Sarg.

Weit ungnädiger ging die Nachwelt mit dem politischen Motor der Gotthardstrecke um, mit dem Zürcher Unternehmer und Politiker Alfred Escher (1819–82), Gründer der Schweizerischen Kreditanstalt (heute CS), Initiator des Polytechnikums (heutige ETH), Präsident der 1871 geschaffenen Gotthardbahn-Gesellschaft. Als Escher 1852 im Nationalrat die Gründung einer Staatseisenbahn verhindern konnte, lehnte er öffentliche Subventionen noch rundweg ab. Unternehmen, tönnte es seitens des späteren «Eisenbahnbarons» selbstbewusst, die sich nicht gewinnbringend finanzieren könnten, hätten ohnehin keine Existenzberechtigung. Mit solchen Äusserungen brachte er das politische Establishment gegen sich auf, welches nur darauf wartete, den Zürcher Grosskapitalisten wieder helvetisch zurechtzustutzen.

Vorerst jedoch gelang es Escher, mit der ihm eigenen Durchsetzungskraft das Gotthardprojekt ins Rollen zu bringen. Die Geologie des Berges und die technischen Herausforderungen liessen die ehrgeizigen Ziele indes schnell zur Makulatur werden. Escher musste den Vorsitz der Gotthardbahn-Gesellschaft aufgeben, um den politischen Weg für ein Nachsubventionsgesetz zu ebnen. Als der Tunneldurchstich feierlich begangen wurde, war Escher nicht einmal geladen, bei der Einweihung 1882 musste er aus gesundheitlichen Gründen fernbleiben, ein halbes Jahr später war er tot.

Die Zähmung des Gotthards geht weiter. Die Fertigstellung des Neat-Basistunnels ist für 2016 geplant. Mit seinen 57 Kilometern wird er der längste Eisenbahntunnel der Welt sein.



Nächste Folge: Wie die depressive Arzttochter Johanna Spyri (1827–1901) den Weltbestseller «Heidi» schrieb und dem Tourismusland Schweiz eine unbezahlbare Werbe-Ikone schenkte.

Die Lügen der Bundesräte

Wann ist in der Politik eine Unwahrheit, eine absichtsvolle Irreführung eine Lüge? Können Bundesräte lügen? Darf man das überhaupt fragen? Tatsache ist: Die Landesregierung leistet sich eine erstaunliche Zahl von Falschaussagen, bezeichnenderweise in der Europapolitik. Von Florian Schwab

Glaubt man neueren Zahlen der OECD, so vertrauen 75 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer ihrer Landesregierung. Die *Neue Zürcher Zeitung* feierte dies mit der Überschrift: «Der Bundesrat ist Weltmeister». Auch eine Erhebung des Forschungsinstituts gfs.bern von Claude Longchamp kam im Jahr 2013 auf einen Anteil von 65 Prozent der Bürger, die der Ansicht sind, sich «meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen» zu können, und glauben, der Bundesrat handle «nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller».

Die vertrauensselige Zuwendung des Volks zur Regierung ist erstaunlich. Nicht erst seit Machiavelli ist bekannt, dass Lüge und Täuschung zur Politik gehören. «Ein kluger Fürst», schrieb der Machtphilosoph, «kann und darf sein Wort nicht halten, wenn er dadurch sich selber schaden würde, oder die Gründe weggefallen sind, die ihn bestimmten, es zu halten.» Machiavellis Haltung wurde hauptsächlich vom deutschen Philosophen Immanuel Kant in Frage gestellt, der für jeden Menschen und insbesondere für die Herrscher eine moralische Pflicht zur Wahrheit erkannte.

Mit welcher Denkschule hält es unser Bundesrat? Beträchtliche Zweifel am Umgang der Regierung mit der Wahrheit kommen beim Thema Zuwanderung auf, dem politischen Grossthema des kommenden Jahres. Als im Jahr 2000 erstmals über die bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union abgestimmt wurde, schrieb der Bundesrat ins Abstimmungsbüchlein: «Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste [...], die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering.» Zudem hätten unabhängige Studien ergeben, «dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben».

Insbesondere bezog sich der Bundesrat auf eine Untersuchung des heute in Hamburg lehrenden Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Straubhaar, gemäss der die Personenfreizügigkeit der Schweiz jährlich rund 10 000 Einwanderer beschere würde. Sowohl die qualitative als auch die quantitative Aussage sind heute Makulatur: Durchschnittlich wanderten seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit jährlich rund 80 000 Personen aus der Europäischen Union in die Schweiz ein. In manchen Monaten, so zuletzt im Oktober, war die Zuwanderung in einem einzigen Monat so hoch, wie es die Statistiker des Bundes für ein ganzes Jahr prophezeit

hatten. Obwohl der Bundesrat im vergangenen Jahr die sogenannte Ventilklausel aktivierte, wanderten erstmals seit 2008 wieder mehr als 80 000 Personen aus der EU ein – und zwar netto, also abzüglich Rückkehrer.

Nun muss man dem Bundesrat zugestehen, dass er weder die Euro-Krise noch die grandiose Aufwertung des Schweizer Frankens voraussehen konnte, welche die Attraktivität schweizerischer Löhne nochmals deutlich ansteigen liess. Trotzdem bleibt aus heutiger Sicht festzuhalten: Die Aussagen des Bundesrats waren unwahr. Die Regierung hat sich selbst und die Stimmbürger belogen.

Provisorien für die Ewigkeit

Wer sich atmosphärisch in die damalige Debatte zurückversetzen will, der kann im Archiv des Schweizer Fernsehens die Abstimmungs-«Arena» von 1999 ausgraben. Im Kampf um die Bilateralen III erklärten die Bundesräte Leuenberger (SP) und Deiss (CVP) gebetsmühlenartig, es sei «nicht mit einem Einwanderungsdruck» zu rechnen. Als es sechs Jahre später um die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten ging, befürchteten die Gegner erneut, es könnte jährlich ein Vielfaches der 10 000 Einwanderer von der Personenfrei-

Von Machiavelli lernen heisst, sich beim Lügen nicht erwischen zu lassen.

zügigkeit angelockt werden. Diesmal deklamierte eine hoch erregte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) im Brustton der Überzeugung: «Das ist ein Phantasma.»

Für den Umgang mit der Wahrheit fast noch aussagekräftiger ist die heutige Reaktion auf die kolossale Fehlprognose. Der Bundesrat schlägt die Sorgen in der Bevölkerung weiterhin in den Wind. So war das Departement von Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) im Dezember zur Stelle, als es darum ging, die Auswirkungen der höheren Wohnungsnachfrage auf die Immobilienpreise und Mieten schönzureden. Der Bundesrat vermied es, auf die Zuwanderung als Ursache zu verweisen, und führte stattdessen als Hauptgrund die gestiegenen Raumansprüche ins Feld: «Belegte eine Person 1980 noch 34 Quadratmeter Wohnfläche, sind es heute rund 50 Quadratmeter.»

Der *Tages-Anzeiger* legte die bundesrätliche Irreführung schonungslos offen: Schneider-Ammann habe sich auf eine blossе Schätzung des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) verlassen, die durch neuere Zahlen des Bundesamts für Statistik überholt sei, denen zufolge die Wohnfläche seit dem Jahr 2000 fast nicht angestiegen ist. Die alte Schätzung des ARE verschwand darauf sang- und klanglos von der Internetseite des Bundesamts – auf eine Korrektur der falschen Darstellung wartet man vergebens.

Das Lügenkarussell um das Thema Personenfreizügigkeit hielt der ehemalige Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss (CVP) in Schwung, der im Jahr 2005 anlässlich der Abstimmung über die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen Mitgliedsstaaten ungerührt ins Abstimmungsbüchlein schrieb: «Der freie Personenverkehr gilt nicht für Arbeitslose.» Heute weiss man, dass auch Stellensuchende unbehelligt in der Schweiz bleiben können und teilweise sogar Sozialleistungen erhalten.

Der flexible Umgang mit der Wahrheit drückt sich nicht nur in der kontroversen Debatte um die Zuwanderung und die Personenfreizügigkeit aus. Auch in anderen Politikbereichen ist die Lüge seit Jahrzehnten ein gängiges Prinzip. Wenn es um Geld geht, wird jede noch so wackelige Zahl als Gewissheit verkauft. Die Mitgliedschaft im Schengenraum zur Sicherung der EU-Aussengrenze werde jährlich mit 7,4 Millionen Franken zu Buche schlagen, versprach der Bundesrat im Abstimmungskampf um die Bilateralen II. Letztes Jahr wies der Bund allerdings Ausgaben von 92 Millionen aus, stellte ein ehemaliger Kriminalkommissar neulich in der *Basler Zeitung* fest.

Als das Finanzdepartement 2009 die finanziellen Auswirkungen eines Abzugs für die Kinder-Fremdbetreuung ausrechnen sollte, schätzten die Beamten von Finanzminister Hans-Rudolf Merz die Mindereinnahmen noch auf 500 Millionen Franken. Im letzten Abstimmungskampf zur Familieninitiative sank dieselbe Schätzung, diesmal unter BDP-Frau Widmer-Schlumpf, auf 50 Millionen Franken – zehnmal weniger. Dafür schätzte man die Kosten des von der SVP vorgeschlagenen Abzugs für in der Familie betreute Kinder auf exorbitante eineinhalb Milliarden.

Auf dieselbe Art und Weise wurde der von Bundesrat Adolf Ogi (SVP) in Aussicht gestellte kostendeckende Neat-Tunnel am Ende ein Millionengrab – seit der Inbetriebnahme im



«So wahr mir Gott helfe»: Vereidigung von Bundesrätin Widmer-Schlumpf, 2007.

Jahr 2007 stand ein «messbarer Nutzen» von jährlich 88 Millionen jährlichen Kosten von 152 Millionen gegenüber. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie im Auftrag des Bundes.

Ein schönes Lehrstück in Sachen bundesrätlicher Wahrhaftigkeit sind Massnahmen, die eigentlich nur übergangsmässig oder für eine gewisse Zeitspanne verabschiedet wurden. So führte der Bundesrat die direkte Bundessteuer aufgrund seiner ausserordentlichen Vollmachten in Kriegszeiten am 9. Dezember 1940 unter dem Namen «Wehrsteuer» ein. Obwohl der Zweite Weltkrieg längst vorbei ist, wurde die Steuer seither mehrmals umbenannt und befristet verlängert. Wie dem Historischen Lexikon der Schweiz zu entnehmen ist, beruht die direkte Bundessteuer «bis heute auf zeitlich befristeten Provisorien».

Zu den ewigen Provisorien gehören auch das Tempolimit von 120 km/h auf schweizerischen Autobahnen und die Autobahnvignette. Beide Massnahmen wurden im Zuge der längst abgehakten Waldsterben-Debatte durch Bundesrat Leon Schlumpf in Kraft gesetzt, den Vater der heutigen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Er verkaufte dem Stimmvolk insbesondere die Vignette als «provisorische»

Einnahmequelle zum Bau der Nationalstrassen. Das Lügenkonto der Bundesratsdynastie Widmer-Schlumpf verzeichnet seit der Amtsübernahme der heutigen Finanzministerin weitere gewichtige Einträge.

Widmer-Schlumpfs «Plan B»

Man erinnert sich beispielsweise an den «Arena»-Auftritt vor zwei Jahren, an dem Widmer-Schlumpf wider besseres Wissen behauptete, sie habe keinen Anlass, an der Integrität des früheren Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand zu zweifeln. Hildebrand hatte heikle Devisenspekulationen seiner Ehefrau in die Schuhe geschoben. Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank (SNB) hatte Widmer-Schlumpf kurz vor der «Arena»-Sendung darüber informiert, dass entgegen der Aussage des SNB-Präsidenten neue Bankunterlagen aufgetaucht seien, die zeigten, dass Hildebrand die Geschäfte selber in Auftrag gegeben hatte und so als Insider von seinem eigenen Entscheid profitierte, eine Kursuntergrenze gegenüber dem Euro festgesetzt zu haben.

Im vergangenen Jahr leistete sich die Finanzministerin eine weitere dreiste Lüge: In dem



Schätzungen: Bundesrat Schneider-Ammann.



«Ein Phantasma»: alt Bundesrätin Calmy-Rey.



Falsche Prophezeiungen: alt Bundesrat Deiss.

Bestreben, die umstrittene «Lex USA» durch das Parlament zu boxen, sagte Widmer-Schlumpf, es gebe für den Fall einer Ablehnung «keinen Plan B», vielmehr sei damit zu rechnen, dass die Amerikaner eine Kantonalbank vor Gericht zerren würden. Dem Parlament sollte die Verantwortung für die vorgesehene Auslieferung von «Abschleicher»-Listen und Mitarbeiterdaten aufgebürdet werden. Kaum zwei Wochen nach der Ablehnung durch das Parlament lag der «Plan B» auf dem Tisch: Die Banken müssen sich selber mit der US-Justiz ins Einvernehmen setzen, und der Bundesrat erteilt im Einzelfall die Bewilligung zur Aushändigung von Daten an die US-Justiz.

Die zahlreichen Täuschungsmanöver legen nahe, dass sich der Bundesrat an Machiavelli orientiert, ohne jedoch das berühmte Gebot zu beachten, wonach man sich beim Lügen nicht erwischen lassen sollte. Für jeden nachvollziehbar, stehen die falschen Aussagen in den Archiven. Ob die Stimmbürger ihrem Bundesrat wirklich so sehr vertrauen, wie es die Umfragen nahelegen, zeigt sich zuverlässig nur im Abstimmungsverhalten. Und hier hat die Regierung in letzter Zeit häufig aufs Dach bekommen. ○

Die Spindoktoren der Justizdirektion

Im Fall «Carlos» stützten sich der Zürcher Justizdirektor Martin Graf und Oberjugendanwalt Marcel Riesen auf die Dienste eines externen PR-Beraters. Regie führte der Krisenfachmann Roger Huber. Die Zeitung *Schweiz am Sonntag* spielte eine fragwürdige Rolle. Von Alex Baur



«Mit Ihnen rede ich nicht»: Graf (hinten), Riesen.



Den richtigen Dreh: PR-Berater Huber.



Positive Entwicklung: «Carlos».

Sein Blick war so treuherzig, dass selbst ein Dalmatiner neidisch werden konnte. Niemals, so versicherte der Zürcher Justizdirektor Martin Graf (GP) im letzten November vor laufenden TV-Kameras, niemals habe sich die Jugendanwaltschaft im Fall «Carlos» von den Medien und dem öffentlichen Druck leiten lassen. Bei der Inhaftierung des inzwischen 18-jährigen Zöglings und dessen Verlegung in die geschlossene Anstalt von Uitikon habe man nur das Wohl des Jugendlichen im Auge gehabt: «Carlos» müsse vor aufdringlichen Journalisten geschützt werden, zudem sei seine Betreuung hinter Gittern besser gewährleistet.

Können derart treuherzige Augen lügen? – Diese Frage dürfte sich einigen Zuschauern aufgedrängt haben, doch sie ist müssig. Was in den Köpfen von Oberjugendanwalt Marcel Riesen (SVP) und Justizdirektor Graf vorging, als sie den Zögling «Carlos» hinter Gitter

schickten, lässt sich bestenfalls erahnen. Lügen ist ein hässliches Wort. Was sich aufgrund von Recherchen der *Weltwoche* jedoch sagen lässt: Beim Entscheid, der unter Juristen weiterhin Kopfschütteln auslöst, führten externe und interne PR-Berater der Jugendanwaltschaft und der Justizdirektion mit Regie.

Diskreter Einflüsterer zieht die Fäden

Unter Berufung auf vertrauliche Quellen berichtete die *Sonntagszeitung* bereits vor zwei Wochen, Justizdirektor Martin Graf habe sich zur Bewältigung des Falls «Carlos» ein kostspieliges publizistisches «Sondersetting» durch externe PR-Berater («ein Rolls-Royce der Branche») angedeihen lassen. Grafs Mediensprecher Benjamin Tommer wollte diese Information weder bestätigen noch dementieren und feixte ausweichend: «Wäre sich die Redaktion [der *Sonntagszeitung*] ihrer Sache

sicher, hätte sie die Erkenntnis in einen harten Nachrichtentext verpackt.»

Da die Regierung schweigt, sind wir weiterhin auf Indiskretionen von Insidern angewiesen. Und diese sagen der *Weltwoche* hart und verbindlich: Der externe PR-Berater im Fall «Carlos» heisst Roger Huber, er wurde von Oberjugendanwalt Marcel Riesen engagiert, und er zog von Anfang an die Fäden im Hintergrund. Huber (geschätztes Tageshonorar: 2000 bis 4000 Franken) verkauft sich als «Krisenmanager» und verfügt wie Grafs Sprecher Tommer als ehemaliger Journalist (*St. Galler Tagblatt*, *Finanz und Wirtschaft*, diverse Stellen bei *Ringier*) über exzellente Kontakte zur Medienszene.

Auf seiner Website preist Huber etwa «Medientraining» («Wie man Journalisten zu Partnern macht») oder «Campaigning» («Dramaturgisch angelegte, kommunikative Strategien

mit einem klar definierten Ziel») an. Es ist das volle Programm eines Propagandaexperten, wie er in Politik und Wirtschaft längst zum Alltag gehört. Die sogenannten Spindoktoren geben Volksvertretern und Managern vor, wie man Medienleute einseift, sie durch gezielte Informationen und Indiskretionen für seine Ziele einspannt und der Berichterstattung den gewünschten Dreh (englisch: *spin*) gibt.

Dass eine Jugendanwaltschaft einen diffizilen Fall in die Hände von PR-Spezialisten legt, ist allerdings eine neue Dimension. Dabei wirkte Huber gemäss Recherchen der *Weltwoche* nicht bloss bei der Kommunikation gegen aussen mit. Zusammen mit dem pensionierten Jugendanwalt Chris Weilenmann und dem externen Unternehmensberater Andreas Werren erarbeitete er im Auftrag der Oberjugendanwaltschaft sogar amtsinterne Berichte zum Fall «Carlos» zuhanden der Justizdirektion und der Justizkommission des Kantonsrates.

Amtliches Siegel für PR-Justiz

Huber hatte Zugang zu sämtlichen geheimen Akten, er war an Befragungen beteiligt und bestimmte mit, was gegen aussen dringen darf – und was verschwiegen wird. Offiziell erschienen die Berichte allerdings unter dem Siegel der Oberjugendanwaltschaft. Der Name des PR-Strategen Roger Huber wurde ebenso verheimlicht wie jener der beiden anderen externen Berater.

Mit Arbeitsüberlastung können Riesen und Graf den Beizug der diskreten Einflüsterer im Hintergrund kaum rechtfertigen. Mit vierzehn festen Mitarbeitern ist die Zürcher Oberjugendanwaltschaft geradezu fürstlich dotiert, zumal sie direkt keine Fälle betreut, sondern lediglich als Aufsichtsorgan über die fünf regionalen Jugendanwaltschaften wacht. Die Oberaufsicht über den Fall «Carlos» gehörte demnach zu ihrem Kerngeschäft.

Man könnte nun einwenden, dass Marcel Riesen sich befangen fühlte, weil das umstrittene Thaibox-Programm des Zöglings «Carlos» gemäss Recherchen der *Weltwoche* zumindest von seinem Adjunkten Carmine Delli Gatti begleitet und abgesegnet worden war. Doch von einer unabhängigen und transparenten externen Untersuchung kann hier keine Rede sein. Riesen und seine Mitarbeiter traten nicht in den Ausstand, als die Söldner Huber & Co. nach den Vorgaben ihres Auftraggebers an der Strategie feilten und den Stoff aufbereiteten, mit dem Oberjugendanwalt Riesen und sein politischer Vorgesetzter Martin Graf ihren Kopf aus der Schlinge zogen.

PR-Berater Huber trat gemäss Informationen der *Weltwoche* bereits Ende August 2013 auf den Plan, als der *Blick* die Kampagne um den Zögling «Carlos» lancierte, der in einem aufwendigen «Sonder-Setting» zum Thaiboxer ausgebildet wurde. Am 30. August wurde «Carlos» verhaftet, obwohl er sich im teuren

Setting bewährt hatte wie noch nie zuvor. Die offizielle Begründung für den Notstopp lieferten Graf und Riesen an einer gemeinsamen Pressekonferenz am 6. September nach: Man habe «Carlos» mit der Inhaftierung vor den Medien schützen müssen, denn er hätte bei Kontakten mit Journalisten austrasten können.

Journalistischer Support für Graf

Die Begründung erscheint reichlich konstruiert und wurde später auch von namhaften Rechtsgelehrten – unter ihnen die Professoren Daniel Jositsch, Peter Aebersold und Hans Giger – mit ungewohnt scharfen Worten kritisiert. Das Hauptthema der Medienkonferenz war aber das teure «Sonder-Setting» von «Carlos». Und hier zeigten Graf und Riesen nicht nur grosses Verständnis für die angeblich «kochende Volksseele». Sie gossen vielmehr noch Öl ins Feuer, rügten die hohen Kosten des Settings, von denen sie nichts gewusst haben wollen. Die Chefs schoben ihre Verantwortung damit auf ihre Untergebenen ab, denen sie künftig besser auf die Finger schauen wollten.

Wenige Tage zuvor hatte die Zeitung *Schweiz am Sonntag* gleichsam das publizistische Terrain für die grafsche Verteidigungsstrategie geebnet. Unter Berufung auf einen «bisher unveröffentlichten Bericht», welcher der Redaktion vorliege, umschrieb die Journalistin Fabienne Riklin «Carlos» als «Luxusgeschöpf», das sich auf Kosten des Steuerzahlers vom sündhaft teuren Deo (Armani) bis hin zum Gokart-Vergnügen jeden Luxus leiste. Riklin brachte auch die Firma Riesen-Oggenfuss GmbH ins Spiel, die das Luxusprogramm für den wegen einer Messerstecherei verurteilten Jugendlichen inklusive Thaibox-Training und Vierzimmerwohnung organisierte.

Wo hatte Riklin den vertraulichen Bericht her? Wir werden es wahrscheinlich nie erfahren. Quellenschutz ist das oberste Gebot im Journalismus. Es fällt allerdings auf, dass Riklin schon früher über einen guten Draht zur Zürcher Justizdirektion verfügte. So berichtete sie im April 2013 prominent über ein



Bevor das Rad erfunden wurde ...

Projekt von Martin Graf, der den Strafvollzug national zentralisieren und landesweit tausend neue Gefängnis- und Therapieplätze schaffen möchte. Obwohl das Vorhaben mit jährlich wiederkehrenden Kosten in dreistelliger Millionenhöhe verbunden wäre, die das Setting von «Carlos» geradezu als Petitesse erscheinen lassen, verschonte Riklin Justizdirektor Graf mit kritischen Fragen und fungierte vielmehr als devote Stichwortgeberin.

Viel Verständnis für Graf brachte Riklin auch in ihrem Bericht vom 8. September auf, den sie mit einem kleinen Primeur aufmachte: Jugendanwalt Hansueli Gürber – er hatte das Thaibox-Konzept organisiert – war krankgeschrieben und kaltgestellt worden. Riklin liess bei dieser Gelegenheit Graf noch einmal zu Wort kommen: «Luxus und «Nice-to-haves» haben in einem Sonder-Setting absolut keinen Platz», er hätte «den Vertrag nie unterschrieben». Nach dem Hinweis, dass die Firma Riesen-Oggenfuss das Programm von «Carlos» zu verantworten habe, kam auch Oberjugendanwalt Riesen unwidersprochen zu Wort: «Wir müssen eine grössere Sensibilität bei der Auswahl der Massnahmen entwickeln und schlicht kostengünstiger arbeiten.» Sein PR-Berater hätte es kaum anders formuliert.

Wer brachte «Carlos» hinter Gitter?

Am 19. November liess die Zürcher Jugendanwaltschaft «Carlos» überraschend vom Gefängnis nach Uitikon in den geschlossenen Vollzug versetzen. Die Stimmung in vielen Medien schlug nun um. Während die NZZ die Rechtmässigkeit der Massnahme anzweifelte – der Achtzehnjährige hat seine Jugendstrafe für eine Tat, die er als Fünfzehnjähriger begangen hatte, längst abgesessen und sich seither wohl verhalten –, kamen im *Tages-Anzeiger* erstmals die Eltern von «Carlos» zu Wort. Wie die NZZ am *Sonntag* und die *Weltwoche* berichteten, wollten alle involvierten Jugendanwälte das offene Setting für «Carlos» eigentlich weiterführen, wurden aber von der Oberjugendanwaltschaft zurückgepfiffen.

Was war geschehen? Nach Gürbers unfreiwilligem Abgang hatte Jugendanwalt Felix Bieri den Fall «Carlos» übernommen. Als Bieri trotz anfänglicher Zweifel das Sonder-Setting nach einem intensiven Aktenstudium mit Abstrichen weiterführen wollte, wurde das Dossier Jugendanwalt Patrik Killer zugeteilt. Killer handelte den Preis für das Setting mit der Betreuungsfirma Riesen-Oggenfuss auf monatlich 18 905 Franken herunter. Das Thaibox-Training sollte nur noch in der Freizeit stattfinden, und die Suche nach einer beruflichen Ausbildung sollte intensiviert werden. Das neue Programm wäre nicht teurer gewesen als eine Einweisung ins Uitikoner Massnahmenzentrum, deren Erfolgsaussichten nach allen bisherigen Erfahrungen gering erscheinen. «Carlos» hatte eine schriftliche

Einwilligung zum Setting bereits unterzeichnet, das gemäss Informationen der *Weltwoche* ursprünglich auch Jugendanwalt Killer bevorzugte.

Graf inszeniert sich als Macher

Schon damals drängte sich der Verdacht auf, dass bei der Justizdirektion statt der Juristen und Pädagogen die PR-Berater Regie führten. Und einmal mehr war es die *Schweiz am Sonntag*, die Graf und Riesen aus der Bredouille half und die Berichterstattung in eine neue Richtung lenkte – ihr den «richtigen Spin» verpassten, wie PR-Profis sagen. Das Timing war perfekt. In der Ausgabe vom 24. November, also kurz nach dem umstrittenen Entscheid und unmittelbar vor der eingangs erwähnten Pressekonferenz, berichtete Fabienne Riklin, dass die Firma Riesen-Oggenfuss in vier Jahren einen Umsatz von 3 Millionen Franken erzielt habe. Allein 2012 habe die Zürcher Justizdirektion der Firma 1,2 Millionen Franken für die Betreuung von 18 Jugendlichen überwiesen.

Die Enthüllung, die von zahlreichen Medien aufgenommen wurde, beruhte auf einem vertraulichen Bericht, den die Oberjugendanwaltschaft zuhanden der Justizkommission des Kantonsrates verfasst hatte. Der mediale Fokus lag nun wieder auf der Heilpädagogin Anna-Lisa Oggenfuss, die das Setting mit «Carlos» eingefädelt hatte. Das war das Terrain, auf dem Justizdirektor Graf vier Tage später, anlässlich der zu Beginn erwähnten Pressekonferenz, das nächste mediale Bömblein zündete: Der Zögling «Carlos» habe den Steuerzahler bislang rund eine Million Franken gekostet. Der Berufspolitiker rückte sich damit – zumindest für den flüchtigen Medienkonsumenten – als volksverbundener Macher ins Rampenlicht, der die Zügel in die Hand nimmt und auch mal harte Entscheide fällt.

Sieht man sich die Millionenbeträge allerdings nüchtern an, besagen diese über den Fall «Carlos» so wenig wie das famose Deo von Armani (es handelte sich um ein Geburtstagsgeschenk und war nicht Teil des Programms). Eine Million Franken für einen einzigen Zögling ist zweifellos viel Geld. Doch die entscheidenden Fragen sind damit nicht beantwortet. Wohin floss dieses Geld? Gab es günstigere Alternativen? Und vor allem: Wurden damit messbare Erfolge erzielt? Je nachdem kostet eine Verbrecherkarriere die Allgemeinheit einiges mehr als eine Million.

Die Erfolgsbilanz der Zürcher Vollzugsbehörde ist nachgerade deprimierend. Der Zögling «Carlos» delinquierte ab seinem neunten Altersjahr, und es wurde, allen Strafen, Einweisungen und Therapien zum Trotz, immer schlimmer. Die kriminelle Karriere des Teenagers erreichte im Juni 2011 ihren Höhepunkt, als «Carlos» im Cannabis-Rausch einen anderen Jugendlichen mit einem Messer nie-

derstach und schwer verletzte. Erst als der gelernte Gipser und Thai-Boxer Shemsi Beqiri im Juli 2012 auf den Plan trat und den störrischen Burschen unter seine Fittiche nahm, machte dieser, zum ersten Mal in seinem Leben, eine positive Entwicklung durch. «Carlos» unterzog sich einem harten Trainingsprogramm, er reinigte Toiletten, verzichtete auf sämtliche Drogen und machte auch schulisch Fortschritte. Gemessen an den Tarifen, die psychiatrische Kliniken für die erfolglosen Zähmungsversuche bei «Carlos» in Rechnung stellten (rund 45 000 Franken pro Monat), war das Setting mit dem Boxer (knapp 30 000 Franken) keinesfalls exorbitant. Doch seltsamerweise blieben alle Institutionen, die kläglich versagt hatten, von der Kritik verschont, die auf das Setting mit Beqiri niederprasselte.

Stimmungsmache mit Millionen

Das Gleiche gilt für die angeblich skandalösen drei Millionen Franken für Riesen-Oggenfuss. Das klingt zwar nach viel Geld, doch in Wirklichkeit besagt die Zahl nichts – weil im betreffenden Zeitungsartikel nirgends erklärt wird, was die Firma dafür geleistet hat. Teilt man die 1,2 Millionen Franken durch 18 Jugendliche, welche die Firma Riesen-Oggenfuss in einem Jahr betreute, ergibt dies 66 000 Franken pro Zögling. Dafür lassen sich gerade mal dreieinhalb Monate Aufenthalt im Zentrum Uitikon finanzieren, wo «Carlos» heute einsitzt.

Vor allem aber stellt sich die Frage, wer den vertraulichen Amtsbericht, der Ende Oktober 2013 erstellt worden und damit alles andere als aktuell war, der *Schweiz am Sonntag* zugespült hat – und dies just in einer Phase, als sich die Justizdirektion in einem Erklärungsnotstand

Die Justizdirektion stoppte das Programm in dem Moment, als es hoffnungsvolle Resultate zeitigte.

befand. In Frage kommt neben der Justizkommission des Kantonsrates nur die Justizdirektion selber. Sicher ist: Der vertrauliche Bericht, auf den sich die *Schweiz am Sonntag* Anfang September berufen hatte, kam sicher nicht aus dem Parlament – denn dieses hatte das fragliche Dokument nie erhalten.

Die parlamentarische Justizkommission hat in diesem Zusammenhang eine Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung eingereicht. Falls die Zürcher Strafermittler die Sache ernst nehmen, werden sie wohl oder übel auch gegen ihre Kollegen und politischen Vorgesetzten ermitteln müssen: Regierungsrat Graf, Oberjugendanwalt Riesen und deren Entourage. Mit Spannung wartet das Zürcher Publikum darauf, dass Oberstaatsanwalt Andreas Brunner – wie im Fall Stocker, im Fall Nef oder im Fall Hildebrand – auch in diesem Fall mit der ganzen Härte des Gesetzes (Hausdurchsu-

chungen, Vorführbefehle, Telefonkontrollen) gegen Verdächtige vorgeht.

Bleibt die Kardinalfrage: Was geschieht, wenn die Eingliederung im Zentrum Uitikon scheitert und «Carlos» keine Anlehre als Florist oder Schreiner absolvieren mag, wie dies Justizdirektor Graf vorschwebt? Man sollte den Teufel nicht an die Wand malen, doch alle Erfahrungen zeigen, dass sich der störrische Zögling bislang jeder konventionellen Institution mit einer Sturheit verweigerte, die selbst abgebrühte Profis überraschte. Nicht einmal mit der chemischen Keule der Zwangspsychiatrie liess sich der Bursche kleinkriegen.

Und keiner will die Verantwortung

So berechtigt die Kritik am Jugendstrafrecht sein mag, das echte Sühne kaum noch zulässt und junge Delinquenten mit Programmen belohnt, die sich normale Jugendliche nie leisten könnten – «Carlos» hat dieses System nicht erfunden, er ist allenfalls ein Produkt davon. Tatsache ist: Die Zürcher Justizdirektion stoppte unter öffentlichem Druck ihr teures Programm just in dem Moment, als es erstmals hoffnungsvolle Resultate zeitigte – und ersetzte es durch eine jener konventionellen Massnahmen, die den Steuerzahler nicht weniger kosten und die bislang gescheitert waren.

Auf die Frage des Schreibenden, ob er für den Fall eines Scheiterns der Massnahme in Uitikon einen Plan B für «Carlos» bereithabe, erwiderte Justizdirektor Graf genervt: «Mit Ihnen rede ich nicht.» Die Antwort, wenn auch nur indirekt, findet sich in der Verfügung, mit der «Carlos» nach Uitikon eingewiesen wurde. Dass der Bursche eine Berufslehre absolvieren soll, steht dort nirgends geschrieben. Es wird lediglich verfügt, dass ein Gutachter klären muss, was mit «Carlos» zu geschehen hat.

Im Kern ist es die ewig selbe Geschichte, die sich im Leben des «Carlos» seit achtzehn Jahren schon vielfach wiederholt hat: Der schwierige Bursche wird von einem Ort zum andern geschoben, weil niemand die Verantwortung übernehmen will. Jugendanwalt Hansueli Gürber, Anna-Lisa Oggenfuss und der Boxer Shemsi Beqiri versuchten den Teufelskreis zu durchbrechen – mit Erfolg in einem Ausmass, das sie selber überraschte. Als die Geschichte publik wurde, bekamen die politischen Verantwortlichen kalte Füsse und brachen die Übung ab. Doch nicht einmal dafür wollen sie die Verantwortung übernehmen: Graf schiebt sie auf Riesen ab, Riesen auf Killer – und Killer beauftragt einen Gutachter.

PS: Im Verlauf der Recherchen liess Justizdirektor Graf der *Weltwoche* auf Umwegen die Nachricht zukommen, dass nicht er, sondern der Oberjugendanwalt den externen PR-Berater engagiert habe. Wir erwarten mit Spannung, wem Riesen nun den Schwarzen Peter zuschieben wird. ○

Der Grossverteiler

Ständerat Peter Bieri (CVP) ist der Architekt des 6,4 Milliarden teuren Bahninfrastrukturfonds, über den am 9. Februar abgestimmt wird. Der eifrige Förderer des öffentlichen Verkehrs und anderer Subventionsbranchen gibt sich bescheiden, lässt sich aber als Lobbyist gut bezahlen. *Von Lucien Scherrer*

Wenn die Schweizer Stimmbürger am 9. Februar 6,4 Milliarden Franken für den Ausbau des Bahnnetzes bewilligen – und angesichts der allgemeinen Bahnbegeisterung deutet alles darauf hin, dass sie es tun werden –, darf der Zuger Ständerat Peter Bieri (CVP) über einen persönlichen Sieg jubeln. Er ist der Architekt der sogenannten Fabi-Vorlage («Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur»), die den öffentlichen Verkehr noch «leistungsfähiger» machen soll. Den Triumph wird er jedoch nur im Stillen auskosten: «Ich habe sicher einiges für diese Vorlage getan», sagt er, «aber deswegen würde ich mir nie auf die eigene Schulter klopfen, dazu bin ich wohl zu bescheiden.»

Ein typischer Satz für Bieri, der sich gerne als «stillter Schaffer» (*Aargauer Zeitung*) würdigen lässt; als «überlegter Politiker» (Bieri über Bieri), der sich nicht «nach vorne drängelt» (*Neue Luzerner Zeitung*), sondern «unspektakulär und schollenverbunden» (wieder *AZ*) seinen Dienst an der Gemeinschaft leistet. Bieri ist eine unscheinbare, vorzugsweise grau gekleidete Figur, an der einzig die hohe, leicht nasale Stimme auffällt.

Von diesem Auftritt sollte man sich nicht täuschen lassen: Bieri gehört in Bern zu den einflussreichsten Politikern. 1994 als Gemeinderat von Hüenenberg ZG direkt ins «Stöckli» gewählt, ist er heute der dienstälteste Ständerat – und Kraft seiner Erfahrung nimmt er sich auch mal das Recht heraus, Andersdenkende abzukanzeln wie Schulbuben. Legendär ist sein Aufstand gegen elektronische Abstimmungen im Ständerat, als er die Neugewählten unter den Befürwortern aufforderte, «zuerst einmal zwei, drei Jahre Erfahrungen zu sammeln, bevor Sie eine bewährte Tradition in diesem Rat zerstören».

Die wichtige Funktion der Pferde

Politisch gehört der ETH-Absolvent mit dem «Hang zum Oberlehrerhaften» (so sein SVP-Ratskollege This Jenny) zum Typus Berufspolitiker, der im grossen Stil Steuergelder verteilt, im Namen des regionalen Ausgleichs, der Umwelt und der Gerechtigkeit. So ist Bieri als ehemaliger Bauernsekretär ein eifriger Lobbyist für Landwirtschaftssubventionen, egal, ob es um Kinder- oder Verkäsungszulagen geht. Und dank eines Bieri-Vorstosses leistet sich die Schweiz noch heute ein 7 Millionen Franken teures «Nationalgestüt» in Avenches, weil das Pferd seiner Meinung nach eine «wichtige



Im Namen des regionalen Ausgleichs, der Umwelt und der Gerechtigkeit: Politiker Bieri.

ökologische und soziale Stellung» übernimmt in der Gesellschaft.

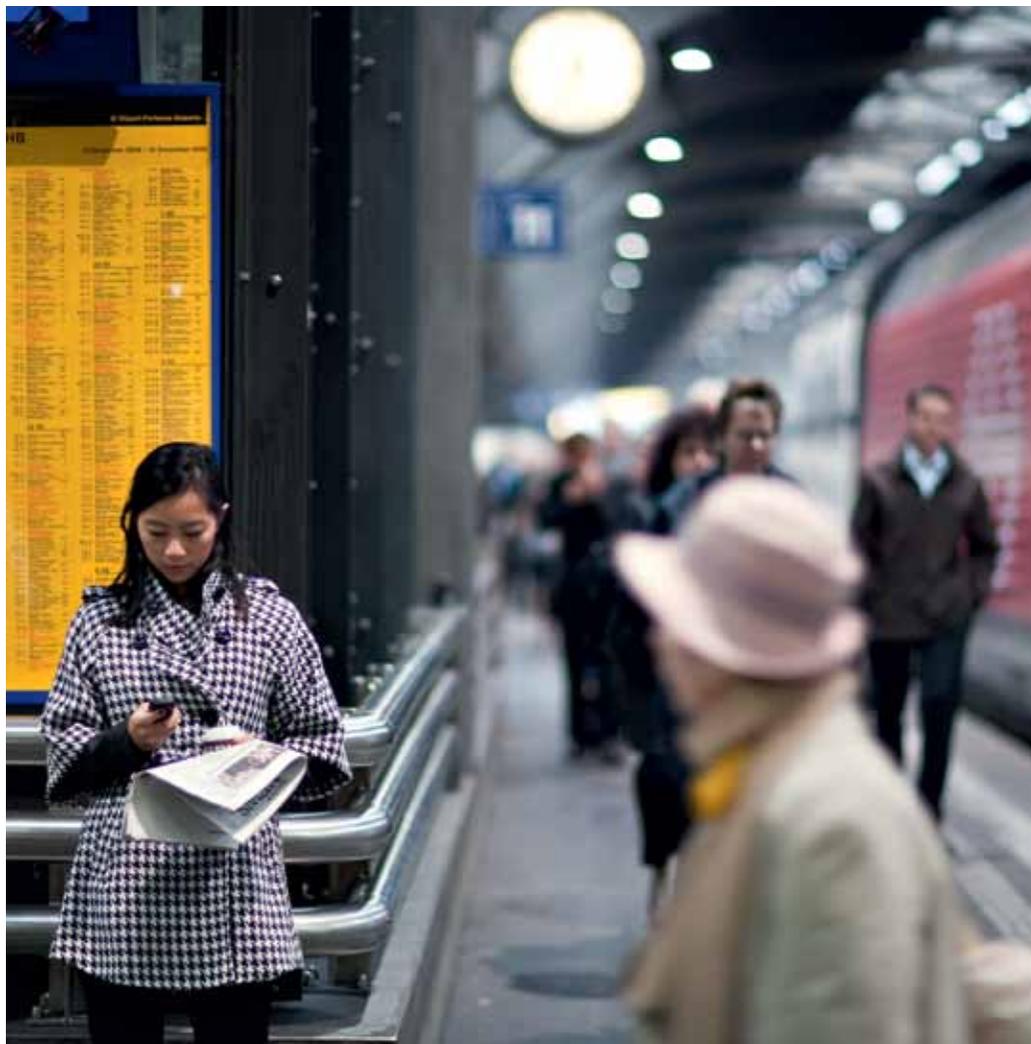
Sein liebstes Steckenpferd ist jedoch die Verkehrspolitik, wobei er als langjähriges Mitglied der ständerätlichen Verkehrskommission zu den «überzeugten Fürsprechern des Schienenverkehrs» (NZZ) gehört. Betrachtet man die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) als letzte heilige Kuh im Land, so ist der ehemalige Lehrer an der Landwirtschaftsschule Schluechthof in Cham (Spezialgebiet: Fütterungslehre) ihr Chefmäster im Parlament. Was immer die Bahn will – einen «speditiven» Bau der Neat, mehr Züge und mehr Geld – Bieri kämpft dafür, dass sie es bekommt. «An ihm», sagt ein Parlamentarier, «kommt in der Verkehrspolitik keiner vorbei.» Bieri selber sagt gewohnt bescheiden, er habe dank seiner Erfahrung «sicher einen gewissen Einfluss».

Die Bahn will's, Bieri bringt's

Jüngstes Beispiel für diesen Einfluss ist die eingangs erwähnte Fabi-Vorlage, die die Schaffung eines Infrastrukturfonds vorsieht. Fabi ist laut Bieri eine «Antwort auf das zu erwartende landesweite Verkehrswachstum», eine «für alle Regionen akzeptable Lösung». Die angebliche Vernunftlösung ist in einem kollektiven Rausch aus Bahnwünschen, Bahnbegeisterung und regionalen Interessen geboren worden, bei dem Peter Bieri die Rolle des Zapfmeisters spielte.

Vor einem Jahr beantragte Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) dem Parlament, 3,5 Milliarden für einen Bahninfrastrukturfonds zu sprechen. Den Kantonen war das jedoch viel zu wenig: Sie meldeten Projektbegehren für über 42 Milliarden Franken an und bearbeiteten ihre Ständeräte, möglichst viel Geld und Bahnkilometer herauszuholen. Auf Bieris Antrag stockte der Ständerat den Fonds auf 6,4 Milliarden auf, und fast das ganze Parlament folgte ihm. Wobei Bieri, ganz der gütig-gerechte Landesvater, während der Debatte betonte, dass niemand «vernachlässigt» werde, dass man aber auch den «Mut» gehabt habe, «Projekte hintanzustellen».

Trotz diesem «Mut» ist Fabi ein gewaltiges Umverteilungsprojekt, in dem es nur bedingt um die Behebung dringlicher Verkehrsprobleme geht. Das zeigt die Tatsache, dass nicht nur Haupttrouten wie Genf–Lausanne, sondern auch Strecken wie Ligerz–Twann, Landquart–St. Moritz oder Zermatt–Täsch ausgebaut werden sollen, die man kaum mit anschwellenden Pendlerströmen assoziiert. Die Kosten des Infrastrukturprojekts sollen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, denn der Fonds soll über eine angeblich befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer (360 Millionen Franken Mehreinnahmen pro Jahr), höhere Kantonsbeiträge und tiefere Steuerabzüge für Pendler (je 200 Millionen) finanziert werden. Die Nutzer selber tragen über leicht höhe-



Gewaltiges Umverteilungsprojekt: Bahnpendler.

re Billettpreise gerade mal 300 Millionen Franken pro Jahr bei.

Bereits heute stecken Bund und Kantone jährlich über acht Milliarden Franken in den öffentlichen Verkehr, wobei die Nutzer nicht einmal 40 Prozent der Kosten tragen, die sie verursachen. Fabi führt diese masslose Politik fort, wobei die Vorlage derart weit geht, dass

Ist es «gerecht», wenn jeder Bahnfahrer mehr als die Hälfte der Fahrkosten geschenkt bekommt?

selbst der links-grüne Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) seine ähnlich masslose Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» zugunsten von Fabi zurückgezogen hat. Obwohl der öffentliche Verkehr hoch defizitär ist, ist Peter Bieri überzeugt, dass wir es mit einer «Erfolgsgeschichte» zu tun haben. «Mit guten Infrastrukturen entwickelt sich Wohlstand», lautet seine Devise. Natürlich gehe es auch um «soziale Gerechtigkeit»: «Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs verbessert die Lebensqualität, gerade auch in peripheren Gebieten.»

Doch ist es «gerecht», wenn jeder Bahnfahrer mehr als die Hälfte der Fahrkosten geschenkt bekommt? Ist es wohlstandsfördernd,

wenn Randstrecken ausgebaut werden, wo jeder in die Bahn investierte Franken gemäss nüchternen Schätzungen Folgekosten von vier Rappen verursacht? Auf solche Einwände antwortet Bieri mit Gegenfragen: «Sollen denn nur Leute in grossen Städten vom ÖV profitieren?» oder: «Wie soll denn ein Zuger in Zürich studieren, wenn die Billettpreise verdoppelt werden?» Die Nutzer leisteten ja über die höheren Billettpreise, die Mehrwertsteuer und die tieferen Steuerabzüge für Pendler einen «namhaften Beitrag» zu Fabi. Höhere Abgaben seien «nicht zumutbar» gewesen. «Wenn wir nicht ausbauen», so Bieris Fazit, «steigen die Leute wieder aufs Auto um, und wir erleben auf den Strassen einen Verkehrskollaps.»

Verschärfung des Problems

Mit diesem Argument werden seit Ende der 1980er Jahre (Stichwort Waldsterben) Milliarden in die Bahn gesteckt. Die Folge ist, dass dank Dumpingpreisen immer mehr Leute Bahn fahren und im Grünen bauen, während der Strassenverkehr parallel dazu munter weiterwächst. Vorlagen wie Fabi tragen dabei nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung des Verkehrsproblems bei, weil sie die Nachfrage und damit neue Forderungen nach Investitionen anheizen.

Bieri ist in diesem Kreislauf eine Schaltstelle zwischen Bahn und Politik, wobei er das Lobbying zu seinem Beruf gemacht hat. Seit 1998 ist er Präsident des Informationsdienstes für den öffentlichen Verkehr (Litra); einer Agentur in Bern, die von den SBB, der Postauto AG sowie verschiedenen Privatfirmen wie Stadler Rail, Swiss, Siemens und Bombardier finanziert wird. Seit ihrer Gründung 1936 setzt sich die traditionell mit der CVP verbundene Litra für den Strassen- und den Schienenbau ein. Unter Bieris Führung, so monieren Kritiker, habe sich das geändert: «Er hat die Litra zu einem verlängerten Arm der SBB gemacht, die einseitige Bahnpropaganda verbreitet», sagt der ehemalige Litra-Vorstand und Nationalrat Caspar Baader (SVP).

Bieri selber findet, dass die Litra «nachweislich ausgewogen über alle Verkehrsträger» informiere und dass er sich als Autofahrer «immer wieder dafür eingesetzt» habe, den Strassenverkehr zu fördern. Tatsächlich hat sich die Litra 2004 für die Avanti-Initiative der Autoverbände ausgesprochen, zum Ärger einiger linker und grüner Vorstandsmitglieder. Dass Peter Bieri – auch in seiner Funktion als Litra-Präsident – den Privatverkehr als Milchkuh des Staates betrachtet, ist allerdings nicht von der Hand zu weisen. So forderte er 2001, dass die Mineralölsteuer um fünf Rappen erhöht werden müsse, um den ÖV in den Agglomerationen zu fördern; und 2011 kämpfte er gegen einen Vorstoss seines Parteikollegen Roberto Schmidt, der 60 statt wie bisher 50 Prozent der Mineralölsteuern für die Strasse einsetzen wollte – mit dem Argument, dass die Mittel so «einseitig zugunsten der Strasse» verschoben würden. Dem staatlichen Verkehr dagegen ist Bieri nicht nur ideologisch, sondern auch materiell verbunden, besonders den SBB, die rund einen Viertel des Litra-Budgets stemmen. Ihnen verdankt er es, dass er seinen 50-Prozent-Job als Landwirtschaftslehrer 2009 endgültig an den Nagel hängen konnte. Ende 2008 beschloss der Litra-Vorstand auf Drängen der SBB (und Bieris, wie ein Insider versichert), den bisher ehrenamtlich tätigen Präsidenten fest anzustellen und ihm ein Salär von über 70 000 Franken zu bezahlen, plus Spesen und ein eigenes Büro an der noblen Spitalgasse in Bern. Gleichzeitig engagierte die Litra mit Matthias Dietrich einen ehemaligen SBB-Mann als neuen Geschäftsführer, der bis heute als «Patenkind» (Gast und Beobachter) von Peter Bieri im Ständerat sitzt.

Untersuchung im Parlament

Möglich wurde die insgesamt 140 000 Franken teure «Professionalisierung» der Litra nur, weil die SBB ihren Beitrag um 100 000 Franken aufstockten. Weitere 20 000 Franken steuerten die Postauto AG und die Stadler Rail des damaligen SVP-Nationalrats Peter Spuhler bei. Pikant an Bieris «Anstellung» ist die Tatsache,

dass der Zuger, der als «Spezi» von SBB-CEO Andreas Meyer gilt, zuvor auf einen Verwaltungsratssitz bei den Bundesbahnen aspiriert hatte. Den hätte er jedoch nur erhalten, wenn er als Ständerat zurückgetreten wäre: Parlamentarier dürfen keine Mandate bei Betrieben übernehmen, die zu mehr als 50 Prozent vom Staat beherrscht werden. Mit dem Litra-Coup erhielt Bieri einen Trostposten, obwohl auch hier ein Streit über die Vereinbarkeit mit seinem Ständeratsmandat entbrannte. Caspar Baader und zwei weitere SVP-Nationalräte traten unter Protest aus dem Litra-Vorstand aus, und das Parlament leitete eine Untersuchung ein. Diese ergab aber, dass «nur» 40 Prozent des Litra-Budgets von Staatsbetrieben getragen werden. Seither darf Bieri, der als Ständerat über 150 000 Franken verdient, sein Gehalt um knapp 72 000 Franken plus 5000 Franken Spesen aufbessern (Stand 2012 gemäss Bieri), für ein 40-Prozent-Pensum. Laut einem Insider verlangte Bieri ursprünglich gar 100 000 Franken, was dieser jedoch bestreitet.

Nur ein «kleiner Litra-Präsident»

Sicher ist: Unter der Litra-Geschichte hat Bieris sorgsam gepflegte Aura eines selbstlosen Dieners der Gemeinschaft gelitten. Politische Gegner und enttäuschte Weggefährten werfen ihm gar «Geldgier» und «falsche Bescheidenheit» vor. Dazu beigetragen hat auch ein Interessenkonflikt, in den Bieri kurz nach seiner «Anstellung» als Litra-Präsident geriet. Im Mai 2010 vergaben die SBB den bisher grössten Auftrag ihrer Geschichte, den Bau von 49 Zügen für 1,9 Milliarden Franken, an die Firma Bombardier. In deren Verwaltungsrat sass seit 2007 auch Bieri, der sich ein weiteres Nebeneinkommen von 19 000 Franken sicherte. Welche Rolle er in diesem Geschäft spielte, ist umstritten. «Er hat den Deal eingefädelt», sagt einer seiner Weggefährten, «über seinen Freund Andreas Meyer.» Bieri sagt: «Ich habe mit Herrn Meyer bewusst nicht eine Minute über diese Ausschreibung geredet.» Als «kleiner Litra-Präsident» habe er doch keinen Einfluss



Ich fühle mich so klischeehaft

auf ein derart wichtiges Geschäft, das gemäss WTO-Regeln ausgeschrieben worden sei. Zu Meyer habe er ein «gutes, sachliches» Verhältnis, aber ein Peter Spuhler habe bestimmt mehr Kontakt mit ihm.

Klar ist, dass ebendieser Peter Spuhler gar nicht erfreut war über den Deal, den er gerne selber an Land gezogen hätte. Er setzte Bieri unter Druck und stellte ihn vor die Wahl: entweder Bombardier oder Litra. Wenige Monate später legte Bieri sein Bombardier-Mandat stillschweigend nieder, angeblich aus einer lange gereiften Einsicht heraus: «Ich habe festgestellt, dass es mir als Litra-Präsident am wohlsten ist, wenn ich bei keinem grossen Bahnhersteller im Verwaltungsrat bin.»

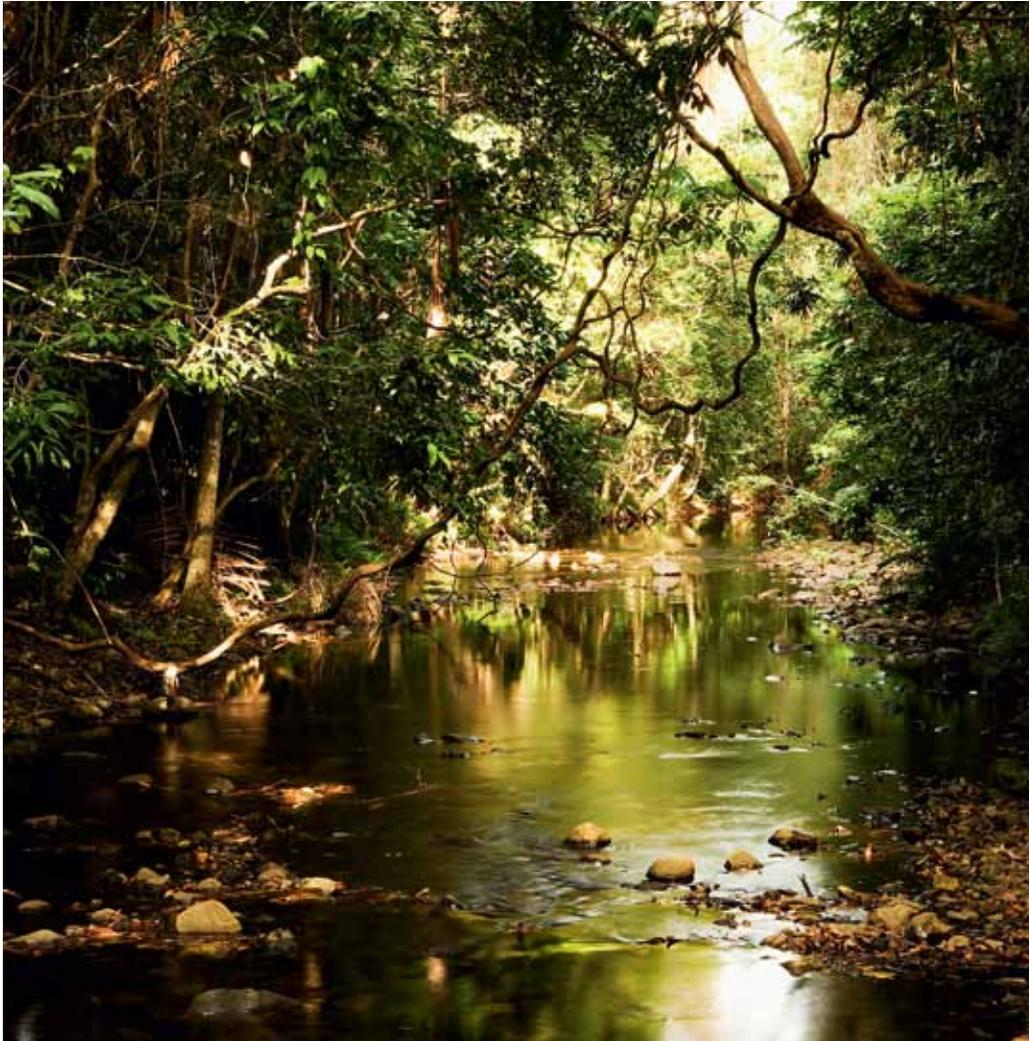
Ein «rechtes Einkommen»

Dabei hatte der vielseitige Ständerat noch nie ein Problem, mehrere Hüte zu tragen. So ist er seit 2009 Beirat des «Sachplans geologische Tiefenlager» und damit mit der Suche nach einem Standort für ein Atommülllager betraut, was ihm der Bund mit 10 000 bis 15 000 Franken im Jahr entschädigt. Bis zu seiner Ernennung als Beirat war er zudem Mitglied der Aktion für vernünftige Energiepolitik (Aves), die sich für die Atomenergie und gegen neue Energiesteuern wie die CO₂-Abgabe einsetzt. Gleichzeitig weibelt Bieri als Präsident der Fördergemeinschaft Wärmepumpen Schweiz (FWS) seit Jahren für die Subventionierung erneuerbarer Energien. «Angesichts der Ölpreise, der CO₂-Abgabe und der Klimaprobleme muss jeder auf Wärmepumpen setzen, der halbwegs rechnen kann», sagte er im Mai 2007 dem *Blick*. Dazu, dass die Rechnung aufgeht, hatte Bieri gleich selber beigetragen: Unter seinem Vorsitz hatte der Ständerat zwei Monate zuvor beschlossen, die CO₂-Abgabe auf Heizöl zu verdreifachen und Gebäudesanierungen mit 200 Millionen Franken zu subventionieren. Wie viel ihm die FWS für seine Lobbyarbeit bezahlt, will Bieri nicht verraten: «Das ist Privatsache, das Salär bewegt sich aber in einem vierstelligen Bereich.»

Trotzdem kommt der 61-Jährige mit seinen Ämtern auf ein Gehalt von rund 240 000 Franken. Er habe ein «rechtes Einkommen», sagt er, der insgesamt zehn Mandate ausübt, etwa für die ETH und die Stiftung Solidarität Dritte Welt. «Ehrenamtlich», wie er in belehrendem Tonfall sagt, «und ich hoffe für Sie, dass Sie sich im gleichen Masse gemeinnützig engagieren.» Ende 2015 will Bieri seinen politischen «Dienst an der Gemeinschaft» nach mehr als zwanzig Jahren beenden, sein «privates soziales Engagement» aber fortsetzen. Die Frage, ob dazu auch ein Verwaltungsratsmandat bei den SBB gehören könnte, lässt Bieri zur Zeit offen. Beste Voraussetzungen dafür hätte er als politisch bestens vernetzte Privatperson, und Fabi, seiner Umwälzpumpe für die Bahn, wird der Hunger bestimmt nie ausgehen. ○

Ausgelatschter Fussabdruck

Wissenschaftler und Umweltschützer streiten sich darüber, wie man den «ökologischen Fussabdruck» korrekt berechnet. Der Disput ist überflüssig – der Begriff gehört abgeschafft. *Von Alex Reichmuth*



Es ist völlig willkürlich, wie man den ökologischen Fussabdruck definiert.

Würden alle Menschen so leben wie die Bewohner der Schweiz, wären dafür 2,8 Erden nötig. Das meldete der WWF im letzten August. Ein Schweizer verbrauche im Schnitt fast dreimal so viele Ressourcen, wie unser Planet reproduzieren könne. Die ganze Weltbevölkerung lebe «auf Pump», schrieb der WWF, denn ihr «ökologischer Fussabdruck» betrage derzeit 1,5 Erden, übersteige also die Regenerationskraft des Planeten bei weitem.

Der ökologische Fussabdruck wurde 1994 vom Basler Ingenieur Mathis Wackernagel und dem amerikanischen Ökologen William Rees geschaffen. Die Kennzahl sagt, wie nachhaltig die Lebensweise eines einzelnen Menschen, der Bevölkerung eines Staates oder der ganzen Weltbevölkerung angeblich ist. Ein Fussabdruck grösser als eins bedeutet, dass der ent-

sprechende Lebensstil mehr Ressourcen verschlingt, als die Erde reproduzieren kann. Der Begriff hat eine steile Karriere gemacht – weltweit. Mantrahaft führen Umweltaktivisten den ökologischen Fussabdruck an, um eine möglichst restriktive Ökopolitik durchzusetzen.

Selbst staatliche Behörden haben ihn adaptiert. «Wir verbrauchen die natürlichen Ressourcen der Erde schneller, als diese sich zu regenerieren vermögen», mahnt der Bund in einem Merkblatt zum ökologischen Fussabdruck. Die Schweizer Regierung hat in ihrem Masterplan Cleantech den «Fussabdruck eins» als Ziel gesetzt. Die Grünen wollen gar in der Verfassung festschreiben, dass der ökologische Fussabdruck der Schweiz bis 2050 so weit verkleinert werden muss, dass er, «auf die Weltbevölkerung hochgerechnet, eine Erde

nicht überschreitet». Das Bundesamt für Umwelt wiederum fordert, dass auf allen Konsumprodukten draufsteht, wie gross deren Fussabdruck ist.

Auch die Behörden anderer Länder operieren mit dem Begriff. Das deutsche Umweltbundesamt schreibt, der ökologische Fussabdruck besitze «eine ausgezeichnete Eignung für Kommunikations- und Bildungszwecke». Die Verwaltung Österreichs bietet selber einen Online-Rechner an, damit jeder seinen persönlichen Fussabdruck ermitteln kann.

Doch nun verwischen sich die Konturen des ökologischen Fussabdrucks plötzlich. Vertreter des amerikanischen Breakthrough Institute, das sich für wissenschaftlich fundierten Umweltschutz einsetzt, analysierten kürzlich in der Fachzeitschrift *Plos Biology*, wie dieser Fussabdruck berechnet wird. Sie schrieben, diese Kennzahl zum Ressourcenverbrauch sei «so irreführend», dass sie wissenschaftlich und politisch unbrauchbar sei. Der Fussabdruck gemäss Wackernagel und Rees bewerte fast ausschliesslich, ob und wie weit das von den Menschen produzierte CO₂ von der Erde absorbiert werden könne, etwa durch Pflanzenwachstum. Die Kritiker rechneten vor, dass es theoretisch genüge, auf der halben Fläche der USA schnell wachsende Eukalyptusbäume zu pflanzen, um den Ressourcenverbrauch der Menschheit scheinbar zu kompensieren. Mit echter Nachhaltigkeit habe das wenig zu tun, weil Probleme wie Bodenzerstörung, Wasserverknappung oder Artenverlust praktisch unbeachtet blieben.

Der Teufel steckt im Detail

Wackernagel und Rees wehrten sich für ihr Konzept. In einer Replik in der gleichen Zeitschrift gaben sie zwar gewisse Mängel des ökologischen Fussabdrucks zu. Ihre Methode sei angesichts zum Teil fehlender Daten aber die zuverlässigste Art, um Nachhaltigkeit zu beurteilen. Viele Kommentatoren schlossen aus dem Disput, dass der Fussabdruck die Auswirkungen des menschlichen Lebenswandels unterschätze und es in Wahrheit noch viel schlechter um die Welt stehe.

Richtig wäre allerdings ein anderes Fazit: Nachhaltigkeit in einer Kennzahl erfassen zu wollen, macht grundsätzlich keinen Sinn. Zwar scheint es naheliegend, den Ressourcenverbrauch in Relation zu setzen mit der natürlichen Regenerationsfähigkeit der Erde. Doch der Teufel steckt im Detail. Zum einen ist offen, was Nachhaltigkeit genau bedeuten soll. Kann etwa Landwirtschaft als nachhaltig gelten, auch wenn sich wegen ihrer der Nährstoffgehalt des Bodens ein Stück weit verändert? Falls nicht, müssten Ackerbau und Viehwirtschaft wohl grundsätzlich als unzulässig gelten. Muss ursprünglich vorhandener Wald auf jeden Fall erhalten bleiben – oder sind Rodungen in gewissen Grenzen vertretbar? Und

gilt nachwachsender Wald als gleichwertiger Ersatz für verschwundenen Urwald? Noch schwieriger wird es beim CO₂-Ausstoss. Dürfen fossile Brennstoffe überhaupt nicht genutzt werden, weil sie ja nicht erneuerbar sind? Oder gilt deren Nutzung dann als nachhaltig, wenn sich dadurch der CO₂-Gehalt der Atmosphäre nicht wesentlich erhöht? Und was ist, falls sich herausstellen sollte, dass der Klimawandel gar nicht menschengemacht ist?

Weiter ist nicht klar, wie die Nachhaltigkeit der Bodennutzung, der Landbewirtschaftung

Nachhaltigkeit in einer Kennzahl erfassen zu wollen, macht grundsätzlich keinen Sinn.

oder des Gebrauchs fossiler Brennstoffe zu einer einzigen Kennzahl, eben dem ökologischen Fussabdruck, zusammengezogen werden soll. Ist die Rodung einer Hektare Regenwald schlimmer als die Absenkung des Grundwassers unter einer Stadt um drei Meter? Wiegt der Verlust einer Käferart schwerer als der Ausstoss einer Million Tonnen CO₂ – und wenn ja, in welchem Ausmass?

Es gibt keine natürliche «Biokapazität»

Zudem ist die Vorstellung falsch, das Ressourcenangebot der Erde sei eine feste Grösse. Es gibt keine natürliche «Biokapazität», wie sie dem ökologischen Fussabdruck zugrunde liegt. Vielmehr hängt es von den angewandten Methoden ab, wie viel die Erde hergibt, ohne dass es an die Substanz geht. Mit besonders ertragreichen Sorten etwa lassen sich in der Landwirtschaft mit den gleichen Ressourcen deutlich höhere Ernten erzielen. Und wenn es gelingt, elektrischen Strom dank verbesserter Technik effizienter zu gewinnen, steht bei gleicher Belastung der Natur mehr Energie zur Verfügung. Die oft wiederholte Ermahnung, es stehe nur «eine Erde» zur Verfügung, ist darum irreführend. Dank technologischer Innovation könnten es quasi «zwei Erden» oder mehr werden.

Mit anderen Worten: Es ist völlig willkürlich, wie man den ökologischen Fussabdruck definiert. Je nachdem, wie dramatisch man den Ressourcenverbrauch erscheinen lassen will, kann diese Kennzahl entsprechend kreierte werden. Sie gaukelt somit Objektivität vor, sagt aber mehr aus über die Absichten seiner Erfinder als über den Zustand der Erde. Bildlich gesehen, stammt der ökologische Fussabdruck also von ziemlich ausgelatschten Schuhen.

Dennoch lernen heute bereits Kinder diesen Begriff kennen. Der WWF zum Beispiel stellt Lehrern Unterrichtsmaterial zum ökologischen Fussabdruck zur Verfügung – mit dem Ziel, dass die Schüler «Verantwortung für unseren Planeten» übernehmen. Indoktrination beginnt schon früh.

Teure Heimlichtuerei

Die paritätischen Kommissionen scheuten keinen Aufwand, um ihre Zahlen geheim zu halten. Das Bundesverwaltungsgericht hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Von Florian Schwab

Am 9. Dezember hat das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen entschieden, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Jahresberichte der paritätischen Kommissionen (PK), die es überwacht, an die *Weltwoche* herausgeben muss. Dem Entscheid war ein mehr als zweijähriger Rechtsstreit vorausgegangen, in dem sich vor allem die mehr als zwanzig PK erbittert gegen die Herausgabe ihrer Geschäftszahlen gewehrt hatten. Auch das Seco hatte anfangs gemauert und war dann erst auf eine entsprechende Empfehlung des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten (EDÖB) bereit, Einsicht in die Jahresberichte der PK zu geben.

Das Interesse der *Weltwoche* an den Jahresberichten war erwacht, nachdem sich gehäuft Unternehmen bei der Redaktion gemeldet hatten, die sich als Opfer der PK wahrnehmen.

Als eine Art Lohnpolizei sind die PK dafür verantwortlich, dass die vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge von allen Firmen einer Branche eingehalten werden. Sie haben das Recht, bei den Firmen Kontrollen durchzuführen und Sanktionen in Form von Bussen zu ergreifen. Um diese Aufgabe wahrzunehmen, ziehen die PK von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern der betreffenden Branche einen bestimmten Prozentsatz der Lohnsumme ein und verwal-

ten dadurch jedes Jahr teilweise achtstellige Zwangsbeiträge, die sich auch in der Lohnabrechnung der betreffenden Angestellten in Form von mehreren hundert Franken bemerkbar machen.

Prozesskosten aus der Portokasse

Was geschieht mit diesem Geld? Da die paritätischen Kommissionen aus Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zusammengesetzt sind, liegt der Verdacht nahe, dass sie zur Finanzierung der Verbandsinfrastruktur zweckentfremdet werden – Angestellte, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, trügen so beispielsweise zur Finanzierung des Dienstwagens des Gewerkschaftschefs bei und Firmen, die gar nicht Mitglied in einem Berufsverband sind, zur Pflege von aufwendigen Verbandsapparaten.

Die zusammen genommen mehr als zehntausend Franken für den Prozess gegen die Herausgabe ihrer Zahlen haben die PK jedenfalls aus der Portokasse bezahlt und sich dabei darauf berufen, dass «Geschäftsgeheimnisse» gefährdet seien – demgegenüber ist das Bundesverwaltungsgericht der Argumentation gefolgt, dass sich die PK nicht in einem wettbewerblichen Umfeld bewegen und dass das öffentliche Interesse höher wiegt.

Das Seco, das die Aufsicht über die PK innehat, bekennt freimütig, dass seine personellen Kapazitäten nur für eine einfache Plausibilitätskontrolle genügen. Auch aus diesem Grund wollte die *Weltwoche* Transparenz schaffen, was mit den Zwangsabgaben passiert. In der Zwischenzeit hat auch das Seco reagiert und schult die PK in der regelkonformen Umsetzung der flankierenden Massnahmen, zu denen auch die zunehmende Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen gehört. Doch auch die paritätischen Kommissionen sind erfinderisch geworden. So lagern viele in der Zwischenzeit ihre Aufgaben an spezialisierte Büros oder an Gewerkschaftsfunktionäre aus, wodurch eine Verfolgung der Finanzströme erschwert wird, die sich von den Taschen der Arbeitnehmer in die Finanzapparate ergiessen.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts verspricht, sollten die PK dagegen keine Rechtsmittel einlegen, interessante Einblicke in das Geschäftsgebaren eines Wirtschaftszweigs, der seine Existenz dem geschickten politischen Taktieren von Verbandsfunktionären verdankt.



Neue Einblicke: Bundesverwaltungsgericht.



Aepplis fatale Falschaussage

Institutsdirektor Flurin Condrau mobbt seinen Mitarbeiter Christoph Mörgeli via Presse. Uni-Rektor Andreas Fischer und SP-Bildungsdirektorin Regine Aeppli schlagen sich auf die Seite von Mörgelis Gegnern. Teil 6 der *Weltwoche*-Serie. Von Philipp Gut



Staub-Vorwurf ist haltlos: Museum des Medizinhistorischen Instituts in Zürich.

Was ist das für ein Chef? Als am 11. September 2012 im Zürcher *Tages-Anzeiger* eine offensichtlich von langer Hand geplante massive Pressekampagne gegen Christoph Mörgeli, Museumsleiter am Medizinhistorischen Institut der Universität Zürich (MHIZ), beginnt («Leichen im Keller des Professors»), taucht dessen Direktor Flurin Condrau sofort ab. Nicht weniger als drei Mal ersucht Mörgeli seinen Vorgesetzten in den folgenden Tagen schriftlich um eine Aussprache, erstmals schon in den Morgenstunden des 11. September, als der erste Anti-Mörgeli-Artikel erscheint. Doch Condrau weicht konsequent aus; ein Gespräch mit dem öffentlich angeschossenen Untergebenen lehnt er mehrfach ab.

Auch als Mörgeli ihm einige Tage darauf im Hof des Instituts am Hirschengraben 82 begegnet und ihn mündlich zu einem Gespräch auffordert, enteilt ihm Condrau raschen

Schrittes – mit dem Hinweis, er treffe jetzt dann gleich die Universitätsleitung. An dieser Sitzung vom Montag, 17. September 2012, sollte die Universität nach Anhörung Condraus die Entlassung von Mörgeli beschliessen.

Der Direktor taucht ab

Seither ist der Institutsdirektor auf Tauchstation gegangen und unsichtbar geblieben. Medienanfragen beantwortet er nicht. Und auch die Institutsführung gibt er ab, vorübergehend, wie die Universitätsleitung verlauten lässt. Während die Affäre an seinem Institut landesweit die Schlagzeilen beherrscht und die gesamte Universität durchschüttelt, duckt sich Condrau weg. Der Direktor, ein Phantom. (Im Februar 2014 soll er nun wieder eingesetzt werden – nachdem Mörgeli, aber auch Condraus Stellvertreterin und Vizedirektorin Iris Ritzmann sowie Mörgeli-Stellvertreter Eber-

hard Wolff, der Ehegatte Ritzmanns, ihre Stelle verloren haben.)

Im Rückblick ist klar, warum Condrau eine direkte Konfrontation mit Mörgeli scheute. Dieser hätte ihn gefragt, ob er mit der Pressekampagne gegen ihn etwas zu tun habe. Die ehrliche Antwort, vor der sich Condrau drückte, hätte nur «ja» lauten können. Denn der Institutsdirektor wusste bereits von der geplanten Artikelserie, ja er hatte, wie der Journalist Iwan Städler in einem Interview selber bestätigte, vorgängig persönlich Kontakt zum *Tages-Anzeiger* gehabt. Durch Condraus Hinweise, so sagte der Journalist später, habe er erst richtig die Brisanz erkannt.

Condrau versteckte sich, weil er seinen Untergebenen Mörgeli via Presse mobbte. Doch nicht nur das: Durch seine konsequente Weigerung, mit Mörgeli zu reden, lässt Condrau die Affäre vorsätzlich weiter eskalieren.

Statt sich schützend vor seinen Mitarbeiter zu stellen, schaut er aus sicherer Distanz zu, wie über Mörgeli das mediale Stahlgewitter niedergeht. Presse, Rundfunk, Fernsehen berichten flächendeckend. Mit jedem Tag, an dem sich Condrau einer Aussprache verweigert, steigt der Druck – auf Mörgeli, aber auch auf die Universitätsleitung.

Nachdem vertrauliche Berichte an den *Tagi* übergeben worden sind, um Mörgeli anzuschwärzen, und sich Institutsdirektor Condrau nach wie vor jedem Gespräch verschliesst, teilt Mörgeli seinem Chef am Donnerstag, 13. September, per E-Mail Folgendes mit: «Ich bedaure, dass Sie diese Priorität setzen. In diesem Fall muss ich Ihnen leider schriftlich zur Kenntnis bringen, dass angesichts der Tatsache, dass die Universitätsleitung Ihren (mir nicht bekannten) Akademischen Bericht 2011 öffentlich als persönlichkeitsverletzend beurteilt, mir nichts anderes übrigbleibt, als ein Disziplinarverfahren gegen Sie zu verlangen und gegebenenfalls Strafanzeige gegen Sie einzureichen.»

Dazu muss man wissen: Den erwähnten Akademischen Bericht, aus dem der *Tages-Anzeiger* ausführlich zitierte und der nur aus dem Institut heraus an die Zeitung gelangen konnte, hatte die Universitätsleitung als vertraulich blockieren lassen. Er enthält nicht – wie es seine Funktion wäre – eine nüchterne Jahresbilanz, sondern er stellt eine rabiate persönliche Abrechnung mit Mörgeli dar. Verfasst hat den Bericht Institutsdirektor Condrau. Gezielt landete das vertrauliche Papier beim *Tages-Anzeiger* – wogegen Institutsdirektor Condrau nichts einzuwenden hatte. Im Gegenteil. Er spannte aktiv mit dem Journalisten zusammen, wie dieser selber bestätigte.

Da offenkundig ist, dass Institutsangehörige samt Direktor Condrau mit dem *Tages-Anzeiger* gemeinsame Sache machen, strebt Mörgeli eine Aussprache mit den Kollegen

Durch seine Weigerung, mit Mörgeli zu reden, lässt Condrau die Affäre weiter eskalieren.

und dem Chef an. Er bittet Condrau schriftlich, an der nächsten ordentlichen Institutssitzung vom Donnerstag, 20. September, einen Tagesordnungspunkt «Christoph Mörgeli am MHIZ» anzusetzen. Doch dazu sollte es nicht kommen, weil Condrau die Sitzung wohlweislich absetzt. Die Ereignisse überschlagen sich und greifen rasant auch auf die Politik über.

Schon am 12. September – also einen Tag nach dem Start der Pressekampagne, die mehrere Arbeitskollegen Mörgelis mit teils geheimen Informationen gefüttert haben – schlägt sich Kathy Riklin, Zürcher CVP-Nationalrätin und Mitglied des Universitätsrats, des obersten strategischen Führungsgremiums der

Hochschule, öffentlich auf die Seite von Mörgelis Gegnern. Es sei «nicht möglich, neben dem Nationalratsmandat noch zu 80 Prozent einer Uni-Tätigkeit nachzugehen», behauptet Universitätsrätin Riklin in einem Interview auf *20 Minuten online*. Bei anderen Professoren, die einem politischen Milizmandat nachgehen, war ihr das nie aufgefallen.

Mit ihren Äusserungen, die sie später auf Tele Züri wiederholen sollte, hebt Riklin die Affäre auf die politische Ebene – und sie gibt zu erkennen, dass sie als Mitglied des Universitätsrats nicht neutral ist. Ohne Faktenprüfung qualifiziert sie Mörgelis akademische Arbeit öffentlich als ungenügend.

Wie kommt die Universitätsrätin dazu, sich in Presse und Fernsehen über die Qualifikation eines Universitätsangestellten auszulassen? Durch ihre Aussagen manövrierte sich Riklin ins Abseits: Sie machen deutlich, dass Riklin befangen ist. Ihre leidenschaftliche politische Gegnerschaft zu ihrem SVP-Nationalratskollegen Mörgeli und die Hoffnung, ihn beruflich stracheln zu sehen und ihm schaden zu können, berauschte Universitätsrätin und CVP-Politikerin Riklin derart, dass sie jede Zurückhaltung als Mitglied des obersten Uni-Führungsgremiums abstreifte.

Uni-Delegation steigt in Mörgelis Keller

Auch offiziell wird die Universität jetzt aktiv. Aufgeschreckt durch die Presseberichte, vereinbart Uni-Generalsekretär Kurt Reimann ein Treffen mit Mörgeli. Damit sie die schweren Vorwürfe («Ungeziefer», «Zehntausende von Objekten direkt dem Staub ausgesetzt») mit dem realen Zustand der medizinhistorischen Sammlung vergleichen können, führt Konservator Mörgeli Generalsekretär Reimann sowie Vertreter des Rechtsdienstes und der Medienstelle in die institutseigenen Magazinräume. Mörgeli will ihnen zeigen, dass der zentrale Staubvorwurf haltlos ist. Weiter präsentiert er der Delegation seine Publikationen, Plakate der von ihm organisierten 38 Sonderausstellungen sowie einige Dissertationen. Die Besichtigung dauert rund eineinhalb Stunden. Mörgeli gewinnt nach eigenen Angaben den Eindruck, die Besucher seien über das Gesehene zufrieden gewesen. Uni-Generalsekretär Kurt Reimann wie auch Sven Akeret, Leiter des Uni-Rechtsdienstes, wollen dazu keine Stellung nehmen.

Drohung mit Strafverfahren

Angesichts der Schwere der Vorwürfe, die, gestützt auf vertrauliche Berichte aus dem eigenen Institut heraus, gegen ihn erhoben werden und ein enormes Medieninteresse hervorrufen, aber auch und vor allem angesichts der totalen Gesprächsverweigerung seines Chefs Flurin Condrau, der von den Amtsheimisverletzungen weiss und die Pressekampagne deckt, beschliesst Mörgeli, sich



Nicht erreichbar: Bildungsdirektorin Aeppli.



Gesprächsverweigerung: Rektor Fischer.



Befangen: Universitätsrätin Riklin.

öffentlich zu verteidigen. Ein erstes Kurzinterview in der Pendlerzeitung *20 Minuten* vom 11. September 2012 spricht er mit dem Rechtsdienst der Universität ab. Mörgeli übernimmt sämtliche Änderungsvorschläge der Uni-Hausjuristen.

Am 13. September tritt Mörgeli im abendlichen «Talk täglich» des TV-Senders Tele Züri auf. Er spricht von «Mobbing» gegen seine Person und sagt, falls der Akademische Bericht 2011 – den er selber nie zu Gesicht bekommen hat – tatsächlich persönlichkeitsverletzend sei (wie die Universitätsleitung vermutet), müsse die Universität ein Disziplinarverfahren gegen Berichtsautor Flurin Condrau durchführen. Er selber überlege sich, ob er Anzeige gegen Condrau erstatte, so Mörgeli in der TV-Sendung weiter.

Fernsehrama der Nation

Mit Mörgelis öffentlichen Auftritten, in denen er sich gegen die via Presse lancierten Vorwürfe aus den institutseigenen Reihen zur Wehr setzt, erreicht die Auseinandersetzung einen vorläufigen Höhepunkt. Der arbeitsrechtliche Mobbingfall hat sich in ein nationales Fernsehrama verwandelt.

Sollte Christoph Mörgeli von der Universitätsleitung je Sukkurs gehabt haben: Jetzt schwindet er abrupt und kippt in zunächst verdeckte, später offene Gegnerschaft – bis zur fristlosen Entlassung und Kündigung nur eine Woche später.

Uni-Generalsekretär Reimann taxiert Mörgelis TV-Aussagen als «Verletzung der arbeitsrechtlichen Loyalitätspflicht» gegenüber der Universität und weist ihn schriftlich an, sich öffentlicher Angriffe gegen seinen Chef Condrau sowie dessen Mitarbeiter zu enthalten. Überdies darf Mörgeli gemäss Reimann bis auf weiteres keine Journalisten mehr in die Sammlungsräume des Instituts führen.

Wirft man einen Blick auf die sich überstürzende Entwicklung, scheint mit dem Urteil von Uni-Generalsekretär Reimann bereits so etwas wie eine Vorentscheidung gegen Mörgeli gefallen zu sein. Denn die Universitätsleitung sollte die Entlassung Mörgelis hauptsächlich und wortidentisch mit dem hier vorgebrachten Argument einer angeblichen Loyalitätspflichtverletzung begründen.

Uni toleriert Mobbing von oben

Allerdings mutet der Vorwurf der Universitätsleitung bei genauem Hinsehen seltsam, ja willkürlich an: Nachdem seine institutsinternen Widersacher nachweislich vertrauliche Daten an die Presse geliefert haben, um Mörgeli auf diesem öffentlichen Kampagnenweg loszuwerden, legt ihm die Universität jetzt zur Last, dass er sich gegen die Anwürfe öffentlich wehrt. Institutsdirektor Condrau hingegen, der einen potenziell persönlichkeitsverletzenden Bericht gegen Christoph



«*Persönlichkeitsverletzend*»: Gutachter Jütte.

Mörgeli verfasst, diesen Bericht, wiewohl er dem Amtsgeheimnis unterlag, unter seinen Mitarbeitern gestreut und sich sogar aktiv am Pressefeldzug gegen seinen Mitarbeiter Mörgeli beteiligt hat, bleibt unbehelligt und soll im Februar 2014 wieder ins Amt eingesetzt werden, als sei nichts gewesen.

Offenkundig toleriert die Universität Zürich, dass in ihren Reihen ein ordentlicher Professor und Institutschef einen Mitarbeiter und Uni-Angestellten von oben mobbt und zu diesem Zweck die Presse mobilisiert.

Der Eindruck, die Universität messe mit verschiedenen Ellen, verschärft sich sogar noch. Was Mörgeli auf Tele Züri damals sagte, entspricht nämlich vollumfänglich den Fakten: Den von Condrau verfassten Akademischen Bericht 2011 wertete die Universitätsleitung tatsächlich als «potenziell persönlichkeitsverletzend». Der Institutsdirektor hat den Akademischen Bericht sowie ein Gutachten des Stuttgarter Professors Robert Jütte über die von Mörgeli betreute medizinhistorische Objektsammlung, die beide amtsgeheim waren, tatsächlich verteilt und unter seinen Mitarbeitern gestreut. Angehörige des Instituts haben tatsächlich vertrauliche Informationen dem *Tages-Anzeiger* übergeben. Universität und Staatsanwaltschaft sind später sogar der von Mörgeli in der TV-Sendung erhobenen Forderung nachgekommen, gegen Mitarbeiter des Instituts eine Untersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung aufzunehmen.

In den folgenden Tagen bis zu seiner fristlosen Entlassung durch die Universität am 21. September sucht Mörgeli das Gespräch mit sämtlichen Verantwortlichen – doch er läuft überall auf. Chef Condrau verweigert sich nach wie vor konsequent. Am 18. September

2012, einem Dienstag, schreibt Mörgeli Uni-Generalsekretär Reimann, er sei jederzeit gern zu einem Gespräch mit Rektor Andreas Fischer – einem Anglisten und feinsinnigen Shakespeare-Kenner – bereit. Doch ein solches Treffen sollte nie stattfinden.

Am Mittwoch, 19. September, versucht Mörgeli als Nächstes, telefonisch Kontakt mit Regierungsrätin und Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) aufzunehmen, die in Personalunion auch den Universitätsrat präsidiert, eine Art Verwaltungsrat der Uni. Aepplis Sekretärin sagt Mörgeli am Telefon, die Chefin sei gerade in einer Sitzung, sie werde diese aber wohl sogleich unterbrechen. Das ist indes nicht der Fall. Aeppli lässt ausrichten, Mörgeli solle sich an die Universitätsleitung halten. Damit schiebt sie den Ball an Rektor Fischer zurück, der ein Treffen ebenfalls ausschlägt.

Am Abend desselben Tages, an dem sie für Mörgeli nicht zu sprechen ist, tritt Aeppli dafür in der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens auf, wo sie nun in aller Öffentlichkeit Stellung nimmt. Dabei macht die SP-Bildungsdirektorin eine gravierende Falschaussage: Sie behauptet entgegen den Tatsachen, Mörgelis sechsmonatige Bewährungsfrist in seiner Funktion als Konservator am Medizinhistorischen Institut sei jetzt abgelaufen – womit eine sofortige Kündigung möglich wäre.

Doch das ist nachweislich falsch. In der von Flurin Condrau und Christoph Mörgeli gemeinsam unterzeichneten Zielvereinbarung vom 10. Februar 2012 heisst es wörtlich: «Am 21. 9. 2012 wird eine zweite Mitarbeiterbeurteilung durchgeführt. Sollten die anlässlich der am 10. Februar 2012 durchgeführten Mitarbeiterbeurteilung vereinbarten Ziele nicht erreicht werden und die zweite Mitarbeiterbeurteilung wieder ungenügend ausfallen, wird mit der zweiten Mitarbeiterbeurteilung sodann eine Bewährungsfrist von sechs Monaten angesetzt.»

Mit anderen Worten: Sein Chef Flurin Condrau hätte – Nichterreichen der Ziele vorausgesetzt – frühestens am 21. März 2013 Mörgelis Kündigung beantragen können.

War die Entlassung bereits beschlossen?

Warum behauptete Bildungsdirektorin und Universitätsratspräsidentin Regine Aeppli dennoch fälschlicherweise, Christoph Mörgeli könne bereits jetzt entlassen werden? War seine Entlassung bereits beschlossene Sache – und wusste Aeppli davon? Tatsache ist: Nur zwei Tage später gab Uni-Rektor Andreas Fischer die sofortige Freistellung und Kündigung Mörgelis bekannt, unter sehr fragwürdigen Umständen.

Nächste Ausgabe: Wie die Universität Christoph Mörgeli vor Ablauf der Bewährungsfrist mit fadenscheinigen Begründungen kündigt und die Medien schon vorab über die bevorstehende Entlassung berichten.

Der Fluch der Fallpauschalen

Falsche Anreize, ungedeckte Kosten: Zwei Jahre nach Einführung von diagnosebezogenen Pauschalen häufen sich die Probleme mit der neuen Spitalfinanzierung. Das System verkommt zum Flickwerk, die Bürokratie wächst. *Von Alex Reichmuth*

Vor zwei Jahren wurde die Finanzierung der Schweizer Spitäler auf den Kopf gestellt. Mit Fallpauschalen wollte man der Kostenexplosion im Spitalwesen entgegenwirken. Vorher lohnte es sich für die Spitäler, ihre Patienten möglichst lange zu behandeln, da jede Leistung einzeln vergütet wurde. Nun aber haben die Spitäler pro Patient eine pauschale Entschädigung zugut. Diese hängt nur noch von der Diagnose ab, die dem Patienten gestellt wird, nicht mehr von den Kosten im Einzelfall. Je effizienter die Spitäler ihre Patienten also versorgen, desto mehr Gewinn bleibt ihnen.

Ob Fallpauschalen wirklich kostendämpfend wirken, ist umstritten. Klar ist, dass dieses System eine ganze Reihe von Problemen verursacht. Neben der Gefahr, dass Patienten aus Kostengründen unterversorgt werden, haben Spitäler auch keinen Anreiz, neue Medikamente abzugeben und neue Verfahren anzuwenden. Denn medizinische Innovationen sind in der Regel besonders teuer. Die Spitäler fahren auch schlecht, wenn sie Patienten behandeln, deren Behandlung viel mehr kostet als im Durchschnitt. Zu ihnen zählen sogenannte Dialysepatienten. Unterzieht sich ein Mensch mit einer schweren Nierenschwäche einer beliebigen Operation, muss die Blutwäsche ständig sichergestellt sein. Das geht ins Geld. Damit Spitäler nicht finanziell büssen, erhalten sie für die Operation von Dialysepatienten ein sogenanntes Zusatzentgelt.

Die Klagen reissen nicht ab

Zusatzentgelte betragen einige hundert bis mehrere zehntausend Franken und sind ein Zugeständnis an die Realität. Es wird von den rein diagnosebezogenen Entschädigungen abgewichen, damit besonders teure Einzelfälle berücksichtigt werden können. Bisher gab es im Schweizer Fallpauschalensystem fünf Arten von Zusatzentgelten. Neben jenem für Dialysepatienten gehörten solche für die Versorgung von Blutern mit besonderen Blutgerinnungsfaktoren und für den vorübergehenden Einsatz von Kunstherzen dazu.

Offenbar reichten diese fünf Kategorien nicht aus. Seit Anfang dieses Jahres führt die Organisation Swiss DRG, die im Auftrag der Kassen und der Kantone das Schweizer Fallpauschalensystem umsetzt, achtzehn Zusatzentgelte. Neu dazugekommen sind unter anderem solche für die Verabreichung spezieller Blutprodukte bei Transfusionen und von Medikamenten gegen schweren Pilzbefall.

Auch der Einsatz bestimmter Gefässstützen im Blutkreislauf wird speziell abgegolten.

Doch die Klagen über ungedeckte Kosten reissen nicht ab. Die Kinderspitäler machen massive Mindereinnahmen geltend und fordern nebst höheren Basistarifen spezielle Entschädigungen. Denn die Behandlung kleiner Patienten ist besonders aufwendig und fächert sich finanziell stärker auf als bei Erwachsenen – zum Beispiel, weil die Ärzte Operationsinstrumente in verschiedenen Grössen benötigen. Die Universitätsspitäler wiederum sehen medizinische Spitzenleistungen höchst ungenügend abgegolten. Weil es drei bis fünf Jahre dauert, bis neue, teure Medikamente und Therapien in den Fallpauschalen berücksichtigt werden, fordern sie Zusatzentgelte, Innovationszuschläge und Überbrückungsfinanzierungen. Sukkurs gibt es von der Industrie. «Die Tarifstruktur ist heute noch nicht ausreichend detailliert», schreibt Interpharma, der Interessenverband der Pharmaindustrie, mit Blick auf die Spitzenmedizin. Beat Thürlimann von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Klinische Krebsforschung sieht ähnliche Probleme. Das aktuelle Fallpauschalensystem berücksichtige Innovation nicht genügend, sagt er. Diesbezügliche Anreize seien «nicht richtig gesetzt».

Kritik an der Spitalfinanzierung kommt auch von den Ärzten. «Der Vergütungsprozess

ist viel zu kompliziert und ausserordentlich langsam», schreibt Beatrix Meyer von der Ärztevereinigung FMH in der *Schweizerischen Ärztezeitung*. Und weiter: «Es gibt Fälle, die so komplex und kostenintensiv sind, dass ihr finanzieller Aufwand nicht annähernd gedeckt ist.» Dem Fallpauschalensystem skeptisch gegenüber steht auch Jakob Passweg, Präsident der Krebsliga. «Die Idee, dass mit einer diagnosebezogenen Kostenberechnung die ganze Komplexität abgebildet werden kann, ist vermessen», sagt er.

«Endlose Baustelle»

Es ist zu erwarten, dass immer weiter am System herumgeflickt werden muss und immer neue Spezialabteilungen dazukommen, um Fehlanreize zu verhindern. Man nähert sich damit mehr und mehr wieder der Entschädigung von Einzelleistungen an, die man überwinden wollte. Zudem wird die Spitalfinanzierung immer komplizierter und bürokratischer. «Das System wird zu einer endlosen Baustelle und dadurch immer intransparenter», warnt Mathias Binswanger, Ökonomieprofessor an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Abschreckendes Beispiel sollte Deutschland sein, dessen Fallpauschalensystem die Schweiz im Wesentlichen übernommen hat. Dort gibt es mittlerweile 150 Arten von Zusatzentgelten. ○



«Viel zu kompliziert und ausserordentlich langsam.»

«Reine Idiotie»

Das Fatca-Abkommen widerspricht internationalem Recht, ist schikanös, ineffizient und teuer. Die Schweiz darf den Staatsvertrag nicht ratifizieren.

Von Hans Geiger



Die Unterzeichnung: Staatssekretär Ambühl und US-Botschafter Beyer am 14. Februar 2013.

Die Schweiz hat zwei Steuerkonflikte mit den USA. Der erste, der «Steuerdeal», ist eine helvetische Angelegenheit und dreht sich um die Vergangenheit. Er beschäftigt Banken, Finma, Politik und Medien intensiv. Der zweite Konflikt heisst Fatca und betrifft die Zukunft und alle Länder der Welt, was ihn für die Schweiz als internationalen Finanzplatz nicht unwichtiger macht. Die eidgenössischen Räte haben die Bedeutung des Geschäfts nicht erkannt und dem Fatca-Abkommen zugestimmt. Auch die Bankiervereinigung begrüsst den Staatsvertrag. Jetzt versucht ein Referendumskomitee, die Sache zu korrigieren.

Fatca, die Foreign Account Tax Compliance Act, ist ein 544-seitiges amerikanisches Machwerk aus der Werkstatt von Barack Obama. Fatca wurde durch die Hintertür eines Gesetzes zur Linderung der Arbeitslosigkeit fast unbemerkt durch das amerikanische Parlament geschleust. Das war kein Versehen, sondern Absicht. Obama stand schon als Senator von Illinois der Entwurf eines Vorläufergesetzes von Fatca, beim Levin-Coleman-Obama Stop Tax Haven Abuse Act, Gevatter. Die Idee war die gleiche: Die Banken sollen die Interessen des amerikanischen Steueramts denjenigen ihrer Kunden voranstellen. Mit Fatca hat er sein Ziel erreicht: Weltweit sind die Banken die Erfüllungsgehilfen der US-Steuerbehörde IRS.

Wegen Fatca müssen ausländische Banken den amerikanischen Steuerbehörden ab 2014 Identität und Vermögenswerte ihrer US-Kunden melden. Als Druckmittel zur Durchsetzung dient eine dreissigprozentige Quellensteuer auf Erträge und Erlöse aus US-Wertschriften-transaktionen. Sie kann nur vermieden werden, wenn sich der Finanzdienstleister in einem Vertrag mit dem IRS zur Einhaltung der Fatca-Vorschriften verpflichtet. Fatca basiert also auf Verträgen zwischen den US-Steuerbehörden und den Banken. Staaten sind nicht Bestandteil des Fatca-Grundkonzepts.

Der amerikanische Steueranwalt Herman B. Bouma nennt das Gesetz in der Fachzeitschrift *Tax Management International Journal* «sheer idiocy», reine Idiotie. Das Gesetz sei arrogant und schikanös. Es zerstöre die internationalen Beziehungen, stehe im Widerspruch zu den Gesetzen anderer Länder, schade der amerikanischen Wirtschaft, bringe ausländischen Banken immense administrative Belastungen, schädige die Amerikaner im Ausland.

Fatca ist total ineffizient. Sie bringt dem amerikanischen Staat im Verlauf von zehn Jahren nur geschätzte neun Milliarden Dollar an Steuern ein, was das laufende Staatsdefizit für jährlich gerade einmal zehn Stunden finanzieren würde. Bezahlt wird Fatca von den Banken auf der ganzen Welt, die milliardenschwere Systeme

einführen und betreiben müssen. Zudem riskieren sie, für allfällige Fehler mit Strafklagen bedroht zu werden. Auch die Auslandamerikaner tragen hohe Kosten und administrative Lasten, was sie vermehrt zum Verzicht auf den amerikanischen Pass bewegt. Faktisch geht es bei Fatca nicht um Steuern, sondern um Macht, um die Kontrolle der Bürger und der Banken.

Fatca widerspricht internationalen Grundsätzen. Die USA haben die Macht zur Durchsetzung. Mit dieser Situation müssen auch Schweizer Banken leben. Die Mehrzahl wird mit den US-Steuerbehörden Fatca-Verträge abschliessen und sich von den amerikanischen Kunden vom Bankgeheimnis entbinden lassen. Für die Mehrzahl der Schweizer Banken heisst die Frage damit nicht «Fatca oder keine Fatca?».

Worum geht es nun beim Staatsvertrag? Was im Detail kompliziert erscheint, ist im Wesentlichen ganz einfach. Es geht darum, ob die Schweiz ein fürchterliches amerikanisches Gesetz ins schweizerische Recht übernehmen soll. Alles andere sind Details, mit denen sich die Banken herumschlagen werden, mit und ohne Fatca-Abkommen.

Unsinn wird Recht

Damit wird die Antwort für die Schweiz als souveränen Staat einfach. Sie lautet nein, und das aus vielen Gründen: Das Abkommen weicht das Bankgeheimnis weiter auf. Die Schweiz nimmt Fatca nicht als Ärgernis hin, sondern macht den Unsinn zu schweizerischem Recht. Das Fatca-Abkommen gibt der Erfüllung amerikanischer Regeln Priorität über Schweizer Recht. Der Vertrag ist «dynamisch». Ändern die USA die Regeln, gelten diese automatisch auch für die Schweiz. Die Schweiz hat für den Vertrag von den USA keine Gegenleistung erhalten. Die in der Präambel genannte Verstärkung der «gegenseitigen Unterstützung in Steuer-sachen» ist dummes Geschwätz. Eine geradezu perverse Klausel des Fatca-Vertrags zwingt «Finanzinstitute mit Lokalkundschaft» dazu, Amerikaner, die in der Schweiz ansässig sind, als Kunden zu akzeptieren. Das ist eine krasse Diskriminierung aller Nichtamerikaner.

Bisher haben erst zehn Länder Staatsverträge mit den USA ratifiziert. Die Schweiz darf nicht mitziehen.

Hans Geiger war Generaldirektor der Credit Suisse und Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich.

Hört auf, nach dem Morgen zu fragen

Von Thilo Sarrazin — Drei Monate nach der Wahl hat Deutschland eine Regierung. Sie ist selten gut legitimiert. Deutsche, freut euch auf gute Jahre. Wer dafür bezahlt, muss euch nicht kümmern.



Während ich diese Zeilen schreibe, geht mein Blick aus dem Fenster ins Schneetreiben. Statt der Berge sehe ich eine Nebelwand, und inmitten der Flocken wellt sich träge eine Walliser Flagge. So soll es sein zwischen den Tagen. Im Innehalten scheint die ganze Welt sehr fern. Proportionen verschieben sich – oder rücken sich zurecht, und aus quasi überzeitlicher Distanz schaue ich auf die Berliner Politik.

Knapp vor Weihnachten gelang es doch noch, die Bundeskanzlerin zu wählen und die Bundesminister zu vereidigen. Deutschland hat wieder eine Regierung, und die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen liess es sich nicht nehmen, noch vor Weihnachten die deutschen Soldaten in Afghanistan zu besuchen. Jetzt sitzen die frischbestallten Amtsträger in ihren Winterquartieren und können kaum erwarten, dass es im neuen Jahr richtig losgeht mit dem Regieren. Nach all der berechtigten Kritik am Koalitionsvertrag möchte man ihnen dafür von Herzen alles Gute wünschen.

Nonchalant im Umgang mit Kritik

Wohl selten ist ein Regierungsprogramm von Ökonomen und Wirtschaftsexperten so kritisch aufgenommen worden. Fast alle angekündigten Reformmassnahmen – darunter Mindestlohn, Ausbau der Mütterrente, Erleichterung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren – scheinen in die falsche Richtung zu gehen und jene Fortschritte zu gefährden, die Deutschland vor einem Jahrzehnt mit der «Agenda 2010» mühsam errungen hat.

Selten ist aber auch die Nonchalance, mit der die künftig Regierenden diese Kritik nicht nur nicht bekämpfen, sondern quasi unbeachtet am Wegesrand liegen lassen, während sie unbeirrt in eine unbekannt Zukunft aufbrechen. Sie fühlen sich gestützt durch eine Stimmung im Volk, die offenbar genau das will, was die Regierenden jetzt tun. Und das ist ja schliesslich das Wesen von Demokratie, dass die Regierenden das tun, was das Volk mehrheitlich will.

Wie die Allensbach-Umfrage nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen zeigte, haben

die Deutschen ihre Wahlentscheidung nicht bereut. Drei Monate nach der September-Wahl sind die Stimmanteile der Parteien, insbesondere von Union und SPD, fast unverändert. Die FDP ist sogar noch ein bisschen tiefer gerutscht, was zeigt, dass ihre Verbannung aus der Bundespolitik durch den Wählerwillen kein Betriebsunfall, sondern quasi planmässig war.

Die Ressortverteilung überlässt der SPD mit Renten und Arbeit, Wirtschaft, Energie und Umwelt alles, was nötig ist, um das klassische sozialdemokratische Profil zu schärfen, und alle grünen Themen noch dazu. In den sozialdemokratischen Ressorts werden auf der Staatssekretär- und Abteilungsleiterebene auch grüne Experten mitregieren. 90 Prozent der Wählerschaft können sich so durch diese Regierung vertreten fühlen. Solch eine Regierung der Konkordanz hat Deutschland noch nicht erlebt.

Diese breite Legitimationsbasis wird noch in ungeahnter Weise verstärkt durch das Ergebnis des Mitgliedervotums der SPD. 78 Prozent der Mitglieder beteiligten sich daran, und von diesen stimmten 76 Prozent für den Koalitionsvertrag. Das stärkt nicht nur persönlich den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, sondern gibt der neuen Regierung grosse Stabilität, denn ein Ausstieg der SPD im Verlauf der



Konkordanz: Kanzlerin Merkel, Vize Gabriel.

Legislaturperiode ist zwar noch mathematisch möglich, politisch aber sehr schwierig.

Was geschieht also nun mit so breiter Wählerunterstützung, mit so viel Legitimation und Stabilität? Gar nichts Wesentliches soll damit geschehen, das ist die geheime Logik dieser Regierungsbildung. Das Volk möchte die Früchte des Wohlstands jetzt geniessen, sie aber etwas gleicher verteilen und dabei niemanden zu kurz kommen lassen. Das wird die neue Regierung getreulich umsetzen.

Die seit vierzig Jahren bestehende demografische Lücke wird als Konstante der deutschen Entwicklung offen akzeptiert. Eine Steigerung der Geburtenzahlen taucht als politisches Ziel nirgendwo mehr auf, und die staatliche Altersversorgung folgt nunmehr ganz offen dem *pay-as-you-go*-Prinzip: Heutige Erwerbstätige zahlen für heutige Rentner, und was das gleiche Prinzip in zwanzig Jahren bedeutet, wenn die Geburtenlücke den Arbeitsmarkt voll erreicht hat, interessiert jetzt keinen mehr.

Meisterstück der schlaunen Kanzlerin

Deutschland lebt mehr denn je im Diesseits und in der Gegenwart. Eine paradoxe Ausnahme macht dabei die Energiepolitik. Hier hat die schlaue Kanzlerin ihr Meisterstück geliefert, als sie Wirtschaft, Umwelt und die Vollendung der Energiewende gleichermaßen in die Hände der SPD gab.

Natürlich wissen kluge Leute wie Merkel, Schäuble, Gabriel oder Steinmeier genau, was in diesem Koalitionsvertrag im Argen liegt. Sie werden sich damit trösten, dass sie nur ein bisschen in die falsche Richtung gehen und auch ihre Irrtümer jederzeit berichtigen können. Mögen sie damit recht behalten. Trösten können sie sich mit dem Wissen, dass sie wahrhaft eine Regierung des Volkes sind.

Paradoxerweise ist das grösste Risiko der künftigen Entwicklung kurzfristig auch die grösste Chance dafür, dass die neue Regierung ihre Politik der sozialen Expansion zunächst problemlos finanzieren und straffrei umsetzen kann: Die deutsche Wirtschaft lebt als Teil des Euro-Raums mit einem künstlich ermässigten Wechselkurs, und eine EZB-Politik, die genau diesen Euro-Raum stabilisieren will, wird auf unabsehbare Zeit für reichliche Liquidität und extrem niedrige Zinsen sorgen. Für viele Jahre können damit die Folgen einer mutlosen und rückwärtsgewandten deutschen Binnenpolitik nicht nur überdeckt, sondern vielleicht sogar überkompensiert werden.

Deutsche, freut euch auf gute Jahre und hört auf, nach dem Morgen zu fragen.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Die fabelhaften Fueters

Über den Zeitraum von über hundert Jahren haben sie in der Schweiz tiefe Spuren hinterlassen: die Fueters. Sie waren herausragende Wissenschaftler, Journalisten und Filmschaffende. Der erste von ihnen, Eduard Fueter, ist der wohl begabteste Schweizer Historiker des 20. Jahrhunderts. Teil 1. Von René Lüchinger

Die Fueters. Eine Schweizer Familie, die über vier Generationen in Wissenschaft, Journalismus und Kultur Bemerkenswertes geschaffen hat. In der ersten Generation Eduard Fueter, einer der wohl begabtesten Historiker, die dieses Land hervorgebracht hat, ein Kosmopolit, als hierzulande Deutschtümelei herrscht, der Anfang des 20. Jahrhunderts zwischen die ideologischen Fronten gerät und schliesslich vergessen und verarmt stirbt.

In der zweiten Generation etwa Heinrich Fueter, Filmpionier der ersten Stunde, der die grosse Dame des Schweizer Films, Anne-Marie Blanc heiratet. In der dritten Generation finden sich Filmproduzent Peter-Christian Fueter, der als einer der wenigen Schweizer in Hollywood einen Oscar abholt, oder auch Martin Fueter, der «unangefochtene Doyen» des Schweizer Werbefilms, wie die *Weltwoche* einmal urteilte, schliesslich Daniel Fueter, ein begnadeter Komponist, ehemals Rektor der Zürcher Hochschule für Musik und Theater, heute Zürcher Hochschule der Künste. Und in der vierten Generation gibt es zahlreiche, die als Regisseure oder Schauspieler dem Familienmetier treu geblieben sind. Eine Familiensaga durchaus, die Potenzial hätte für einen Kassenschlager im Kino. Ein Stück Schweizer Geschichte auch mit einem Spannungsbogen von über hundert Jahren.

Heirat in den Industrieadel

Das 20. Jahrhundert steht vor der Türe, als Eduard Fueter in Basel im Jahre 1899 seine Promotion in Geschichte *magna cum laude* abschliesst und damit seinem grossen Ziel, einmal ein bedeutender Professor für Geschichte werden zu können, einen ersten Schritt näher gekommen ist. Kaum ist diese gedruckt, verschickt er das Werk in der Schweiz und in Deutschland herum. Kein Zweifel, der Mann hat Ambitionen und will in der akademischen Welt auf sich aufmerksam machen.

Drei Semester hatte er kurz vor der Jahrhundertwende im pulsierenden Berlin studiert – dort wird er Zeuge des erbittert geführten Methodenstreits der deutschen Geschichtswissenschaft um diese Zeit. Es geht um die Frage, ob Staat und «grosse Männer» die Geschichte prägen, wie das etwa der Historiker und offizielle preussische Hofhistoriograf Heinrich von Treitschke vertritt, oder ob Kultur- und Wirtschaftsgeschichte in einer soziologischen Betrachtungsweise die politisch-gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben, ein neuartiger methodischer Ansatz, den der Leip-

ziger Historiker Karl Lamprecht verfolgt. Der Student Eduard Fueter neigt in jungen Jahren dieser modernen Art der Geschichtsschreibung zu, sucht aber mit zunehmendem Alter einen eigenen wissenschaftlichen Weg.

Bilder der Zeit zeigen einen Mann mit endlos langem Körper, darauf einen Kopf mit wachen Augen. Dort, im Hirn, ist sein Zentrum, physisch bewegt er sich eher schlaksig, ja fast linksch. Eduard Fueter hat es eilig im Leben, will akademisch voran- und gesellschaftlich nach oben kommen. Atemlos produziert er in Göttingen eine Habilitationsschrift über «Religion und Kirche in England im 15. Jahrhundert», die

1902 von den professoralen Gutachtern zwar als «vielversprechend, aber noch völlig unausgereift» taxiert und deshalb abgelehnt wird – mitgespielt haben mag, dass einer der Gutachter ein erklärter Gegner jeder soziologisch gefärbten Geschichtswissenschaft ist, und für Eduard Fueter ist dies sein erstes akademisches Missgeschick. Lange hält er sich damit nicht auf. Er hat es, wie immer, eilig. Schon zwei Tage nachdem der negative Bescheid aus Göttingen in seinem Basler Wohnort eingetroffen ist, bemüht er sich um die Möglichkeit, die Arbeit in Zürich als Habilitation einzureichen. Als diese angenommen wird und Eduard Fueter eine Probevorlesung



Filmpioniere der ersten Stunde: Schauspielerlegende Anne-Marie Blanc mit ihrer Enkelin Mona

halten muss, redet er dermassen schnell, dass er sich immer wieder verheddert – fast so, als arbeite sein Hirn mit einem Tempo, dem seine Artikulationskraft nicht nachzukommen vermag. «Ein altes Übel», meint er einmal, aber immerhin erhält er nach einer zweiten Vorlesung in Zürich als Privatdozent die «*Venia Legendi* für mittlere und neuere Geschichte, speziell der ausser-schweizerischen und ausserdeutschen Länder England, Frankreich, Spanien und Italien».

Eine ideale wissenschaftliche Spielwiese für einen Kosmopoliten wie ihn, und damit ist wieder ein Schritt in Richtung Lehrstuhl getan. Als materielle Grundlage reicht dies freilich nicht. Eduard Fueter bewirbt sich 1903 bei der *Neuen Zürcher Zeitung* als innenpolitischer Redaktor und trifft auf ausgewiesene Mitbewerber, wie etwa den Schweizer Mundart- und Heimatdichter Meinrad Lienert oder Gottlieb Bachmann, der später bis zum Präsidenten der Nationalbank emporsteigt.

Eduard Fueter aber wird «wegen seiner grösseren allgemeinen Bildung und sprachli-

chen Gewandtheit» NZZ-Redaktor, schreibt unter seinem Kürzel E. F. über alles, was ihm vor die Feder kommt. Über lokale und kantonale Angelegenheiten, über Innenpolitik und Kultur, über Eisenbahnfragen oder Opern. Bei Letzterem outet sich Eduard Fueter «mit recht spitzer Feder» als Antiwagnerianer und schreckt auch bei Zürcher Auftritten von deutschen Wagner-Sängern vor gelegentlichen abfälligen Bemerkungen nicht zurück.

Das erste Mal legt sich der Vielschreiber und Schnellredner damit mit der grossen deutschen, zumeist betont alldeutsch gesinnten Kolonie an. Aber immerhin schreibt da einer, der weiss, worum es geht: Eduard Fueter spielt selber Violine, Bratsche, Klarinette und Oboe auf derart hohem Niveau, dass das Zürcher Tonhalle-Orchester manches Mal auf ihn zurückgreift, wenn im Orchester ein Ausfall eines Musikers zu verzeichnen ist.

Im Zürich der Vorkriegszeit ist dieser Tänzer zwischen der Wissenschaft und dem Journalismus inzwischen eine bekannte Nummer. E. F.

in der Zeitung verspricht Würze in der Sprache und Pfeffer in der Meinung, seine Vorlesungen an der Alma Mater verströmen akademischen Geist, und wenn Eduard Fueter eine Tischrunde schmeisst, wird die Konversation geistreich und lebhaft. Eine Persönlichkeit also, ein Hochbegabter auch, dessen ungebundener, bourgeois Lebensstil anziehend wirkt auf eine junge Frau aus begütertem Hause.

Zehn Jahre jünger als Eduard Fueter ist diese Jenny Weber aus Winterthur, Tochter des Carl Weber-Sulzer, der in der Eulachstadt das Textil-ausrüstungsunternehmen AG Carl Weber zur Schleife besitzt. In ihren Briefen schreibt die junge Frau jedenfalls mit «geradezu überwältigender Begeisterung», über Eduard Fueter, wie der Zürcher Historiker Hans Conrad Peyer einmal anmerkt. Am 15. August 1907 vermählt sich der im Grunde mittellose Intellektuelle mit der Tochter aus dem Industrieadel, und es scheint zunächst, dass diese Verbindung von Geist und Geld fruchtbaren Boden finden könnte – Jenny Weber ist ähnlich lebhaft, interessiert an Musik und allgemeinbildenden Themen.



Petri (geborene Fueter).



Heinrich Fueter, Anne-Marie Blanc.



Heinrich Fueter, Söhne Martin und P.C., 1950.

Für die NZZ grenzt es an ein Wunder

Kaum verheiratet, lernt die Gattin freilich eine andere Seite des Eduard Fueter kennen. Jene des leidenschaftlichen Historikers, der sich in seine Bücher versenkt und darüber Frau, Freunde und die Welt um sich herum schlicht vergisst. Denn nun hat er nur noch ein Ziel vor Augen: den akademischen Durchbruch zum Professor. Seinen Job bei der NZZ quittiert er, um sich ganz seinen Studien widmen zu können, schliesslich ist der ökonomische Lebensunterhalt durch die Heirat auch gesichert.

Er schreibt nun an einem Werk, welches sein grosses Lebenswerk werden soll, an einer «Geschichte der neueren Historiographie», der Entwicklung der Geschichtswissenschaft vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart, ein gewaltiger Berg an Stoff, für dessen Bewältigung Eduard Fueter innert dreier Jahre zahllose Bücher verschlingt, in Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch oder auch Italienisch. Als das Werk im Jahre 1911 erscheint, ist es 600 Seiten stark, Fueter gerade einmal 35-jährig und fast nebenbei zweifacher Vater. Als am 25. Juli 1911 auf der Frontseite des zweiten Abendblattes der *Neuen Zürcher Zeitung* eine erste Rezension zum Werk erscheint, attestiert der Kritiker, dass «hier eine Arbeit von ganz hervorragender Bedeutung vorliegt», und Jahrzehnte später schreibt das gleiche Blatt: «In vier Jahren sechshundert grosse und engbedruckte Seiten, das grenzt an ein Wunder.» Fueters Monumentalwerk verbindet die elegante Sprache mit umfassender Sachkenntnis und einem lauten, oftmals ungeschminkten, mitunter verletzenden Urteil über das, was seine Historikerkollegen in den Vorjahrhunderten so zu Papier gebracht haben. Im nichtdeutschen Ausland, von Frankreich, Italien bis zu Grossbritannien und den

USA, sind die Rezensionen positiv bis begeistert, im deutschen Sprachgebiet eher durchwachsen. «Fueter», urteilt Historiker Peyer, «war in der internationalen historischen Fachwelt mit einem Schläge eine unüberschbare Persönlichkeit geworden, doch in den deutschsprachigen Ländern, die damals für seine akademische Laufbahn allein ernsthaft in Frage kamen, stand man ihm zwar mit Respekt, aber doch mit wachsender Reserve gegenüber.»

Seine Frau lernt Robert Faesi kennen

Eduard Fueter, der wohl begabteste Schweizer Historiker des 20. Jahrhunderts, passt einfach nicht ins Schema. Es kommt kein Angebot für einen Lehrstuhl. Seine lebenslustige Frau, die mit ihm musizieren und den gepflegten Diskurs pflegen will, bekommt von ihrem Mann meist nur den über den Büchern gebeugten Rücken zu sehen. Anfang 1913 lernt Jenny Weber einen Mann kennen, der ihr genau das bieten kann, was sie so sehr vermisst: Robert Faesi, Germanist und Schriftsteller, ein «Mensch der Gesellschaft und Sozietäten», Privatdozent an der Universität, engagiert in der Schweizerischen Schillerstiftung. «Mit dreissig Jahren», urteilt der Schweizer Historiker Peter Stadler über Faesi, «war er eine Persönlichkeit im literarischen Leben nicht nur seiner Vaterstadt, sondern auch seines Landes.»

Fueter oder Faesi? Vor dieser Frage steht die 27-jährige Jenny Weber nun. Hier der Hochbegabte, aber eigenbrötlerische, vielleicht gar beziehungsunfähige Fueter, der porentief von Ungeduld Imprägnierte, der von seinem Lebensziel einer Professur weiter entfernt scheint denn je. Dort der Grandseigneur Faesi, feinsinning und geniesserisch, wie es heisst, in sich «Blut aller möglichen regimentsfähigen Altfamilien Zürichs», wie er selber sagt. Im Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs kommt es zur Scheidung. Hauptgrund: völlige Entfremdung und Verständnislosigkeit des Mannes für den Wunsch seiner Frau, mit ihm zu musizieren oder an seinen Gesprächen teilzunehmen, heisst es in den Scheidungsakten. Möglicherweise spielt da auch die grosse Politik in dieses private Drama hinein. Weber-Sulzers sind wie zahlreiche Winterthurer Fabrikanten um diese Zeit deutschfreundlich, die Grossmutter väterlicherseits der nun Geschiedenen stammt zudem aus Westfalen.

So trennen sich die Wege. Jenny Weber nimmt die beiden kleinen Kinder, Eduard, sechsjährig, und Heinrich, dreijährig, zu sich, heiratet Robert Faesi, zieht in das familieneigene «Rebgüetli» in Zollikon ein, und in dem weltoffenen Haus des später zum Ordinarius ernannten Robert Faesi und seiner Frau verkehren die Geistesgrössen der Zeit wie ein Gerhart Hauptmann, Thomas Mann oder auch Hermann Hesse. Faesi wird selber zu einer einflussreichen Geistesgrösse, Mitglied des Schweizer Schriftstellervereins, und als ihn im Jahre 1946 eine Anfrage des Nobelpreis-

komitees erreicht, ob er einen würdigen Träger für den Literaturnobelpreis wisse, schlägt er Hermann Hesse vor, der auch erkürt wird. Populär wird Robert Faesi mit seiner Erzählung «Füsilier Wipf», die im Jahre 1917 erscheint und der geistigen Landesverteidigung dient. Faesi ist so etwas wie der Antientwurf zu Fueter. Arriviert, erfolgreich und eingebettet in ein bürgerlich-gesellschaftliches Geistesleben.

Und Fueter? Er muss einsehen, dass trotz seinem Monumentalwerk der «Geschichte der neueren Historiographie», das mehrere Neuauflagen erfahren, in verschiedene Sprachen übersetzt und zum Klassiker der Geschichtswissenschaft aufsteigen wird, eine Professur im deutschen Sprachraum für ihn ausser Reichweite liegt. Seine Ehe ist zerrüttet, seine Familie auseinandergerissen. Und er braucht wieder einen Job. Unverhofft eröffnet sich eine Möglichkeit in seiner Heimatstadt Basel. Mit dem Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, Otto Zellweger, ist Eduard Fueter bereits handelseinig, dass er im Frühling 1912 in die Auslandredaktion des liberal-konservativen Blattes einsteigen soll, als sich die Dinge plötzlich wieder wenden.

In der Auslandredaktion der NZZ wirken am Vorabend des Ersten Weltkriegs zahlreiche deutschfreundliche Redaktoren, und die meisten Korrespondentenposten im Ausland sind mit Deutschen besetzt. «Chefredaktor Walter Bissegger und der langjährige Präsident des Blattes, Ulrich Meister, schätzten das nicht besonders», urteilt Historiker Peyer. Die NZZ vollzieht nun einen aussenpolitischen Kurswechsel, plädiert in der sich zuspitzenden aussenpolitischen Lage für eine unabhängigere Politik gegenüber den Grossmächten, wie das auch von Teilen der Schweizer Öffentlichkeit gefordert wird. Gleichzeitig mit der Wahl Eduard Fueters zum Auslandchef beschliesst das Blatt, für die wichtigen Aussenplätze Schweizer Journalisten zu ernennen, um eine unabhängigere Berichterstattung zu garantieren. Das bleibt nicht ohne Folgen. Bereits im Mai 1914 beklagt sich der deutsche Generalkonsul beim NZZ-Chefredaktor über die zunehmend kriti-

sche Haltung der Zeitung gegenüber Deutschland. Der Angesprochene lässt sich jedoch nicht beeindrucken und kabelt zurück, der Kritiker sei wohl von alldeutschen Kreisen in Zürich zu dieser Einmischung veranlasst worden.

Meistgehasster Kommentator

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbricht, wird die Lage für einen Kosmopoliten wie Eduard Fueter schwierig. Er ist frankophil, schätzt England und richtet sein Augenmerk schon früh auf die USA. Praktisch vor der Türe liegt aber das kaiserliche Deutschland. Wöchentlich schreibt er nun einen «Ausländischen Wochenbericht», der meist auf der Frontseite gedruckt wird. Aus seinen Überzeugungen macht er keinen Hehl. Er zweifelt schon früh an einem möglichen Sieg des deutschen Kaiserreichs, früh warnt er auch vor einem Kriegseintritt der Amerikaner, und in Deutschland wird er bald zu einem der meistgehassten Kommentatoren der neutralen Schweiz. Und das *Berliner Tagblatt* schreibt, was viele denken in der Reichshauptstadt: Die NZZ sei ein notorisch deutschfeindliches Blatt.

Als im Februar 1917 der NZZ-Präsident Ulrich Meister stirbt, der Eduard Fueter einst als Auslandchef installiert hatte, wird die Lage für diesen innerhalb und ausserhalb der NZZ immer ungemütlicher. Nachfolger von Meister wird der puritanische Altzürcher Paul Usteri, der dem quirligen Fueter nicht sonderlich wohlgesonnen ist. An der ersten NZZ-Generalversammlung, die der neue Präsident leitet, wird die aussenpolitische Ausrichtung der Berichterstattung massiv kritisiert, und ausserhalb des Hauses gehen alldeutsch Gesinnte gegen den unliebsamen Auslandchef in Stellung.

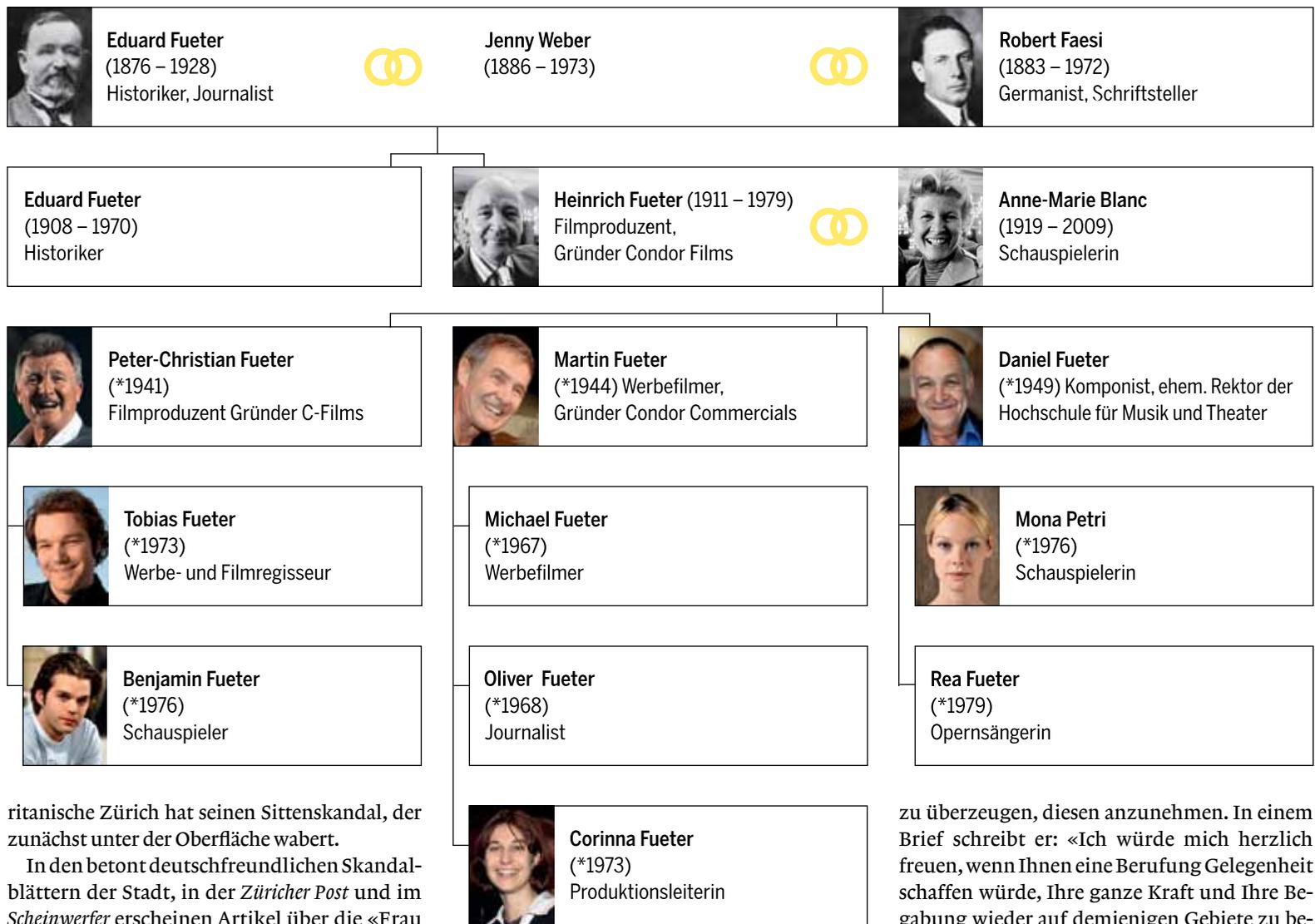
Er selber tut wenig, um seinen immer zahlreicheren Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen – im Gegenteil. Der nun wieder allein-stehende Mann gewöhnt sich einen leicht bohémhaften Lebensstil der Ungebundenheit an. Oftmals taucht er des Abends im Smoking im «Baur au Lac» auf, aber immer öfter leidet er auch an Stimmungsschwankungen eines vom Leben Enttäuschten, der sein grosses Ziel einer ordentlichen Professur als angesehener Historiker eben nicht erreicht. Seit 1915 ist er zwar Titularprofessor der Universität Zürich, ein ehrenwerter Titel ohne grosse Bedeutung.

Rastlos ist er in der Zeit nach Kriegsende, publiziert im Jahre 1921 mit «Weltgeschichte der letzten hundert Jahre. 1815 bis 1920» ein weiteres Standardwerk der Geschichtswissenschaft, begegnet um diese Zeit einer etwas älteren Frau, einer Bernerin, die ihm etwas Halt gibt und mit der er sich einlässt. Sie führt eine Pension in Zürich, ein Bordell sei es, flüstern seine Gegner, und sie verfüge über einen schlechten Ruf. Ein Universitätsdozent und NZZ-Auslandchef in Verbindung mit einer zweifelhaften Dame: Das pu-



Das letzte Selfie

Stammbaum der Familie Fueter



romanische Zürich hat seinen Sittenskandal, der zunächst unter der Oberfläche wabert.

In den betont deutschfreundlichen Skandalblättern der Stadt, in der *Zürcher Post* und im *Scheinwerfer* erscheinen Artikel über die «Frau Hämigsen, diese Bernerin mit dem unsittlichen Lebenswandel». Behauptet wird, sie sei in einen Spionagefall mit Frankreich verwickelt; Beweise aber existieren nicht. Die Redaktoren schreiben über die Freundin und meinen ihn, den Professor und NZZ-Redaktor, und schicken diese unappetitlichen Elaborate auch an die Redaktionsleitung der Zeitung.

Stil bis zum bitteren Ende

Nun knickt der NZZ-Präsident Paul Usteri ein, er befürchtet einen öffentlichen Skandal. Er fordert Eduard Fueter zum Rücktritt auf, meint, als NZZ-Redaktor stehe dieser in der Öffentlichkeit und hätte sich in seinem Lebenswandel Zurückhaltung auferlegen müssen. Am 11. Juli 1921 reicht Eduard Fueter seine Demission ein, und wenige Monate später fordert ihn auch die Zürcher Erziehungsdirektion auf, freiwillig auf die *Venia Legendi* zu verzichten – sie befürchtet eine politische Diskussion um den Fall im Kantonsparlament. Die Fueter gewogene, völkerbundsfreundliche *Neue Schweizer Zeitung*, in der er gelegentlich geschrieben hatte, kommentiert den Fall im November 1921 mit den Worten: «Den Alldeutschen und dem ihnen in der

Schweiz zugewandten Tross ist Fueters Weltgeschichte tödlich verhasst. Jede Waffe ist ihnen gegen den Verfasser gut genug.» Der Angefeindete selber äussert sich nie dazu. Bei aller Unklugheit im Verhalten zeigt Eduard Fueter Stil bis zum bitteren Ende. Er kratzt sein gesamtes Geld zusammen und kauft das Mietshaus, in dem die Freundin wohnt, und hält zu ihr, bis zu ihrem Tod.

Beruflich gelingt es ihm nie mehr, Tritt zu fassen. Er zieht zu seiner Mutter nach Basel. In seiner Heimatstadt am Rheinknie erhält er einen Job für Statistik und Sekretariatsarbeiten bei der Basler Handelsbank. Vermittelt hatte diesen der mit der Familie Fueter befreundete Basler Patrizier und Bankpräsident Rudolf Albert Koechlin-Hoffmann. Ein bitterer beruflicher Abstieg. Daran ändert auch nichts, dass im Jahr 1928 Fueters neustes Werk «Die Schweiz seit 1848» publiziert wird. Ein paar wenige Freunde von früher halten noch zu ihm. Einer von ihnen ist Hans Nabholz, Historiker wie er und Archivar im Staatsarchiv in Zürich. Als ihm zu Ohren kommt, dass Eduard Fueter einen Ruf an die renommierte amerikanische Harvard-Universität erhalten hat, versucht er ihn

zu überzeugen, diesen anzunehmen. In einem Brief schreibt er: «Ich würde mich herzlich freuen, wenn Ihnen eine Berufung Gelegenheit schaffen würde, Ihre ganze Kraft und Ihre Begabung wieder auf demjenigen Gebiete zu betätigen, wo sie hingehören. Unsere Schweiz scheint zu klein und zu eng zu sein, um über Vergangenes hinwegzukommen. Ich würde mich aber auch über die amerikanische Universität freuen, weil ich weiss, dass sie in Ihnen dasjenige finden würde, was sie erwartet, und was ihr ein französischer oder reichsdeutscher Historiker kaum zu bieten vermöchte: eine sichere Beherrschung der romanischen und der germanischen Geschichtswissenschaft zugleich.»

Eduard Fueter aber zögert, den Ruf nach Amerika anzunehmen. Jetzt, wo sein Lebensziel greifbar nahe ist, scheinen ihn die Lebensgeister zu verlassen. Zehn Tage nachdem er den Brief des Freundes erhalten hat, bricht er am 20. November 1928 52-jährig in seinem Arbeitszimmer im Hause der Mutter zusammen. In den amtlichen Akten heisst es fragend «laut ärztlicher Bescheinigung Herzlähmung?». Andere glauben, es sei ein Freitod gewesen.

Quellen: Hans Conrad Peyer: Der Historiker Eduard Fueter, 1876 – 1928. Leben und Werk. 1982. Peter Stadler: Robert Faesi und Jakob Bühler. Kulturpolitisches Doppelprofil zweier literarischer Zeitgenossen. 1994
Nächste Ausgabe: Die Fueters als Schauspieler und Filmemacher

Wiederholt sich die Geschichte?

Niemand kann sich 2014 einen Weltkrieg vorstellen. Das konnte auch 1914 kaum jemand. Die Parallelen, auf die renommierte Historiker hinweisen, sollten uns zu denken geben.

Von Markus Schär



«Die Parallelen zu heute liegen offen zutage»: Grabenkampf im Ersten Weltkrieg.

Der grosse Krieg, der ewig drohe, komme nie, beteuerte Professor David Starr Jordan. «Die Bankiers werden nicht das Geld für solch einen Krieg aufreiben, die Industrie wird ihn nicht in Gang halten, die Staatsmänner können es nicht. Es wird keinen grossen Krieg geben.» Der Gründungspräsident der Stanford University und Direktor der World Peace Foundation betrieb sich dabei auf einen Bestseller von Norman Angell: «The Great Illusion». Der von Grossbritannien in die USA ausgewanderte Journalist, der zwanzig Jahre später den Friedensnobelpreis erhielt, überzeugte die Welt von seiner These: Die globale Vernetzung in Handel, Finanzen und Kommunikation mache einen Krieg sinnlos, also zur grossen Illusion, denn es könne keine Sieger, nur Verlierer geben.

Norman Angell schrieb sein Buch 1909, David Starr Jordan sprach sein grosses Wort 1913. Im August 1914 brach der Erste Weltkrieg aus, der

Auftakt zu einem zweiten Dreissigjährigen Krieg, der bis 1945 wütete. Er machte das 20. Jahrhundert mit gegen hundert Millionen Kriegstoten zum blutigsten der Menschheitsgeschichte, zertrümmerte die alte Ordnung der Welt und zerriss alle Netze um den Globus. Erst

«Im Rückblick könnte uns die Welt von heute furchtbar naiv erscheinen.»

gegen Ende des Jahrhunderts schwollen die globalen Finanz- und Handelsströme wieder über den Stand vor dem Ersten Weltkrieg an.

Dieses Jahr gedenkt die Welt des «grossen Krieges», wie ihn die Briten und die Franzosen immer noch nennen. Zu den Türmen von Literatur zu diesem Thema – allein auf Englisch liegen 32 000 Publikationen vor – kom-

men weitere Stapel dazu. Denn die entscheidende Frage stachelt die Wissenschaftler immer noch zum Streit an: Warum brach dieser Krieg aus, zu dem es vermeintlich nicht kommen konnte? Und damit drängt sich eine beunruhigende Frage auf: Was könnte heute wieder zu einem Krieg führen, den niemand wünschen kann?

In der friedlichsten aller Zeiten

Auf diese Frage suchen einige der gelehrtesten Historiker Antworten. So Niall Ferguson, der seinen britischen Landsleuten schon 1998 mit der Studie «Der falsche Krieg» vorwarf, die Katastrophe hätte vermieden werden können. So Harold James, Professor in Princeton, der letztes Jahr auch bei mehreren Auftritten in der Schweiz über die Frage nachdachte, ob sich die Geschichte wiederholt. Oder Margaret MacMillan, Professorin in Oxford. Die Urenkelin

des britischen Kriegspremiers David Lloyd George legte im Oktober eine umfassende Studie vor: «The War That Ended Peace. The Road to 1914». Eine Zusammenfassung mit Antworten zur entscheidenden Frage nach den Kriegsgründen lässt sich jetzt als schön gestalteter multimedialer Essay bei der Denkfabrik Brooking Institution herunterladen.

Schliesslich setzt sich auch der junge israelische Starhistoriker Yuval Noah Harari mit dem Problem auseinander. In seiner brillanten «Kurzen Geschichte der Menschheit», das nach einem Bestsellererfolg in Israel jetzt auf Deutsch vorliegt, weist er darauf hin, dass wir seit dem Zweiten Weltkrieg in der friedlichsten aller Zeiten leben. «Natürlich kann sich diese Situation in Zukunft auch wieder ändern, und im Rückblick könnte uns die Welt von heute furchtbar naiv erscheinen», schreibt der Universalhistoriker mit dem weiten Horizont vom Homo erectus bis zum Cyborg. «Doch aus historischer Sicht ist schon diese Naivität faszinierend. Noch nie war der Friede so stabil, dass sich die Menschen den Krieg nicht einmal vorstellen konnten.»

Nur: Auch im August 1914 konnten sich die Menschen einen Krieg mit Panzern, U-Booten und Giftgasgranaten nicht vorstellen, geschweige denn mit Atomwaffen, Flächenbombardierungen und Vernichtungslagern. «Stellen Sie sich vor, Sie könnten die Jahre von 1900 bis 1914 ohne die langen Schatten ihrer Zukunft sehen», rät der Historiker Philipp Blom den Lesern seines faszinierenden Buches «Der taumelnde Kontinent» über den Anfang des 20. Jahrhunderts. Dann lernen wir Menschen kennen, die – wie wir am Anfang des 21. Jahrhunderts – Revolutionen in der Technologie, aber auch in der Kultur, der Medizin oder der Sexualität erlebten und dank der Innovationen in Logistik und Kommunikation mit aller Welt verkehrten. Also Menschen, die ahnungslos in die Katastrophe schlitterten, weil sie sich diese nicht ausdenken konnten.

«Erschreckende Parallelen»

Warum kam es dazu? Bei allem Streit über die Auslöser sind sich die Historiker bei der Lagebeurteilung weitgehend einig: Überdeckt durch die vermeintliche Stabilität der globalen Vernetzung vor 1914, kam es zu Spannungen, die sich schliesslich entluden, gerade weil sich sorglose Politiker und mutwillige Militärs die Katastrophe nicht vorstellen konnten. Aus den «erschreckenden Parallelen zwischen damals und heute» sollten wir die Lehren ziehen, mahnt deshalb Margaret MacMillan, weil gemäss Mark Twain «die Geschichte sich zwar nicht wiederholt, aber sich reimt».

Erstens: Über die Welt herrschte eine Grossmacht, die schwächelte. Das britische Empire regierte einen Viertel der Landfläche und kontrollierte die Ozeane; der Freihandel, der Kapitalismus à la Manchester und das Pfund mit

Golddeckung galten als Standard. Alle Finanztransaktionen flossen via London, dadurch erlangten die Briten exklusive Kenntnisse über Versicherungsverträge, Rohstoffhandel, Waffenlieferungen und Infrastrukturprojekte in aller Welt. Das überdehnte britische Weltreich aber war angeschlagen, vor allem nach der Finanzkrise von 1907. Die Briten entwickelten deshalb Pläne für einen Finanzkrieg gegen die Deutschen, die ihnen mit ihrer aufstrebenden Industrie die Vormacht streitig machten. Die Währungspolitik, stellt Harold James fest, diente nur mehr der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten, nicht der Stabilität des globalen Finanzsystems.

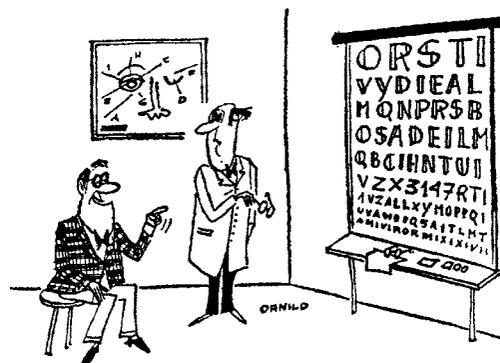
Schock für die ganze Welt

Dieselbe Konstellation sehen wir heute, mit dem Unterschied, dass die USA als angezählter Weltherrscher im Gegensatz zu Grossbritannien nicht der grösste Gläubiger, sondern der grösste Schuldner sind. Eine scharfe Abwertung des Dollars würde zu einem Schock für die ganze Welt führen, warnte Niall Ferguson – schon 2005, also vor der Finanzkrise. Seither

Im Pentagon soll es angesichts des Wetrüstens im Pazifik Kriegspläne gegen China geben.

stehen sich die Amerikaner und die Chinesen noch misstrauischer in Lauerstellung gegenüber, wie einst die Briten und die Deutschen. Und im Pentagon soll es angesichts des Wetrüstens im Pazifik Kriegspläne gegen China geben.

Zweitens: Die globale Ordnung züchtete ihre Todfeinde, die sich dank der globalen Kommunikation vernetzten. Für Preussen-Deutschland sei kein anderer Krieg mehr möglich als ein Weltkrieg, erkannte der Visionär Friedrich Engels schon 1887: «Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen.» Und dieser Weltkrieg ende damit, dass die kapitalistische Wirtschaft den Bankrott anmelde, dass die alten Staaten zusammenbrächen und dass «die Kronen zu Dutzenden über das Strassenpflaster rollen».



Bevor ich das alles lese, sagen Sie mir bitte, ob es ein Happy end gibt ...

Genau das aber strebten die kommunistischen Jünger von Marx und Engels an und mit ihnen Anarchisten und Nihilisten, weltweit vernetzt. Von Kalkutta bis Buffalo warfen sie Bomben in Börsen, sprengten Geleise und schockten mit Attentaten, ob auf den US-Präsidenten William McKinley oder die Kaiserin Sissi von Österreich-Ungarn (in Genf). Die jungen Serben, die am 28. Juni 1914 in Sarajevo den österreichischen Erzherzog Franz Ferdinand ermordeten, liessen sich vom Anarchisten Bakunin leiten wie ihre Verbündeten in Frankreich und in Russland.

Die Parallelen zu heute liegen offen zutage. Seit 9/11 greift der radikale Islam die westliche Ordnung als Todfeind an. Die global vernetzten Kämpfer sammeln sich in gescheiterten Staaten wie Jemen, Afghanistan oder Pakistan, lauern aber auch unter den Immigranten in den westlichen Ländern. Und sie bekommen Hilfe von Staaten wie dem schiitischen Iran oder dem sunnitischen Saudi-Arabien, die sich wegen ihres Glaubens bekämpfen: Die Brandherde, wo diese Interessen kollidieren, können jederzeit aufflackern.

Drittens: Ein regionaler Konflikt führte zum globalen Krieg, weil der Nationalismus herrschte und ein Weltpolizist fehlte. Die fünf Grossmächte, die Europa seit dem Wiener Kongress von 1814/1815 weitgehend befriedet hatten, standen sich 1914 misstrauisch gegenüber, von Nationalisten aufgehetzt und in Koalitionen verbündet. Deshalb führte das Attentat von Sarajevo zur verhängnisvollen Kettenreaktion. (Danach kursierte als Witz die Schlagzeile: «Erzherzog Franz Ferdinand lebt! Krieg war ein Fehler».)

Wo könnte heute der Weltenbrand auflodern? Die Historiker sind sich einig: einerseits im Nahen Osten, vor allem in Syrien, wo die Interessen von Sunniten und Schiiten, Russland, China und den USA aufeinanderprallen. Andererseits im Fernen Osten, wo sich der Nationalismus von Chinesen und Japanern aufheizt und in Nordkorea entzünden könnte. Und die Uno, in deren Sicherheitsrat sich die Supermächte blockieren, kann nicht als Weltpolizei auftreten.

«Nobelpreis für Atombomben-Bauer»

Als Optimist gibt sich in dieser Weltlage nur Yuval Noah Harari. Er weist darauf hin, dass ein Weltkrieg heute tatsächlich nicht mehr bezahlbar, also nicht mehr vorstellbar ist: «Der Friedensnobelpreis gebührt letztlich Robert Oppenheimer und seinen Kollegen, die die Atombombe entwickelt haben. Die Kernwaffen haben einen Krieg zwischen Supermächten zu einem kollektiven Selbstmordkommando gemacht und dafür gesorgt, dass ein militärischer Sieg der einen Seite über die andere unmöglich wurde.» Ob aber diesmal wirklich alle wissen, dass der Krieg eine grosse Illusion ist? ○

«Die tägliche Perversion»

Der deutsche Filmproduzent Nico Hofmann gehört zu den erfolgreichsten und intelligentesten Vertretern seines Fachs. Dieser Tage kommt sein Epos «Der Medicus» in die Kinos. Am meisten aber bewegt ihn die deutsche Geschichte, die er mit neuem Blick aufarbeitet. *Von Rico Bandle, Roger Köppel und Simon Habegger (Bild)*

Herr Hofmann, Ihre Spezialität sind brillante Filme aus dem Giftschrank der Zeitgeschichte. Ihr Fernseh-Mehrteiler über den Zweiten Weltkrieg «Unsere Mütter, unsere Väter» löste intensive Debatten aus, weil er sich die Freiheit herausnahm, die Deutschen als durchaus normale Menschen in abnormalen Umständen darzustellen. Ist jetzt der schöne, opulente, geradezu esoterisch angehauchte Film «Der Medicus» für Sie eine Art Erholung von den politischen Reiz-Stoffen?

In gewisser Hinsicht, ja. Die Verfilmung des Bestsellers von Noah Gordon war schon lange der grosse Wunsch meines Chefs Wolf Bauer, des Geschäftsführers der Ufa. Er hat mich vor zehn Jahren mit dem Buch beglückt. Ich hielt es für unverfilmbar, weil der Stoff zu komplex, die 800 Seiten zu differenziert waren. Wir haben vier Jahre gebraucht, um diese Gedankenfülle zu bewältigen. Zeitweise haben bis zu zehn Autoren daran geschrieben. Richtig reizvoll wurde das Ganze für mich beim Machen. Noah Gordon ist ein wunderbarer Mensch, die Philosophie des mittlerweile 87-jährigen fasziniert mich.

Was genau ist das Packende?

Wie Noah Gordon als Jude mit dem Thema der Religionen umgeht. Im Rückblick scheint es, dass er beim Verfassen des Buchs vor dreissig Jahren vieles vorausgeahnt hat: die zunehmende Radikalisierung der Religionen, auch des Islam.

Alle Religionen scheinen bei ihm schlecht wegzukommen.

Es gibt einen schönen Satz von Noah Gordon: Solange der private Glaubensbegriff in den Leuten drinsteckt, ist alles wunderbar; in dem Moment, wo er fundamentalistisch und aggressiv umgesetzt wird, wird er zum Problem für die Menschheit. Das hat Noah mir in Boston im Stadtpark erklärt.

Was sagt uns der Film über Sie, den derzeit erfolgreichsten, meistdiskutierten deutschen Produzenten?

Ich kann bestätigen, was Sie in der Eingangsfrage gesagt haben: Der Film ist eine Insel, eine Reise in eine Welt, in der Erkenntnis, Philosophie und Erlösung im Mittelpunkt stehen. Er ist das Gegenprogramm zu «Unsere Mütter, unsere Väter», der mit meiner Familiengeschichte zu tun hat. Ich habe noch immer dauernd Reak-

tionen auf den Film. Die ständige Auseinandersetzung mit dem Thema ist anstrengend, zumal ich mittlerweile sehr viele Gegner habe.

«Unsere Mütter, unsere Väter» ritzt Tabus. Was auffällt, ist Ihr Verzicht auf moralisierende Schuldzuweisungen. Ist Deutschland noch nicht bereit für einen sachlichen Umgang mit der eigenen Geschichte?

Überrascht hat mich das Ausmass der nationalen und internationalen Debatte. Der Film war ja ein riesiger Erfolg mit über zwanzig Millionen Zuschauern. Wochenlang war er nach der Ausstrahlung Thema in den Medien – inklusive einer Titelgeschichte im *Spiegel*. FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher hat das alles vorausgesehen. Er hat den Film vor der Ausstrahlung gesehen und mir bei einem Abendessen die gesamte Debatte mehr oder weniger vorausgesagt. Ich habe ihm nicht glauben wollen, aber in vielen Punkten hat er recht erhalten. Uns wurde zudem ja auch vorgeworfen, die Täter zu Opfern zu machen, gewisse Kritiker sagten, man dürfe jene Zeit überhaupt nicht psychologisieren und emotionalisieren. Um das Gegenteil ging es mir natürlich.

Zurzeit arbeiten Sie an einem Mehrteiler über Adolf Hitler. Was ist Ihr Motiv?

Meine Familiengeschichte. Mein Vater ist vor einer Woche 89 geworden, seit vier oder fünf Monaten beschäftigt er sich mit nichts anderem mehr als mit der Rückerinnerung an den Krieg. Viele seiner *flashes* kann ich gar nicht einordnen, so eruptiv sind die Erinnerungen. Über Jahrzehnte wurde das Thema bei uns totgeschwiegen. Dank dem Film «Unsere Mütter, unsere Väter» hat sich das geändert. Nicht nur bei mir, viele Leute erzählen mir, dass ihre Eltern dank dem Film erstmals über ihre Kriegserlebnisse geredet haben.

Wird es auch in Ihrem Hitler-Mehrteiler um Entmystifizierung gehen? Was ja wieder hoch toxisch wäre.

Das kommt darauf an, aus welcher Generation man antwortet. Ich kann jene Zeit nicht betrachten ohne familiäre Debatte. Das macht es für alle Beteiligten eher schwieriger. Meine Studenten, deren Väter in meinem Alter sind – ich bin 54 –, behandeln Hitler und das Dritte Reich mittlerweile, als handle es sich um Napoleon und dessen Eroberungszüge. Also aus grosser Distanz, ohne emotionale Verstrickungen und oftmals auch mit wenig Wissen.

Gibt es konkrete Begebenheiten, die Sie in einem Ihrer Filme gerne erzählt hätten, aber weggelassen haben, da zu heikel?

Früher habe ich eine Schutzformel vor die Filme geschoben, zum Beispiel, indem ich aus dem Stoff ein Melodrama gemacht habe, um nicht verletzend zum Kern der Sache vordringen zu müssen. «Rommel» hingegen war eher die Abarbeitung eines Protokolls, da war fast kein fiktionales Drehbuch mehr. Alles, was Rommel im Film redet, ist verbürgt. Bei «Unsere Mütter, unsere Väter» war das komplett anders: Ich habe wirklich versucht, mich in meinen Vater hineinzuleben. Dadurch fühle ich mich sicherer. Wenn es um ihn geht, habe ich das Gefühl: Ich darf das. Ich wollte, dass die Geschichte dann auch sehr direkt und aggressiv inszeniert wird. Freunde haben das sofort erkannt und mich gewarnt, damit greife man die Deutschen frontal an. Ich konnte diesen Einwand zuerst gar nicht verstehen: Mein Vater hat das doch so erlebt, das ist in seinen Tagebüchern festgehalten. Mir erschliesst sich bis zum heutigen Tag nicht, weshalb Kritiker sich dermassen stark gegen die Psychologisierung und Emotionalisierung jener Zeit stemmen. Diese Debatte wird zunehmend irrational. Irgendwie soll man die Menschen nicht als Menschen darstellen dürfen.

Was war aufgrund Ihrer Erkenntnisse letztlich der entscheidende Grund, weshalb die Deutschen mit Hitler mitgegangen sind?

Am meisten beschäftigt mich doch die Geschwindigkeit der Verführung. Was man in nur zwölf Jahren anrichten kann, ist entsetzlich. Zwölf Jahre sind in der Menschheitsgeschichte gar keine Zeit, die gehen selbst für mich wie im Fluge um.

Was ist die Antwort Ihres Vaters auf diese Frage?

Mein Vater war als junger Mann im Geiste seiner Erziehung ein Gegner des Nationalsozialismus: Sein Vater war als verfolgter Sozialdemokrat nach Skandinavien geflohen und ist später in der DDR gestorben. Meine Mutter hingegen war komplett Hitler-Anhängerin. Für Sie waren Hitler und das Dritte Reich eine Art Vater-Ersatz. Wenn man ihre Tagebücher liest, merkt man, dass sie nach dem Krieg Jahre gebraucht hat, um den Tod Hitlers zu verarbeiten. Land, Führer, Religion – Hitler hatte in diesem Verbundsystem einen gottgleichen Charakter für diese junge Frau in der Adoleszenz.



«Am meisten beschäftigt mich die Geschwindigkeit der Verführung»: Filmmacher Hofmann.

Ihre Mutter ist nun 83. Wie erklärt sie heute die Faszination?

Sie würde Ihnen auf die Frage von der Schönheit ihrer Jugend vorschwärmen. Alle schulischen Angelegenheiten, der Bund junger Mädchen, die Zusammengehörigkeit – sie hat auf das propagierte Gemeinschaftsgefühl stark angesprochen, es war ihr Lebensinhalt.

Wie lautet Ihre eigene Antwort?

Eine Erklärung fällt mir immer noch schwer, weil es sich um eine komplett andere, aufgewühlte Zeit handelte. Ich versuche mir mühsam zusammenzureimen, in welchem sozialen Notstand das Land war. Die politische Landschaft war komplett zerfranst, es gab einen verlorenen Weltkrieg, eine Führungslosigkeit, ein Netz der politischen Intrigen – da spielt alles mit rein. Meine Oma, eine Metzgersfrau, war nach dem Ersten Weltkrieg aus dem Elsass vertrieben worden: Mit einem einzigen Schwein ist sie über eine Rheinbrücke nach Deutschland geflohen. Meine Grosseltern hatten nichts mehr an Besitz. In all diese Abgründe rutschte diese Hitlerfigur hinein. Wenn Sie seine Reden lesen und die entsetzliche jüdische Vernichtungskomponente einen Moment lang weglassen, dann stossen Sie unweigerlich auf den absurden politischen Gemeinschaftsinn, den er beschworen hat.

Sie schreiben zurzeit an einem Achteiler über Hitler. Geht es auch hier letztendlich um eine Entmystifizierung? Was ja wieder hochtoxisch wäre.

Ausgelöst wurde das Projekt durch Thomas Webers Buch über Hitler im Ersten Weltkrieg. Hitlers Lügen sind ein Thema, die Fakten über seine Rolle als Gefreiter im Ersten Weltkrieg stimmen mit seiner eigenen Darstellung oft nicht überein. Es entsteht dadurch auch ein Bild der Schwäche: eine Figur, die sich von unten nach oben entdeckt. Diese Minderwertigkeitsthematik spielt bei Weber eine zentrale Rolle, und bei ihm folgt daraus die Hybris. Ein zentrales Thema ist auch die Verführung: der Einsatz der Rede, der Medien insgesamt. Weber hat das alles sehr präzise beschrieben. In unserem Drehbuch, das Nikki Stein gemeinsam mit Hark Bohm verfasst, geht es ausserdem auch im weitesten Sinne um vier Freundschaftsgeschichten, die im Ersten Weltkrieg beginnen. Wir wollen zeigen, wie sich diese vier Männer in völlig unterschiedliche Richtungen entwickeln. Beim Lesen des Buches von Thomas Weber habe ich gespürt, wie nachvollziehbar die Zeit wird.

Wie gefährlich ist es für einen Deutschen, einen Film über Hitler zu drehen?

Das hängt natürlich sehr vom Drehbuch, von der Regie und der ganzen Umsetzung ab und auch davon, wer Hitler spielt. Nach einem Jahr Faktensammeln mit einem sehr kompetenten Beratergremium geht es nun



«Eltern redeten erstmals über ihre Kriegserlebnisse»: TV-Mehrteiler «Unsere Mütter, unsere Väter».



«Abarbeitung eines Protokolls»: «Rommel».

darum, zu entscheiden, was wir genau zeigen und wie wir auch zu einer gewissen Dialektik, zu einem permanenten Aufdecken von Widersprüchen kommen.

Wer wird Hitler spielen?

Es stehen noch zwei Schauspieler zur Auswahl. Mehr kann ich Ihnen leider nicht sagen.

Hitler steht für das absolut Böse. Wenn sich ein Deutscher an den Stoff mit der Absicht heranwagt, Hitler als konkreten Menschen zu zeigen, dann zieht er fast automatisch den Vorwurf der Verharmlosung oder, schlimmer noch: der vielleicht heimlichen Bewunderung auf sich. Kann man da überhaupt ungehemmt filmen?

Ich habe dermassen klare moralische Standpunkte dazu, dass ich mich nicht davor fürchte. Ich bewundere überhaupt nichts, ganz im Gegenteil. Es ist erstaunlich, wie auf allen Sendern immer wieder stundenlange Dokumentationen aus dem Zweiten Weltkrieg laufen, immer dasselbe Bildmaterial neu übereinandergeschnitten. Und immer findet sich ein grosses Publikum dafür. Ich frage mich da schon: Was ist die Magie dieses Materials?

Lässt die Magie nach? Wie viele Hitler-Titelgeschichten kann der Spiegel noch machen?

Sie lässt nicht nach. Das Degoutante daran – und hier sind wir bei der Bewunderung – ist diese scheinbare Lust mancher Zuschauer, sich mit dem Grauen zu unterhalten. Bei diesen immergleichen Bildern sind ja auch Leichenberge zu sehen, Konzentrationslager. Stundenlang schauen sich die Leute das an. Warum? Mein Ziel ist es, eine Gegenwelt zu dieser mystifizierten

Schablone zu erzeugen. Das geht nur durch die Psychologisierung, nur so kann man die Erbärmlichkeit hinter diesen Taten auch aufzeigen.

Was ist bei Ihrer sehr persönlichen Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich Ihre zentrale Botschaft?

In meiner Familie herrscht ein grosser Gerechtigkeitssinn. Ich bin schon früh so erzogen worden: Wenn etwas nicht stimmt, muss man Opposition ergreifen. Als Jugendlicher war ich extrem renitent, beim geringsten Anzeichen von Ungerechtigkeit rebellierte ich. Was ich an der Vita meiner Eltern nicht begreife, dass sie doch tausendfach gemerkt haben müssen, dass unter Hitler Unrecht geschieht. Erst vor wenigen Jahren hat meine Mutter zum ersten Mal erzählt, wie ihre jüdischen Nachbarn in Mannheim plötzlich verschwunden waren. Mein Vater war im Krieg Zeuge von Wehrmachtsverbrechen. Es ist mir heute noch nicht klar, wie der Gerechtigkeitssinn jahrelang einfach aussetzen konnte. Wie konnte das geschehen? Das ist für mich die zentrale Frage.

Haben Sie eine Ahnung, wie ein hochkultiviertes Volk – oder zumindest Teile davon – in solche Abgründe stürzen konnte?

Es ist die tägliche Pervertierung. Ich habe kürzlich zu meinem Vater gesagt: «Du hast dich jeden Tag pervertiert, dein eigener Vater musste fliehen, du wolltest nicht in diese Armee, du hast dennoch getötet, hast jeden Tag hundert Begegnungen gehabt, bei denen du dich hättest fragen müssen: «Was tu ich hier?»» Die Pervertierung hat aber bei ihm und Millionen anderen funktioniert – und genau das reizt mich an dem Thema. In einem Gemeinschaftsrausch folgten die Deut-

schen einem Ziel, bei dem zumindest jeder Zweite hätte misstrauisch werden müssen.

Sie sind unglaublich produktiv, arbeiten immer an mehreren Filmen gleichzeitig. Wie finden Sie heraus, ob eine Story gut ist?

Ich halte mich an Stoffe, die mich selber berühren. Bald kommt ein Film über den Rücktritt des Bundespräsidenten Christian Wulff heraus. Täglich hatte ich die Nachrichten über ihn gesehen und mich ununterbrochen gefragt: Was kommt danach, was ist die Szene hinter dem Protokoll? Hier reizt mich ganz stark der journalistische Ansatz.

Wer ist Ihr grosses Vorbild als Produzent?

In meiner frühen Jugend hat mich Edgar Reitz mit dem «Heimat»-Mehrteiler sehr geprägt. Und Axel Corti mit seinen grossartigen Geschichtsmehrteilern. In der Studienzeit war der italienische Neorealismus prägend, Hollywood viel weniger. Auch bin ich viel mehr Fernseh- als Kino-sozialisiert.

Über Bismarck oder Friedrich den Grossen könnte man fantastische Kinofilme drehen. Wann werden Sie sich diesen Themen zuwenden?

Deshalb ist für mich der «Medicus» ein Ausflug in eine andere Welt: Ich bin nur da gut, wo es mich selbst betrifft. Bismarck ist zu weit weg. Viel mehr interessiert mich zurzeit die ganze DDR-Geschichte. Viele meiner Freunde kommen aus dem Osten, das ist mir näher.

Nico Hofmann, 54, arbeitet seit den achtziger Jahren als Autor, Regisseur und Produzent. Für seine Werke wurde er mehrfach ausgezeichnet. Seit 2013 ist er Vorsitzender der Geschäftsführung von UFA Fiction.

Wolfram Knorrs Filmkritik zu «Der Medicus»: Seite 59



Essay

«Tough love»

Nach einer Welle von tödlichen Messerstechereien will Londons Bürgermeister Boris Johnson der Jugend Respekt und Selbstdisziplin beibringen. Eltern, die ihre Kinder nicht erziehen, handeln gemeingefährlich.
Von Zoë Jenny

Vielleicht konnten sie meine Angst sehen, als ich durch den kurzen Parkabschnitt eilte – an der Haltung oder an den plötzlich schneller werdenden Schritten. Eigentlich waren es nur Kinder, kaum mehr als fünfzehn Jahre alt, aber sie hatten diesen stumpfen Blick und in der Hand Baseballschläger, mit denen sie gegen die Büsche schlugen, als hätten sie gerade nichts Besseres zu verprügeln. Ich ging noch schneller, rannte fast. «Go home and call the police, bitch!», riefen sie mir gröhlend hinterher.

Ich hatte keinen Zweifel daran, dass sie es gewesen waren. Am Abend zuvor war mein damaliger Freund mit blutüberströmtem Gesicht von der Arbeit nach Hause gekommen. Auf dem Weg vom Auto zu unserem Haus wurde er von zwei Jugendlichen mit Baseballschläger und Messer bedroht. Sie rissen ihm das Mobiltelefon aus der Hand und schlugen ihm zum Abschied die Faust ins Gesicht.

Programm im *boot camp*-Stil

Die Polizei hatte nicht viel mehr als Mitleid für uns übrig. «You are targeted», meinten sie, wir seien jetzt «auf dem Radar» und müssten damit rechnen, dass die Jugendlichen wieder kommen, ins Haus einbrechen, das Auto kaputt- sowie Scheiben einschlagen würden etc. Sie würden in den nächsten Tagen etwas öfter eine Streife in unsere Strasse schicken, aber mehr könnten sie leider nicht tun.

Seit ein junger Anwalt wegen seines Mobiltelefons und der U-Bahn-Karte von Teenagern vor seinem Haus kaltblütig niedergestochen wurde, weiss in London jeder, dass man sich mit Jugendlichen, die bewaffnet sind, nicht anlegt. Wir verkauften das Haus und zogen in eine andere Gegend. Was die Jugendlichen an Respekt vermissen liessen, hatten wir dafür umso mehr.

Der Bürgermeister von London, Boris Johnson, startete im Zuge einer Welle von Messerstechereien, die innerhalb weniger Monate zahllose Todesopfer forderte, eine Kampagne mit dem Titel «tough love». In speziellen Programmen im militärischen *boot camp*-Stil soll Jugendlichen Selbstdisziplin und Respekt beigebracht werden. Sie lernen dort zum Beispiel «Bitte» und «Danke» sagen, man fängt also erziehungstechnisch bei null an.

Schon Immanuel Kant stellte fest: «Der Mensch kann nur Mensch werden durch

Erziehung.» Er ist weder gut noch schlecht. Er ist im Wesentlichen die Summe seiner Erziehung.

Einen der aufschlussreichsten Romane zu diesem Thema hat der britische Schriftsteller William Golding verfasst. In «*Lord of the Flies*» stürzt ein Flugzeug mit einer Gruppe Sechsbis Zwölfjähriger mitten in der Südsee ab. Die Kinder retten sich auf eine Insel. Ohne Einfluss der Zivilisation und erziehender Erwachsener brechen bald bittere Machtkämpfe aus. Die Insel wird zum Kriegsschauplatz. Am



Mythos vom unschuldigen Kind.

Ende verwandelt sich das unberührte Paradies in ein Inferno. Mit dem Roman zertrümmerte Golding den Mythos vom unschuldigen Kind.

Wer an Darwins Theorie über das Recht des Stärkeren zweifelt, sollte einen Tag auf einem Spielplatz verbringen. Nirgends wird der Wille zur Macht so exemplarisch durchexerziert wie im Sandkasten.

Schüchterne oder schwächere Kinder werden mitleidlos überrannt, und wären nicht sorgende Mütter und Väter anwesend, die andauernd mahnend intervenieren, hätten einige Kinder nichts zu lachen. Es ist mitunter erschreckend, wie brutal Kinder mit ihren Altersgenossen

umgehen. Da wird erbarmungslos Macht ausgelebt, werden Freunde gegeneinander ausgespielt und mühsam aufgebaute Sandburgen mit lustvoller Schadenfreude zertrampelt.

Der schmale Grat

Gemeinsames Spielen, Teilen und Respekt vor dem anderen sind Eigenschaften, die allen Kindern angeboren sind. Aber um diese zu entwickeln, braucht es die Erwachsenen, die zu Respekt auffordern, faires Verhalten aufzeigen, helfen und Grenzen setzen.

Wenn das schwächste Mitglied der Gesellschaft zurückschlägt und gnadenlos Rache nimmt, ist das im Wesentlichen eine Folge fehlender Erziehung.

Wie diese konkret aussehen sollte, darüber darf gestritten werden. Dass es bis heute kein gültiges Erziehungskonzept gibt, wird schon an der unglaublichen Fülle pädagogischer Ratgeber deutlich, die den Buchmarkt überschwemmen. Sie erfreuen sich grösster Beliebtheit – vor allem bei all den Eltern, deren Erziehungsstil von einer «konstruktiven Unsicherheit» geprägt ist, wie der berühmte dänische Familientherapeut und Autor Jesper Juul es formuliert. Ob mit «tough love» oder antiautoritärer Erziehung oder einer Mischung aus beidem – wesentlich scheint das Bemühen an sich. Selbst eine im Ansatz autoritäre Erziehung ist noch besser als gar keine. Ich wünschte, die Halbwüchsigen, die uns die Hölle heissgemacht hatten, hätte mal jemand, als es noch eine Wirkung gehabt hätte, so richtig von Herzen angebrüllt und am Kragen gepackt.

Erziehung ist Arbeit. Fragwürdig ist es daher, wenn Eltern kumpelhaft ihre Kinder zu Freunden erklären, den Generationenunterschied nivellieren und so, im falschen Glauben, irgendwie cool zu sein, eigentlich nur ihre Erziehungsfaulheit kaschieren. Zwischen Laisser-faire und Gleichgültigkeit verläuft nur ein schmaler Grat.

Eltern, die ihren Nachwuchs nicht dezidiert führen und kontrollieren – was mitunter mühsam und anstrengend ist –, handeln nicht nur verantwortungslos, sondern gemeingefährlich.

Zoë Jenny ist Schriftstellerin. Sie lebt mit ihrer Tochter in der Nähe von Zürich.

«Im Himmel fliegen keine Fetzen»

Hans Küng ist der bekannteste Kritiker der katholischen Kirche. Der Schweizer Theologe über die weibliche Kleidung seines Intimfeinds Joseph Razingher, seinen Einfluss auf Papst Franziskus und den Entscheid, dem Leben mit einer Sterbehilfeorganisation ein Ende zu setzen. *Von Malte Herwig*



«Aus mir hätte ein schlimmerer Papst als Benedikt XVI. werden können»: Kirchenkritiker Hans Küng.

Herr Küng, kennen Sie einen guten Papstwitz?

Viele!

Erzählen Sie mal.

(Denkt kurz nach) Der Papst ist gestorben, und das Konklave sucht einen Nachfolger auf dem Stuhl Petri. Ein Kardinal sagt: «Der letzte war nicht sehr erfolgreich, wir müssen einen wählen, der einen neuen Kurs fährt.» Ein anderer entgegnet: «Aber von uns hat nie einer einen anderen Kurs gefahren!» Ein dritter Kardinal schlägt vor: «Dann nehmen wir den Professor aus Tübingen, der hat immer einen anderen Kurs gefahren.» Als die Kardinäle anfragen, ob Küng die Wahl annimmt, erhalten sie die Antwort: «Auf keinen Fall, er möchte lieber unfehlbar bleiben.»

Mit Verlaub: Das ist kein Papstwitz, sondern ein Küng-Witz.

Der Witz kursierte schon in den sechziger Jahren im Vatikan. Aber als ein Kardinal ihn Papst Paul VI. erzählte, dachte der, es sei ein Witz über ihn. Er hat nicht gemerkt, dass er gegen mich gerichtet war.

Gerade ist der dritte dicke Band Ihrer Memoiren erschienen. Ich habe mal nachgerechnet: Zusammen mit den beiden anderen Teilen summieren sich Ihre Lebenserinnerungen auf 2096 Seiten. Damit schlagen Sie jeden Papst.

Der hat es vielleicht auch nicht nötig. Ich wollte einerseits Rechenschaft über mein Leben ablegen, das ja nicht einfach abgesehen war wie das eines Papstes. Andererseits wollte ich die offizielle, völlig einseitige Geschichtsschreibung konterkarieren, in der man sogar meinen Namen verschweigt. Insofern haben die Erinnerungen auch eine politische und historische Bedeutung.

In Ihren Memoiren schreiben Sie, dass Sie nicht die geringste Lust verspüren, in irgendeiner Form in Ihr bei allem Glück doch immer wieder leidvolles Leben zurückzukehren. Bereuen Sie etwas?

Nein, ich habe nichts zu widerrufen. Aber an meiner Reinkarnation habe ich kein Interesse. Ich habe dieses Leben einmal gelebt und will es nicht noch einmal tun.

Welches Leben dann?

Das ewige Leben.

Warum soll ich an das ewige Leben glauben?

Das müssen Sie nicht, das ist eine Einladung. In ein Nichts zu fallen, ist für mich jedenfalls nicht befriedigend. Wenn ich denke, dass sich dann alles auflöst und von mir nur noch Bücher übrigbleiben, die unter Umständen noch gelesen werden. Nein, ich möchte wirklich selber weiterleben, aber in einer völlig anderen Form. Ich weiss nicht, in welcher Form das sein wird. Das ist alles völlig unvorstellbar. Ewigkeit meint ja

jenseits von Raum und Zeit, das ist die Botschaft, die wir vom Neuen Testament von Jesus her haben, und daran halte ich fest.

Wem möchten Sie gerne im Jenseits begegnen?

Sehr vielen meiner Lieben, meiner Familie. Aber natürlich auch Menschen, die ich restlos bewundere wie Mozart oder Augustinus.

Da würden schnell die Fetzen fliegen. Schliesslich hat der Kirchenvater Augustinus sehr zu Ihrem Missfallen im 5. Jahrhundert die Erbsünde erfunden.

Im Himmel fliegen keine Fetzen. Ich würde Augustinus erst bewundern und dann ein paar kritische Fragen stellen. Über die Erbsünde, aber auch über seine Einstellung zur Frau.

Sie sind Theologieprofessor und Priester. Als Kirchenkritiker haben Sie sich gegen den Zölibat ausgesprochen. Aber als Priester haben Sie ihn nach den Vorschriften Roms gelebt. Ein Widerspruch?

Ich habe jedenfalls auf Ehe und Familie verzichtet und manchmal unter einer gewissen Einsamkeit gelitten. Aber ich habe es als positiv empfunden, dass ich mich mit grosser Freiheit bewegen konnte. Ich konnte ganze Semester weg sein, bin mehrmals rund um die Welt gereist, einmal ein halbes Jahr lang. Ich glaube, meine Kinder wären nicht sehr gut erzogen worden.

Das Argument führen auch die Befürworter des Zölibats an: Ein Seelsorger könne sich ohne Frau und Kinder besser um die Gemeinde kümmern.

Ich habe immer bejaht, dass Ehelosigkeit in bestimmten Fällen ein Charisma sein kann. Aber es sollte freiwillig sein und zeitlich beschränkt. Bei uns wird immer alles oder nichts verlangt. Das sollte man dringend ändern.

Sie gelten als fleissigster Kritiker Roms, Ihre Fehde mit der Amtskirche währt nun schon über ein halbes Jahrhundert. Ärgert es Sie, dass sich auch nach fünfzig Büchern und über 30 000 Seiten aus Ihrer Feder im Vatikan gar nichts geändert hat?

Das war schon frustrierend, obwohl ich immer wusste, dass es auch im Vatikan Leute gab, die durchaus mit mir dachten. Gerade haben mir einige Kardinäle geschrieben, die von Papst Franziskus in den Kardinalsrat berufen wurden. Kardinal Giuseppe Bertello, der einzige Italiener in dieser Reformkommission, hat mir sogar mitgeteilt, er hätte schon als Junge mein Buch «Christ sein» gelesen.

Und Franziskus hat den vatikanischen Hofstaat als «Lepra» des Papsttums bezeichnet. Das hätten Sie nicht schöner formulieren können.

Das stimmt. Nur mir hätte man das sehr verübelt, wenn ich das gesagt hätte.

An Ihrem Verhältnis zu Rom hätte es auch nicht viel geändert. Dort legte die Inquisitionsbehörde schon 1957 eine Akte über Sie an.

Ja, in der Indexabteilung der verbotenen Bücher. Doch Papst Paul VI. schrieb damals eigenhändig «Procedere con carità» auf die Akte: mit Nachsicht vorgehen.

Seine Nachfolger sahen das anders. 1979 wurde Ihnen auf Veranlassung von Papst Johannes Paul II. und mit Zustimmung des späteren Chefs der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzingers, die kirchliche Lehrbefugnis entzogen. Wissen Sie, wie dick Ihre Akte inzwischen ist?

Ich vermute, die wird mehrere Gestelle brauchen.

Der Bestsellerautor Morris L. West wollte sogar einen Roman über Ihre Fehde mit dem Vatikan schreiben. Eigentlich müssten Sie Johannes Paul II. dankbar sein. Das weltweite Aufsehen um die Aberkennung Ihrer Lehrbefugnis hat Sie erst richtig berühmt gemacht.

Das stimmt nicht, ich war längst durch meine Dissertation «Rechtfertigung. Die Lehre Karl Barths [...]» (1957) berühmt und durch die Schrift «Konzil und Wiedervereinigung» (1960), das einzige weltweit verbreitete Buch, das ein Programm für das Zweite Vatikanische Konzil entwarf. Papst Paul VI. kannte meine theologischen Qualitäten und wollte mich in den Dienst der Kirche nehmen.

Sie haben dem Papst einen Korb gegeben und sich schon früh für die Rolle als Kirchenrebell entschieden. Warum?

Weil ich diesen Weg in das römische System nicht gehen wollte, das ich immer mehr als die «Lepra» der Kirche erkannte. Ich wäre im Widerspruch zu mir selber gewesen, obwohl ich ja eine römische Ausbildung genossen und sieben Jahre am Collegium Germanicum in einem roten Talar studiert hatte. Wäre ich dort geblieben, hätte aus mir ein noch schlimmerer Papst als Benedikt XVI. werden können.

Um Gottes willen, wie das?

Ich war schon sehr konsequent und natürlich auch energischer als er. Da hätte ich wohl zugepackt. Das wäre nicht sehr gut gewesen. Übrigens hat ja auch Papst Franziskus bekannt, dass er als Provinzial der argentinischen Jesuiten oft zu autoritär war und allein entschieden hat, wo er besser um Rat gefragt hätte. Ich habe das sehr geschätzt, dass er sich davon distanziert hat.

Wo waren Sie, als Kardinal Jorge Mario Bergoglio zum Papst gewählt wurde?

Ich habe das hier in Tübingen genau im Fernsehen beobachtet. Ich wollte sehen, wie er sich bewegt, wie er redet und sich gibt. Es war für mich imponierend, zu se-

hen, mit welcher Sicherheit er ohne Purpur und Hermelin auf den Balkon des Petersdoms trat und mit grösster Selbstverständlichkeit «Buona sera» sagte. Diese Selbstsicherheit, die bei dem Mann natürlich religiös begründet ist, hat mir von Anfang an imponiert.

Die Prada-Schuhe und Hermelinmützen von Papst Benedikt XVI. dagegen verspotten Sie in Ihren Erinnerungen als «weibische Kleidung vom Scheitel bis zur Sohle».

Mir ging es nicht nur um Ratzinger persönlich, sondern um die Kurie, bei der dieses Weibische seit langer Zeit üblich war. Das gilt vor allem für seinen Sekretär Georg Gänswein, der sich für die Illustrierten in Gewändern mit lauter Spitze fotografieren liess. Das war alles Spitzenwäsche! Franziskus dagegen tritt als Mann auf, auch in den Kleidern. Man sieht unter dem weissen Talar noch die Hose. Benedikt war sicher überzeugt davon, dass er durch seine Goldmitren und Edelsteine den Leuten Eindruck macht. Aber das funktionierte nur bei manchen. Auf alle anderen hat es abstossend gewirkt, weil es mit Jesus von Nazareth nichts zu tun hat, sondern eher das Gegenteil ausdrückt. Der Kontrast zum Nachfolger ist sehr, sehr gross.

Im Gegensatz zu Johannes Paul II. liest Franziskus offensichtlich auch Bücher von Hans Küng.

Ich habe ihm gerade meine Erinnerungen geschickt mit der Widmung: «Für Papst Franziskus, der der Kirche und auch mir neue Hoffnung geschenkt hat». Wir stehen seit einiger Zeit im Briefwechsel. Ausserdem habe ich ihm den offenen Brief an die Kardinäle geschickt, den ich vor dem Konklave 2005 verfasst habe. Ich habe ihm geschrieben, dass er all meinen Kriterien für einen fortschrittlichen Papst entspricht und es nun einfach darauf ankommt, die Reformtaten, die ich aufgezählt habe, zur angemessenen Zeit zu verwirklichen. Der Papst hat geantwortet, er habe das «mit grosser Aufmerksamkeit» gelesen.

Muss man Kirche bald mit «ü» schreiben, weil so viel Küng drinsteckt?

Auf die Idee ist noch niemand gekommen, nicht einmal ich selber. Ich werde ja immer wieder gefragt, ob ich bald nach Rom reise. Ich habe nicht die Absicht, wenn ich nicht eingeladen werde. Aber mir liegt sehr daran, dass der Papst meine Sicht der Dinge zur Kenntnis nimmt. Dass er meine Schriften mit Aufmerksamkeit gelesen hat, bedeutet mir sehr viel. Und Kardinal Bertello hat mir geschrieben, mein Buch «Ist die Kirche noch zu retten?» helfe ihm zu reflektieren, was an Reformen geschehen solle. Er nimmt es ernst.

Dennoch: In den entscheidenden Fragen, mit denen auch Sie sich die letzten Jahr-

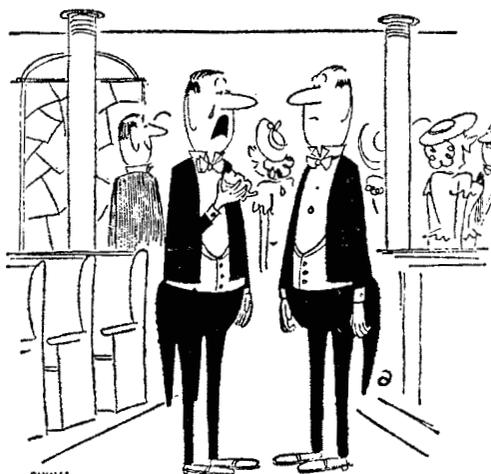
zehnte herumgeschlagen haben – Zölibat, Frauenordination, Verhütung –, gilt Franziskus als streng konservativ. Werden den schönen Worten auch Taten folgen?

Davon bin ich überzeugt. Die ganze Änderung des Stils, der Sprache, der Geistigkeit – das ist keine Äusserlichkeit. Es geht tatsächlich um einen Paradigmenwechsel im Papsttum selber. Dabei ist es gut, wenn der Papst diese Fragen nicht zu früh anpackt, weil er noch einiges dazulernen kann, wenn er offen bleibt. Er lässt die Geschäfte der Vatikanbank und des Vatikanstaats untersuchen, hat seinen Staatssekretär ausgewechselt, eine achtköpfige Reformkommission für die Kurie eingesetzt und eine ausserordentliche Bischofssynode für Familienfragen angekündigt. Es ist gut, wenn die selber die Frage nach dem Zölibat und der Geburtenregelung zur Sprache bringen. Ich habe schon in meinem ersten Brief an den Papst geschrieben, dass ich froh darüber bin, dass er sowohl in Sachfragen als auch in Personalentscheidungen behutsam vorgegangen ist. Er wird das so weitermachen.

Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Ihr alter Intimfeind Joseph Ratzinger durch seinen Rücktritt den radikalsten Paradigmenwechsel im Papsttum vollzogen hat?

Das habe ich auch dankbar anerkannt. Die erste kühne Tat war, mich, seinen ärgsten Kritiker, 2005 in Castel Gandolfo für vier Stunden zu einem Gespräch mit Spaziergang und Abendessen einzuladen. Die zweite kühne Tat war sein Rücktritt, damit hat er der Kirche wirklich geholfen und sich vor allem distanziert von seinem polnischen Vorgänger, der meinte, er müsse sein Leiden für den Fernseher und die ganze Welt offen zelebrieren. Das wollte Benedikt sicher nicht nachahmen.

Sie auch nicht. Gerade haben Sie öffentlich gemacht, dass Sie – wie Johannes Paul II. – an Parkinson leiden. Anders als er aber wollen Sie selbst über Ihren Tod entscheiden und sind Mitglied in einem Sterbehilfeverein in der Schweiz. Eine letzte Provokation



Normalerweise weine ich auf Hochzeiten nicht. Aber heute ist's meine eigene ...

der offiziellen Kirche, die Selbstmord verurteilt?

Nein, mein Sterben möchte ich nicht auch noch für irgendwelche Aktionen gegenüber der Hierarchie instrumentalisiert sehen. Ich habe das für mich entschieden, eigentlich schon 1955 nach dem qualvollen Sterben meines Bruders Georg an einem Hirntumor. Ein halbes Jahr lang Schmerzen und Keuchen, schlimm, schlimm, schlimm. Da habe ich mir gesagt: «So möchte ich nicht sterben.»

Sie haben schon in den neunziger Jahren mit Ihrem Freund Walter Jens ein Buch herausgegeben, in dem Sie die Sterbehilfe befürworten. Als Jens an Demenz erkrankte, haben Sie ihn oft besucht und sein Leiden aus nächster Nähe erlebt.

Er hat öfter gesagt: «Ich möchte sterben», und wenn man ihn gefragt hat: «Wie geht's dir, Walter?», hat er fast immer gesagt: «Schlecht.» Das heisst nicht, dass er ständig gelitten hat. Er hatte eine liebende Frau und eine sehr gute Pflegerin, und er hat sich sehr vergnügt, wenn Kinder um ihn waren oder Tiere. Er ist am Ende einfach in die Kindheit gekommen, und das war einerseits rührend, andererseits auch schrecklich. Er hat sogar die Bibel zitiert: «Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?»

Die Worte Christi am Kreuz ...

Es war doch schlimm, das jahrelang anzusehen. Da habe ich mir erneut gesagt: «Das will ich auf keinen Fall erleben.» Deshalb habe ich sofort, als ich die Diagnose Parkinson und weitere schlimme Diagnosen bekam, meine Angelegenheiten geregelt: Testament, Beitritt zur Sterbehilfeorganisation. Das heisst jetzt nicht, dass ich die Absicht habe, mich gleich zu verabschieden. Aber ich möchte bereit sein, das jederzeit zu tun. Vielleicht finde ich auch noch einen Weg, dass ich es hier in Tübingen machen kann. Ich möchte eigentlich am liebsten hier in meinem Arbeitszimmer sterben. Mein berufliches Wirken seit 1960 war vor allem hier, und ich werde in Tübingen begraben werden.

Sie haben sich schon eine Grabstätte ausgesucht?

Ja, mit Walter und Inge Jens zusammen, da drüben auf dem Stadtfriedhof oben am Hang. Walter sagte, er wolle nicht unten im dunklen Tal begraben sein. Neben seinem Grab habe ich einen Platz reserviert.

Was wird auf Ihrem Grabstein stehen?

Das habe ich noch nicht überlegt. Vermutlich einfach «Professor Hans Küng».

Professor?

Der Titel schon, das ist mein Beruf gewesen und meine Sendung. Ich war zwar kein Prophet, aber ein Professor.

Hans Küng wurde 1929 in Sursee LU geboren. Er war Theologieprofessor an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen. Wegen seiner Kritik an der katholischen Kirche wurde ihm 1979 die Lehrbefugnis entzogen.



**Mit ihren
Hintergrundberichten
steht sie für mich
im Vordergrund.**

Peter Wagner, Pensionär aus Oberwil





Trug, wahrer Schein: Frank Horvats Cover für das Magazin *Harper's Bazaar*, Paris, 1967.

Stil & Kultur

Fang dir den Traum!

Von *Daniele Muscionico*

Das ist der Traumfänger für 2014. Gute Träume werden durch das Gewebe fluren, und alle schlechten bleiben in ihm hängen – und werden am Morgen von der aufgehenden Sonne in gute transformiert. Ein alter Indianerglaube, Aberglaube. Wie der Brauch, uns zum Jahreswechsel Glück zu wünschen. Dieses Bild zu den Wünschen verdanken wir einem Grossen der Fotografie,

Frank Horvat. Frank Horvat? Ein zu Unrecht Vergessener. Nimmermüde und innovativ bis heute, im Alter von 85 Jahren, in Paris. Der jüngste Streich ist sein iPad-App Horvatland.

Horvat ist der Inbegriff des Meisterfotografen, er dominiert als Koloss die Geschichte der modernen Fotografie. Er war Magnum-Mitglied, Fotojournalist und schaffte es gleichzeitig, dass in den fünfziger Jahren und bis in die frühen sechziger keines der bedeutenden Modemagazine zwischen Paris, London, New York auf ihn verzichten wollte. Nicht auf den Blick von Horvat und nicht auf sein Talent, Wirklichkeit in Unwirklichkeit zu verwandeln. Träume zu

säen, Träume junger Mädchenblüten. Das Geheimnis des Zeigens, indem man es verhüllt. Echter Trug, wahrer Schein.

Was träumt wohl das Wesen hier? Von einem besseren Es-war-einmal? Von einem helleren Morgen-wird-alles-anders? Es gibt Menschen, die brauchen keinen Jahreswechsel, um zu wissen, dass Wunsch und Wirklichkeit ein und dasselbe Märchen sind.

Frank Horvat mag so ein Mensch sein. Die- ser Letzte der Letzten, der alle Grossen seines Faches gekannt und überlebt hat. Geboren Anfang des letzten Jahrhunderts im heutigen Kroatien, Kind jüdischer Eltern. Als er elf Jahre alt war, floh die Familie in die Schweiz. Die letzten der Glücklichen, der

wenigen, die dieses Land womöglich vor der Ermordung gerettet hat.

Auch das gilt es zu bedenken, wenn man in Horvats Traumfänger blickt und sich fragt, ob uns im neuen Jahr das Glück findet. Oder ob es nicht an uns wäre, ihm entgegenzu- gehen. Horvat meint, dass die Kunst der Fo- tografie heute darin bestehe, *nicht* auf den Auslöser zu drücken. Sondern zu warten. In diesem Sinne: ein glückliches neues Jahr!

Ausstellung «Fashion»: Galerie Hiltawsky, Berlin, ab 14. Januar. www.horvatland.com

Belletristik

- 1 **Dan Brown:** *Inferno (Bastei Lübbe)*
- 2 **Jonas Jonasson:** *Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg ... (Carl's Books)*
- 3 **Jonas Jonasson:** *Die Analphabetin, die rechnen konnte (Carl's Books)*
- 4 **Joël Dicker:** *Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert (Piper)*
- 5 **Khaled Hosseini:** *Traumsammler (S. Fischer)*
- 6 **Martin Suter:** *Allmen und die Dahlien (Diogenes)*
- 7 **Alex Capus:** *Der Fälscher, die Spionin und der Bombenbauer (Hanser)*
- 8 **Franz Hohler:** *Gleis 4 (Luchterhand)*
- 9 **Jussi Adler-Olsen:** *Erwartung (DTV)*
- 10 **Jean-Luc Bannalec:** *Bretonische Brandung (Kiepenheuer & Witsch)*

Sachbücher

- 1 **Guinness World Records:** 2014 (*Bibliographisches Institut*)
- 2 **Jacky Gehring:** *Body Reset – Das Kochbuch (Weltbild)*
- 3 **Michelle Halbheer:** *Platzspitzbaby (Wörtersch)*
- 4 **Rolf Dobelli:** *Die Kunst des klaren Denkens (Hanser)*
- 5 **Jacky Gehring:** *Body Reset – Das Erfolgsprogramm (Weltbild)*
- 6 **Bronnie Ware:** *5 Dinge, die Sterbende ... (Arkana)*
- 7 **Rolf Dobelli:** *Die Kunst des klugen Handelns (Hanser)*
- 8 **Mark Lauren; Joshua Clark:** *Fit ohne Geräte (Riva)*
- 9 **Eben Alexander:** *Blick in die Ewigkeit (Ansata)*
- 10 **Wilfried Meichtry:** *Mani Matter (Nagel & Kimche)*

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Topverdiener

Da loben wir uns die Österreicher. Die Löhne von Theater- und Museumsdirektoren sind in unserem Nachbarland weitgehend transparent. In der Schweiz kannte man dank der Provisionsregelung nur den ungefähren Lohn des früheren Direktors des Zürcher Opernhauses Alexander Pereira (über eine Million Franken). Die Rangliste der Topverdiener in Österreich zeigt: Pereira steht als Intendant der Salzburger Festspiele auch dort auf Rang 1 mit 304 000 Euro. Burgtheater-Intendant Matthias Hartmann verdiente 220 900 Euro, was in etwa seinem früheren Lohn am Zürcher Schauspielhaus entsprechen dürfte. Oder doch nicht? Die hiesige Geheimhaltung von Kaderlöhnen in den hochsubventionierten Kulturbetrieben ist nicht nur demokratiepolitisch fragwürdig, sondern auch suspekt. (rb)

Eine Frage der Ehre

Es gibt kaum eine grössere Schmach, als die eigene Niederlage einzugestehen. Ein neues Buch widmet sich der Psychologie der Kapitulation – von der Antike bis zum Drohnenkrieg. Von Dagmar Just

Am Ende des Hollywood-Klassikers «Casablanca» erschießt der Amerikaner Rick Blaine den deutschen Wehrmachtsoffizier Strasser. Der französische Polizeichef Renault beschliesst daraufhin, den Mord zu vertuschen, und befiehlt: «Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen», was Rick mit dem genauso legendären Spruch quittiert: «Ich glaube, das ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft!»

Die smarte Kapitulation des korrupten Franzosen vor dem hochmoralischen *American tough boy* ist grosses Kino und zugleich handfeste politische Propaganda. Denn kurz nach der New Yorker Premiere des Films findet im Januar 1943 im gleichen Casablanca ein Treffen des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt mit dem britischen Premierminister Winston Churchill statt, und ganz oben auf der Agenda steht die Versöhnung der zwei konkurrierenden französischen Generäle de Gaulle und Giraud.

Thomas Manns «halbe Million»

Noch berühmter wird das Treffen allerdings durch die Pressekonferenz, bei der Roosevelt eine Formel präsentiert, die keiner auf dem Schirm hat: «unconditional surrender». Bedingungslose Kapitulationen existieren bis dahin nur für militärische Einheiten und Festungen. Sie einem ganzen Staat anzubieten, ist ein Novum. Wie soll das aussehen?

Der britische Journalist Robert Vansittart plädiert für die vergeltungsweise Tötung von mehreren Millionen Deutschen. Thomas Mann beschränkt sich auf «eine halbe Million» (Bertolt Brecht, «Arbeitsjournal», 9.8.43). Stalin will 50 000 bis 100 000 deutsche Offiziere erschiessen. Hemingway ist wie Roosevelt für kollektives Kastrieren, während der amerikanische Fi-

nanzminister Henry Morgenthau plant, die Industrie zu demontieren. Und dann ist da auch noch die Karthago-Option: Versklavung der Bevölkerung und Verwüstung des Territoriums. Doch Churchill dämpft die Erwartungen: Die Formel meine nur das Recht der Alliierten, im Moment der deutschen Kapitulation ohne Rücksicht auf Pakte oder Abkommen mit ihnen zu verfahren. Das ist die Sprache des Diplomaten.

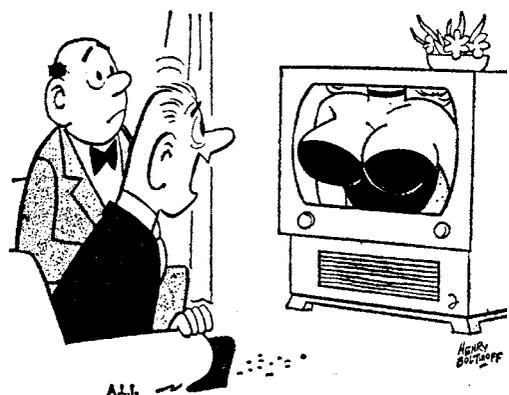
Wahre Helden

In der Sprache der Schlachtfelder ist Kapitulation ein Tabu. Seit der in Homers «Ilias» beschriebenen Eroberung von Troja gilt sie als Feigheit vorm Feind, die drakonisch bestraft wird. «Kommt mit dem Schild oder auf ihm zurück, aber nicht ohne!» – mahnen die Mütter im antiken Sparta ihre Söhne. «Pardon wird nicht gegeben!» – lautet im Mittelalter die Parole der Schweizer Söldner. «Wenn Ihr auf 200 Meter an den Feind herankommt und er kapitulieren will – [...] stecht ihn zwischen die dritte und vierte Rippe! [...] Der Bastard muss sterben!» – befiehlt US-General Patton im Juli 43 seinen Truppen vor der Landung auf Sizilien. Und von der Gegenseite schallt es zurück: «Ein Wort habe ich nie kennengelernt: Kapitulation» (Adolf Hitler).

Die Vernunft sagt zwar, dass «ab einem bestimmten Punkt das Weiterkämpfen sinnlos wird und zu einer Art von rituell verbrämtem Selbstmord» (Carl v. Clausewitz). Trotzdem ist Kapitulation keine normale Option. Wer den Kampf aufgibt oder den Gegner schont, gilt als Schwächling. Weshalb wahre Helden nie kapitulieren oder umgekehrt alle grossen Kapitulationsverweigerer früher oder später als Helden in die Geschichte eingehen. Angefangen beim berühmten König Leonidas, der 480 v. Z. mit seinen 300 Spartanern die Thermopylen bis zum bitteren Ende gegen die persische Übermacht verteidigt: «Wanderer, melde es Spartas Bürgern – erschlagen liegen wir hier, noch im Tod ihrem Gebote treu.» Durch diesen von Cicero erfundenen Spruch ist der König unsterblich.

Am 8. Dezember 1914 ruft Fregattenkapitän Haun die Besatzung seines vor den Falklandinseln durch die englische Flotte manövrierunfähig geschossenen Kreuzers «SMS Leipzig» zum Kaiserhoch und Absingen der Nationalhymne an Deck. Danach zündet er sich eine Zigarre an und geht mit seinem Schiff unter.

«Als ich 1944 auf den Philippinen ankam, lief der Krieg für Japan schlecht, und das Wort *ichioku gyokusai* – hundert Millionen Seelen sterben für die Ehre – war auf jedermanns Lip-



Was soll das heissen, dein Apparat ist nicht in Ordnung? Ich finde, du kriegst ein tolles Bild ...



«Unconditional surrender»: Roosevelt, Churchill, im Januar 1943 in Casablanca.

pen», erklärt Unterleutnant Onodo Hiro im März 1974: «Ich nahm das wörtlich. Ich glaubte wirklich, dass Japan nicht aufgeben würde, solange noch ein Japaner am Leben war.» Also kämpft er mit seiner Truppe allein weiter im Urwald und kapituliert erst dreissig Jahre nach dem Kaiser als letzter Japaner. Dafür wird er als Held gefeiert.

Andere Kapitulanten haben da weniger Glück. Entweder werden sie durch den Sieger versklavt, verstümmelt oder getötet. Und kehren sie zufällig doch zurück, stellen die eignen Leute sie vors Kriegsgericht. «Ich bin kein weichherziger Mensch und hätte Tausende

von Leben geopfert, wenn es Russland genutzt hätte [...]. Aber unter den Umständen, in denen wir uns am 15. Mai 1905 befanden, hatte ich kein Recht, 2000 junge Menschen nutzlos hinzuopfern. Das Gesetz gestattet, das Leben zu schonen, wenn alle Mittel erschöpft sind. Darum entschloss ich mich zur Kapitulation.» Die Übergabe des russischen Geschwaders durch Konteradmiral Nebogatow in der Seeschlacht von Tsushima gilt als eine der spektakulärsten Kapitulationen des 20. Jahrhunderts. Nach seiner Entlassung aus japanischer Kriegsgefangenschaft wird er erwartungsgemäss durch das Kriegsgericht in Kronstadt

zum Tod durch Erschiessen verurteilt, später abgemildert zu mehrjähriger Festungshaft.

Erstaunlicherweise sind nicht die zivilisierten Zeiten, sondern das Spätmittelalter in puncto Flucht und Kapitulation humanitär. Nur in der Ritterzeit gilt Flucht als schimpflich, aber gebräuchlich. Und nur da wird für Kapitulanten ein sozial abgestuftes Lösegeld gezahlt. Davor und danach ist Kapitulieren ein zweischneidiges Schwert: erlaubt, aber lebensgefährlich. Ein unlösbares Dilemma, in dem allein «von 1941 bis 1943 täglich 2000 deutsche Soldaten sterben, im Herbst 1944 sind es sogar 5000». Amerikanische Militärsoziologen führen den massenhaften Entscheid, lieber den fast sicheren Tod im Krieg als das ungewisse Schicksal nach der Kapitulation zu wählen, vor allem auch auf die *good boy orientation* zurück: die Furcht, aus der Reihe zu tanzen und allein am Pranger zu stehen.

Zeit für ein neues Mittelalter

Wie der im britischen Leeds lehrende Militärhistoriker Holger Afflerbach in seinem Buch «Die Kunst der Niederlage» zeigt, wirkt diese Orientierung offenbar auch in den modernen Kriegen weiter. Einerseits hiess es im amerikanischen «Code of Conduct for the Armed Services», den jeder GI auswendig lernen und bei sich tragen musste: «Ich werde niemals aus freien Stücken kapitulieren.» Andererseits findet sich auch heute «das alte Phänomen einer radikalen Abnahme der Bereitschaft, das Leben des Gegners zu schonen», wieder. Zitat von einer Postkarte, die der britische Soldat Tom Smith am 31. Januar 1991 aus dem zweiten Golfkrieg schrieb: «Wir hörten in den Nachrichten [...], dass die irakischen Bastarde vorgaben, sich ergeben zu wollen [...]. Wenn ich einen [...] vor die Flinte kriege, feuere ich erst und frage später.»

Zweites Beispiel: Drohnenkrieg. Piloten steuern von einem Kontrollraum aus unbemannte Flugkörper per Joystick und Monitor, die Menschen in Tausenden von Kilometern Entfernung töten. Mit Blick auf den Ehrbegriff der Armee sagt der berühmte Militärhistoriker Martin van Creveld: «[...] den Tod zufügen, ohne ihn selbst fürchten zu müssen, ist Sache des Henkers und nicht des Soldaten.» Dazu zeigen «mitgeschnittene Funksprüche, wie amerikanische Soldaten Zivilisten mit Raketen jagen und das höhnisch kommentieren». Wo könnten die kapitulieren? Im Spätmittelalter gehörte es zur Ritterlehre, «Nichtkombattanten zu schonen, Gefangene ritterlich zu behandeln, die Kampfhandlungen an kirchlichen Feiertagen einzustellen und für einen Menschen, den man getötet hatte, ein Jahr lang Busse zu tun». Zeit für ein neues Mittelalter in den Kommandozentralen und auf den Schlachtfeldern!

Holger Afflerbach: Die Kunst der Niederlage. Eine Geschichte der Kapitulation. C. H. Beck, 2013. 320 S., Fr. 21.90

Top 10 des Jahres 2013

Knorr's Liste

1	Django Unchained Regie: Quentin Tarantino	★★★★★
2	Zero Dark Thirty Regie: Kathryn Bigelow	★★★★★
3	The Master Regie: Paul Thomas Anderson	★★★★★
4	Blue Jasmine Regie: Woody Allen	★★★★★
5	Gravity Regie: Alfonso Cuarón	★★★★★
6	Le passé Regie: Asghar Farhadi	★★★★★
7	Prisoners Regie: Denis Villeneuve	★★★★★
8	Captain Philips Regie: Paul Greengrass	★★★★★
9	The Bling Ring Regie: Sofia Coppola	★★★★☆
10	Liberace Regie: Steven Soderbergh	★★★★☆

Kinozuschauer

1	Despicable Me 2 Regie: Pierre Coffin / Chris Renaud	402 840
2	Django Unchained Regie: Quentin Tarantino	368 003
3	Fast & Furious 6 Regie: Justin Lin	343 137
4	Hangover 3 Regie: Todd Phillips	332 142
5	Hunger Games: Catching Fire Regie: Francis Lawrence	275 901
6	The Croods Regie: Kirk De Micco	266 095
7	Iron Man 3 Regie: Shane Black	241 994
8	The Great Gatsby Regie: Baz Luhrmann	223 438
9	The Hobbit: Desolation of Smaug Regie: Peter Jackson	222 695
10	We're the Millers Regie: Rawson Marshall Thurber	189 513

Quelle: Pro Cinema; Zuschauerzahlen der Deutschschweiz

DVD-Verkäufe

1	Skyfall (Fox)
2	Der Hobbit (Warner)
3	Django Unchained (Sony)
4	The Expendables 2 (Impuls)
5	Fast & Furious 6 (Universal)
6	Madagascar 3 (Rainbow)
7	Twilight: Breaking Dawn 2 (Ascot Elite)
8	Intouchables (TBA)
9	Ich – Einfach unverbesserlich 2 (Univer.)
10	Life of Pi (Fox)

Quelle: Media Control



Traumtänzer und Hansdampf: Walter Mitty (Ben Stiller).

Kino

Charmanter Linksfüssler

Die Neuverfilmung des US-Klassikers «The Secret Life of Walter Mitty» von und mit Ben Stiller überrascht mit erstaunlichen Qualitäten. Von Wolfram Knorr

Er schafft und schafft, aber schafft es nicht. Weder gegen die Spötteleien seines schnöseligen Chefs kann er sich wehren noch mit Frauen oder gar Kollegen locker parlieren. Was immer er versucht, er reisst die Latte und flüchtet sich lieber in Tagträume. Da gelingt ihm alles; aus einem brennenden Haus ein Schosshündchen zu retten oder als Comic-Held durch New York zu brettern. Seit vielen Jahren arbeitet Fotoarchivar Walter Mitty (Ben Stiller) im Basement des renommierten *Life*-Magazins. Ausgerechnet mit der Einstellung der legendären Zeitschrift und den Entlassungen gerät Mitty in den Fokus der Aufmerksamkeit: Das Negativ eines Bildes vom grossen Fotografen Sean O'Connell (Sean Penn), das auf den Titel der letzten Ausgabe soll, hat Mitty verloren. Der Archivar ohne Eigenschaften wagt sich aus seinem mentalen Schneckenhaus und stürzt sich, auf der Suche nach O'Connell, ins reale Abenteuer – und da glückt ihm auf einmal eine Menge.

1939 veröffentlichte der US-Humorist James Thurber die Short-Story «The Secret Life of Walter Mitty», die später mit Danny Kaye verfilmt wurde. Thurbers Tagträumer-Held ist eine humoristische Variante jener Durchschnittsamerikaner à la Sinclair Lewis' Babbit und Arthur Millers Willy Loman («Tod eines Handlungsreisenden»), die zwischen

Banausentum und Traumverlorenheit lavieren. Anfang der neunziger Jahre begann Hollywood an einer Neuverfilmung herumzubasteln, woraus ein nicht enden wollender Prozess wurde. Mal war Jim Carrey als lebensfremder Schussel im Gespräch, dann Mike Myers, Will Ferrell und so weiter. Mit den Regisseuren war es nicht anders. Mal erwog man Steven Spielberg, dann Gore Verbinski et cetera. Diesen Unschlüssigkeitsquerelen machte Ben Stiller ein Ende und stemmte (fast) alles in Personalunion: Hauptrolle, Regie, Co-Produzent. Nur das Drehbuch stammt von Steve Conrad.

Und Stiller, mit einer Neigung zum Klammuk («Meet the Parents»), verzichtete auf Jux und Tollerei à la Danny Kaye und rückte den Helden wieder nahe an Thurbers Vorstellung. Denn bei ihm ist er eine charmante Mischung aus Traumtänzer, Linksfüssler und Hansdampf, zwischen Anpassung und Freiheit schillernd. Der eigentliche Star allerdings ist Kameramann Stuart Dryburgh («The Piano»), der Mittys Odyssee, seine Suche nach dem legendären Fotografen O'Connell, derart suggestiv und schwelgerisch einfängt, dass man glauben könnte, sich nicht im Kino, sondern mit Mitty in jenen Ländern zu befinden, die er auf seiner Selbstfindungs-Odyssee besucht, wie Island und Grönland. Als würde die

Kamera das Firmament aufreissen, um mit den archaischen Landschaften auf der Leinwand direkt in Mittys (und unser aller) Freiheitsträume zu dringen. ★★★★★

Weitere Premieren

In the Name of — Adam (Andrzej Chyra), ein junger Landpfarrer, ist Leiter einer Besserungsanstalt für schwere Jungs und homosexuell. In schwüler Sommerhitze, zwischen latenten Bespitzelungen und schwelenden Verdächtigungen, kämpft er gegen seine Neigung und jugendliche Verführungen an. Die katholische Landregion als Höllendidylle und Gruselprovinz fängt die polnische Regisseurin Malgorzata Szumowska mit unterschwelliger Spannung und hoher Subtilität ein. Die schwelenden Bedrohlichkeiten werden raffiniert in der Schwebe gehalten. ★★★★★

Der Medicus — Nach Noah Gordons Weltbestseller über einen Jungen, der im Mittelalter von einem Quacksalberhelfer in London zu einem Arzt aufsteigt. Das Handwerk erlernt er im Morgenland bei Ibn Sina, den Ben Kingsley verkörpert, als habe sich Gandhi ins märchenhafte Persien verirrt. Philipp Stölzl («Nordwand») macht ein Karl-May-Abenteuer daraus. Man ertappt sich dabei, auf Hadschi Halef Omars und Kara Ben Nemsis Auftritte zu warten. ★★☆☆☆



Man wartet auf Kara Ben Nemsis: «Der Medicus».

Fragen Sie Knorr



Warum neigen alle Filmkritiker, vor allem auch Sie, dazu, vom zu besprechenden Film eine nahezu komplette Inhaltsangabe zu liefern? Als grossem Woody-Allen-Fan haben Sie mir jede Vorfreude für «Blue Jasmine» genommen. Wollen Kritiker mit ihrem Wissensvorsprung demonstrieren, dass sie gut aufgepasst haben?

K. E., Merzhausen

Weder noch. Inhaltsangaben dienen der Info, damit der geneigte Leser weiss, worauf er sich

Buddy — Lange hat Deutschlands Erfolgskomiker Michael «Bully» Herbig («Der Schuh des Manitu») keinen Film mehr gedreht und überrascht mit einer Romanze. Romantic-Klassiker wie Frank Capras «It's a Wonderful Life» (1946) standen Pate. Eddie (Alexander Fehling), Limonaden-Erbe und Bruder Leichtfuss, der seine Firma zu verschleiern be-



Handwerklich perfekt: Schutzengel (M. Herbig, r.).

ginnt, erscheint ein Schutzengel (Michael Herbig), der ihm seinen Lebenswandel auszutreiben und ihn vor allem in die Arme einer süssen Witwe (Mina Tander) zu lenken versucht. Handwerklich perfekt. Herbig will zu viel und überlädt die Story auf Kosten der Emotionen. ★★☆☆☆

Die Frau, die sich traut — Eine Olympiaschwimmerin aus der Ex-DDR erhält die Diagnose Krebs, verheimlicht die Krankheit ihrer Familie gegenüber und will noch einmal Grosses leisten: den Ärmelkanal bezwingen. Steffi Kühnert als Schwimmerin ist beeindruckend, der Rest des Ensembles und das Lokalkolorit sind es auch. Nur herrscht in «Die Frau, die sich traut» eine sehr, sehr deutsche Tristesse und kein Hauch von Humor. Die Freudlosigkeit ist natürlich der Heldin geschuldet, aber als Kämpferin, die den Tumor zu ignorieren versucht, könnte die Story lebensnahen «Leichtsinn» vertragen. ★★☆☆☆

einlässt. In einem Suspense-Film wird niemand die Lösung, den Kniff oder die Schlusspointe preisgeben. Woody Allens «Blue Jasmine» ist das Psychogramm, der Prozess eines seelischen Sturzes. Den «anzusprechen», soll animieren. Selbst wenn für manchen Leser die Texte zu ausführlich geraten sollten, können sie doch unmöglich den Besuch des Films ersetzen. Alles andere wäre grauenvoll und erinnert an *Reader's Digest*, jenes Magazin, das das Buch ersetzt.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

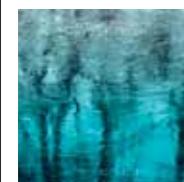
Jazz

Ein Spiegel im Mittelalter

Von Peter Rüedi

Die Definitionen des Jazz füllen Bibliotheken. Alle bleiben im Ungefähren stecken. Das Wort ist eine Hülse, in der Unterschiedlichstes Platz hat. Um den Allgemeinplätzen einen weiteren anzufügen: Jazz, könnte man sagen, ist eine Art, die Welt zu hören – oder doch wenigstens die Musik. Musiken aus Geschichte und Gegenwart. Samuel Blaser, 1981 in La Chaux-de-Fonds geboren, am dortigen Konservatorium ausgebildet, zeitweise wohnhaft in New York und gegenwärtig in Berlin, ist ein bestürzend sprachmächtiger Posaunist, ein Meister aller Facetten seines Instruments zwischen Poesie und Power. Und er ist einer, der sich gern in fernen Musiken spiegelt. Eine seiner Gruppen nennt er Consort in Motion. Mit dem Pianisten Russ Lossing, dem Bassisten Thomas Morgan und dem verstorbenen grossen Drummer Paul Motian war dieser Spiegel auf einer ersten CD Musik zwischen Renaissance und Barock (Monteverdi, Frescobaldi).

Jetzt greift er weiter zurück, in den Herbst des Mittelalters, und errichtet einen «Mirror to Machaut», sucht den Anklang in der Musik des Guillaume de Machaut (1300–1377) und in der des Guillaume Dufay (1397–1474). Das Resultat ist nicht etwa eine musikwissenschaftliche Bastelei, sondern die Verwandlung entlegener grosser Vorlagen in hinreissenden, zeitlos-zeitgemässen Jazz (in den stupenden Arrangements ebenso wie in den improvisierten Passagen). Auf höchstem Niveau: neben Blasers singender, schmetternder, gelegentlich gedämpft fistelnder Posaune der Belgier Joachim Badenhorst an Tenor, Klarinette, vor allem aber an der Bassklarinette (mit der Posaune eine *marriage made in heaven*); der Raumkünstler und Ruinenbaumeister Russ Lossing an Piano, Rhodes und Wurlitzer (gelegentlich kommt eine Miles-«In a Silent Way»-Stimmung auf). Drew Gress ist am warm singenden Kontrabass und, vielseitig und sensibel wie der schmerzlich vermisste Motian, Gerry Hemingway am Schlagzeug. Eine Weltklasse-Combo. Gelegentlich thematisiert sie den mittelalterlichen Ausgangspunkt nah am Original. Meist aber setzt sie die alte Musik als pure Energie in anderem Kontext frei.



Samuel Blaser: Consort in Motion: A Mirror to Machaut. Songlines SGL 1604-2

Gelungener Schachzug

Wie der Zürcher Aviel Cahn die «Rosenkavalier»-Premiere an der Oper in Antwerpen zum Weltereignis machte. *Von Hildegard Schwaninger*



Verschleiert seine Ambitionen nicht: Vlaamse-Opera-Intendant Aviel Cahn.

Wenn einer es versteht, sich und seine Anliegen zu vermarkten, dann ist es **Aviel Cahn**. Der aus Zürich stammende Opernintendant hat es geschafft, den Ruhm der Vlaamse Opera in Antwerpen, die er seit fünf Jahren leitet, in die Welt hinauszutragen. Sogar **Steven Spielberg** ist sie ein Begriff. Fast wäre dieser zur Premiere von **Christoph Waltz** gekommen, der in Antwerpen erstmals eine Oper inszenierte. Spielberg kam dann doch nicht, aber die Presse aus der halben Welt wurde mobilisiert, um zu schauen, was der zweifache Oscar-Preisträger Waltz aus dem «Rosenkavalier» macht. Arte, ORF, die FAZ, Kritiker aus Paris und Wien, das Medieninteresse war riesig, das des Publikums auch.

Aviel Cahn erhöhte kurzerhand die Premierenpreise von 116 auf 160 Euro. Es klappte, das Auditorium war voll. **José Manuel Barroso**, Präsident der Europäischen Kommission, hatte sich angesagt, war aber im letzten Moment verhindert. Dafür waren anwesend: Modeschöpfer **Dries Van Noten**, **Uwe Eric Laufenberg**, Regisseur und gefeuerter Skandal-Intendant aus Köln, **Kasper Holten**, Regisseur und künstlerischer Direktor der Covent-Garden-Oper in London, Regisseur **Gert Heinz**, der einmal Schauspielhaus-Direktor in Zürich war; 1981 bis 1983 war Christoph Waltz in Zürich engagiert, wohnte an der Neptunstrasse und spielte den jungen Mozart in «Amadeus» von **Peter Shaf-**

fer. Aus London war **Leon Waltz** angereist, der Sohn von Christoph Waltz, aus Zürich **Martin Waltz**, sein Bruder, mit der Finanzjournalistin **Fleur Platow**. Die junge Zürcherin **Victoria Pfortmüller** war Regieassistentin, sie darf die Produktion im Covent Garden wieder einrichten, wo sie 2016 – mit **Renée Fleming** als Marschallin – gezeigt wird. Die Marschallin in Antwerpen war mit der Schwedin **Maria Bengtsson** etwas gar jung besetzt, dafür sah sie wunderschön aus, wie die junge **Catherine Deneuve**. Der Komponist **Christian Jost** war an der Pre-



Wunderschön: Maria Bengtsson als Marschallin.

miere, er ist verheiratet mit **Stella Doufexis**, die den Octavian sang. Jost hat für **Andreas Homoki** in Berlin eine Auftragsoper geschrieben, «Hamlet», das Werk wurde 2009 von der Zeit-

schrift *Opernwelt* zur «Uraufführung des Jahres» gewählt. Zürich darf gespannt sein: Zurzeit arbeitet Jost an einem Auftragswerk für das Opernhaus Zürich. Premiere: März 2015. **Plácido Domingo**, Direktor der Oper Los Angeles, schickte Waltz zur Premiere Champagner und spanischen Rotwein mit einem *Toi, toi, toi*.

Die Idee, mit Waltz die Welt auf die Vlaamse Opera aufmerksam zu machen, ist wieder ein gelungener Schachzug von Aviel Cahn. Der Sohn des Zürcher Kulturjournalisten **Roger Cahn** ist ein Mann mit klaren Zielen. Er wurde 1974 geboren, hat in Jus doktriniert. Schon mit sechs Jahren, als er «Aida» im Hallenstadion hörte, beschloss er, Operndirektor zu werden. Er arbeitete in Peking, war Operndirektor in Helsinki, dann in Bern. Aviel Cahn ist fokussiert und authentisch, nicht der Typ, der verschämt seine Ambitionen verschleiert. Auf die Frage, ob er eines Tages Intendant der Oper Zürich werden möchte, sagt er nicht nein.

Waltz darf seine «Rosenkavalier»-Inszenierung als Erfolg verbuchen. Er war mit seiner Frau, Kostümbildnerin **Judith Holste**, und der gemeinsamen Tochter in Antwerpen. Am Morgen nach der Premiere nahm er das erste Flugzeug nach Los Angeles. Zwei neue Filme sind im Tun.

Alte Liebe rostet nicht. So soll **Nello Santi**, vor dem **Alexander Pereira** im Opernhaus Zürich schon mal einen Kniefall machte,



Von Pereira umworben: Nello Santi.

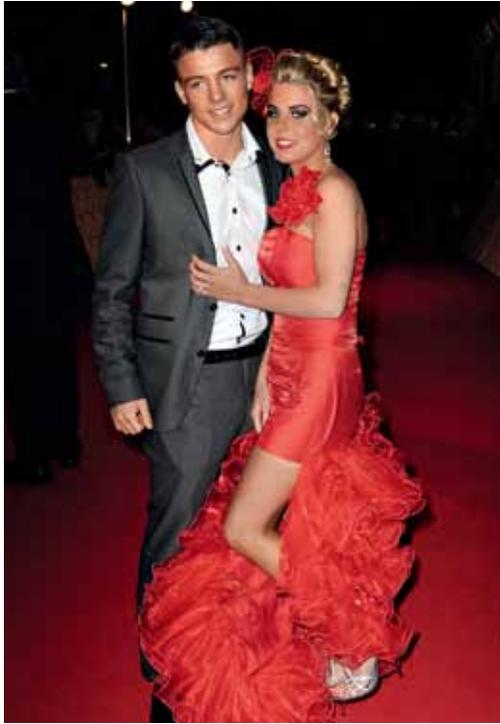
diesen Sommer an den Salzburger Festspielen «La Favorite» dirigieren. Santis Sohn **Aldo Santi**, der als Opernagent auch die Interessen des Vaters vertritt, sagt zwar: «Noch ist nichts sicher», aber von Pereira weiss man, dass mancher Künstler seinen Namen im Programmheft findet, noch bevor der Vertrag unterschrieben ist. Meist hat Optimist Pereira Glück, und es klappt. Den Italianità-Spezialisten Santi hat man an den Salzburger Festspielen zuletzt 1960 gesehen. Er dirigierte «Don Carlo». Damals war Herbert von Karajan allein herrschender Chef.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Grösser als das Leben

Die Fahrenden Cheyenne Pidgley, 17, und John McFadyen, 19, haben vor einem Jahr geheiratet. Zur Verlobung gab es einen Wohnwagen, der den Einrichtungsstandard in der Gemeinschaft neu definierte.



«Anlocken»: Ehepaar McFadyen-Pidgley.

Cheyenne: Die Hochzeit ist bei uns das wichtigste Ereignis im Leben. Die Kleider sind bombastisch. Meines war mit Tausenden von Swarovski-Steinen bestickt – zwei Mädchen mussten mir helfen, wenn ich mich setzen wollte –, die Torte war meterhoch und blinkte, die Bouquets konnte man nur gigantisch nennen. Man kann in irgendeinem Loch feiern, das ist egal: Hauptsache, das eigene Styling stimmt und es gibt eine weisse Stretchlimousine. An ein Budget müssen sich die Frauen nicht halten, das ist gegen oben offen, denn unsere Väter sparen oft ein Leben lang für die Hochzeit ihrer Töchter.

John: Manche sagen, die Kultur der irischen Fahrenden sei eine Machokultur: Sie haben recht. Wenn der Mann bei uns etwas sagt, hat es Bedeutung, und als Familienoberhaupt verfügt er über die Entscheidungsgewalt. Zuerst ist es der Vater, danach der Ehemann, der diese Rolle zu erfüllen hat. Wir Jungs wollen keine Weicheier sein. Wir boxen, reiten, messen unsere körperlichen Kräfte und ernähren unsere Familien. Die Frauen behandeln wir gut, würde ich sagen. Scheidungen sind in unserer Kultur auf jeden Fall praktisch inexistent.

Cheyenne: Ich heiratete mit sechzehn, John war drei Jahre älter. Wir lernten uns zwei Jahre

zuvor bei einer Hochzeit kennen, und wie es bei uns üblich ist, zeigte John sein ernsthaftes Interesse an mir, indem er mich ohne Ankündigung hinter einen Parkplatz zerrte, mich gegen den Zaun drängte und mich zu küssen versuchte. Von da an waren wir uns quasi versprochen. Männer dürfen vor der Hochzeit andere Frauen haben, aber obwohl wir Mädchen extrem viel Wert auf unser Äusseres legen und mit freizügiger Kleidung nicht sparen, dient dieses Schmücken und Zeigen nur dazu, einen Ehemann anzulocken, will heissen: Wir müssen jungfräulich in die Ehe gehen.

John: Cheyenne ist eine Schönheit, dazu kommt, dass sie aus einer Familie stammt, die auch meinen Eltern passt. Als Verlobungsgeschenk kaufte ich ihr einen riesigen Wohnwagen, der mit edlen Ledersofas, Plexiglas-Lampen, einer Waschmaschine und einem Flachbildschirm ausgestattet ist. Für die Reinlichkeit des Zuhauses sind die Ehefrauen zuständig. Sie kümmern sich um das Putzen und das Kochen sowie das Aufziehen der Kinder. Sie sind auch exzessiv mit ihrem Aussehen beschäftigt. Frauen, die jeden Tag drei Stunden lang Nägel und Haare pflegen, sind bei uns keine Seltenheit. Im Gegenzug käme es mir nie in den Sinn, Windeln zu wechseln.

Cheyenne: Weil wir bei der britischen Channel-4-Serie «Big Fat Gypsy Wedding» mitgemacht hatten, wurden wir über Nacht berühmt und hatten über vier Millionen Zuschauer am grossen Tag. So kam allerdings auch ans Tageslicht, dass viele irische Zigeuner noch in der Hochzeitsnacht die Familienplanung angehen. Ich wurde sofort schwanger, unsere Tochter Berry-Marie ist nun ein paar Monate alt und bereits eine richtige Prinzessin. Sie besitzt Tonnen von pinkfarbenen Babysachen und ein paar echte Brillant-Ohringe. Sobald Berry-Marie, unser Sonnenschein, dreizehn wird – dann werde ich erst 29 Jahre alt sein –, darf sie ins Solarium gehen, sich sexy kleiden und sich so stark schminken, wie sie will. Auch ich verliess die Schule sehr früh und sehe meine Erfüllung darin, meinem Mann eine gute und schöne Ehefrau zu sein. Damit meine Tochter glücklich wird, muss sie eines Tages einfach in meine Fussstapfen treten.

Protokoll: Franziska K. Müller

Prosit Neujahr

Von Andreas Thiel — Schwerer Abschied mit leichten Häppchen.

Pessimist: Liebe Trauergemeinde, schweren Herzens nehmen wir heute Abschied von einem wunderbaren...

Optimist: Hallo! Ist hier die Party?

Pessimist: Dies ist eine Beerdigung.

Optimist: Wird hier nicht die Geburtsstunde des neuen Jahres gefeiert?

Pessimist: Was gibt es da zu feiern?

Optimist: Das neue Jahr erlöst uns vom alten. Wenn das kein Grund zum Feiern ist...

Pessimist: Nein, nein, hier wird nicht gefeiert. Dies ist eine Gedenkveranstaltung. Hier wird das alte Jahr zu Grabe getragen.

Optimist: Was seid ihr denn für Trübsalbläser? Anstatt dem vergangenen Jahr nachzutruern, solltet ihr euch lieber freuen auf das Neue, das da kommt!

Pessimist: Wieso? Die guten Zeiten sind vorbei. Im neuen Jahr geht es nur noch bergab.

Optimist: Gute Zeiten nennt ihr das? Ein schlechtes Jahr war das, und es ist gut, dass es nun zu Ende ist. Es kann nur noch besser kommen.

Pessimist: Wo ist denn da eine Besserung in Sicht? Die Widmer-Schlumpf wird das Bankgeheimnis gänzlich aushöhlen, der Berset wird mit dem überbordenden Sozialstaat die Marktwirtschaft und damit den Wohlstand weiter zertrümmern, die Leuthard wird den Verkehr und den Strommarkt durch Überregulierung endgültig zum Kollabieren bringen, die Sommaruga wird die Volksrechte weiter schleifen...

Optimist: Mein Gott, was seid ihr bloss für Pessimisten! Das sind doch alles Probleme, die wir im alten Jahr hatten. Aber damit ist jetzt Schluss. Im neuen Jahr wird alles besser!

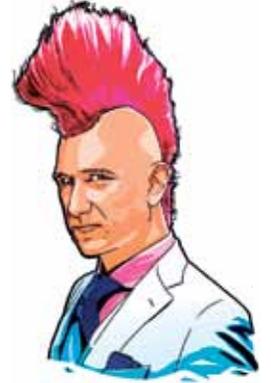
Pessimist: Hahaha, so ein Optimist!

1. Gast: Wird nun das alte Jahr beerdigt, oder feiern wir jetzt bereits das neue?

2. Gast: Keine Ahnung, ich verstecke mich hier vor der Migrationsbehörde.

1. Gast: Und Sie?

3. Gast: Ich bin Muslim, ich habe die Tischbombe gebaut.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Die Frau in Schwarz

Christa de Carouge, die mit ihrem Mönchskutten-Chic jahrelang das Schweizer Modeschaffen prägte, hat Nadel und Schere zur Seite gelegt. Eine Bilanz. Von Jeroen van Rooijen



Würde einer Unbeugsamen: Designerin de Carouge.

Nun ist sie also, nach einem Jahr des Abschiednehmens, wirklich gegangen: Christa de Carouge, 77, die Doyenne der Schweizer Modewelt und so etwas wie die helvetische Hohepriesterin des Anti-Stils. Halt, stopp – was wie ein Nachruf klingt, ist keiner: Christa de Carouge ist am Leben und durchaus bei guter Gesundheit, nur nicht mehr aktiv als Modemacherin tätig. Sie hat es sich nach über 25 aktiven Jahren als Leibschneiderin der Kultur- und Geistes-Avantgarde von Zürich gegönnt, mindestens drei Mal von ihren Fans Abschied zu nehmen. Ein erstes Mal wurde im privaten Kreis das Ende verkündet und begossen, dann folgte der Auftritt als «Grand Old Lady» an der «Mode Suisse» diesen Herbst (wo zu wenige wussten, wer sie war!), und nun, kurz vor Jahresende, feierte Christa de Carouge noch einmal ein letztes Fest in der Mühle Tiefenbrunnen, wo sie ihr Atelier hatte. Jetzt soll also wirklich Schluss sein.

Wer der meist schwarz gewandeten Modemacherin aus dem Zürcher Seefeld nicht gut gesinnt ist, wird fragen: «Nimmt sich Christa de Carouge denn so wichtig, dass es nun allenthalben so klingt, als würde in der Chronologie des Schweizer Modeschaffens ein Kapitel abgeschlossen?» Mit Sicherheit nicht. Eher wird nun ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die Schweizer Mode zeigt sich, nicht nur der erwähnten Talentbühne Mode Suisse wegen, so vital und vielseitig wie lange nicht mehr. Youngsters wie Julian Zigerli oder Huber/Egloff sind meilenweit von der konzeptionellen Bedeutungsschwere einer Christa de Carouge entfernt und könnten international reüssieren. Dennoch seien die Ehrenrunden der geborenen Christa Furrer, die einst von Carouge her an die Limmat kam, von Herzen gegönnt. Denn die gelernte Grafikerin war eine herausragende Figur. Den Stil prägten vielleicht andere, etwa die Japaner Issey Miyake und Yohji Yamamoto, doch in der Schweiz war Christa de Carouge eine Instanz für «Kleider zum darin Wohnen», wie sie es gerne nannte.

«Stil ist auch Verweigerung»

Es ist unerheblich, wie viele Menschen den an fernöstliche Roben erinnernden, oft stoffreichen Kreationen nichts abgewinnen konnten – ihre treuen Fans hatte sie sowieso. Und es muss festgestellt werden: Christa de Carouge hat ihr Ding durchgezogen. Sie hat den launigen Winden des Zeitgeists wie ein Fels getrotzt und in einem Metier, in dem sich viele zum Affen machen, stets die Würde einer Unbeugsamen behalten. Mit genau diesem bewussten Zuwiderhandeln gegen die Mechanismen der Mode hat Christa de Carouge der Nachwelt eine der wichtigsten Lektionen erteilt, was Stil betrifft: Man muss manchmal auch ganz bewusst dagegenhalten. «Stil ist auch Verweigerung», sagte die Modekritikerin Diana Vreeland. Christa de Carouge hat dieses Bonmot gelebt.

Fünf gute Winterstiefel

- 1 Der «Caribou» von Sorel ist der Land Rover unter den Winterstiefeln: nicht subtil und nur bedingt stadtauglich, aber robust und zeitlos. Das zweifarbige Offroad-Monster hat eine Basis, die eher an einen schweren Gummistiefel erinnert, und einen Schaft, der Wildlederstiefeln von Trappern abgekupfert ist. Der Innenschuh aus Filz ist herausnehmbar. Zirka 220 Franken. www.sorel.ch.
- 2 Ludwig Reiter stellt seit Jahren den «Maronibrater» her – er ist das Luxusvehikel unter den Outdoor-Klassikern. Der rahmengenähte Stiefel ist aus Juchtenleder – typisch ist der obere Teil des Schafts aus Wollfilz. Natürlich ist der österreichische Edeltreter mit einer geländetauglichen Gummisohle ausgerüstet und mit Lammfell gefüttert. Zirka 890 Franken. www.ludwig-reiter.com.
- 3 Der Logger von Red Wing ist zwar «nur» aus Leder (ohne Fütterung), doch wer ihn gross genug kauft, um darin eine währschafte Wintersocke zu tragen, wird es nicht bereuen. Der «Style No. 4585» (Werksname) kommt aus den Wäldern

Nordamerikas und war einst das Schuhwerk von Holzfällern. Die heutige Version hat eine Vibram-Sohle und einen Schaft aus geöltem Leder. Zirka 310 Euro. www.redwingheritage.eu.

- 4 Hipster, die derzeit dominierende Stil-Majorität, schwören auf die japanische Marke Visvim und ihre «Virgil Folk Boots». Der Schuh wirkt ein wenig wie ein Militärstiefel mit weiss gestrichener Sohle – doch es ist genau diese Sohle, die für Hipster das Stil-Dogma ist. Der Stiefel hat ein Fussbett aus Kork, eine Aussenhaut aus Bisonleder und eine Vibram-Gummisohle. 925 Dollar. www.visvim.tv.
- 5 Wer lieber einmal in zehn Jahren statt jede Saison neue Winterschuhe kauft, den werden die «1000 Mile Wingtip Boots» von Wolverine auf lange Zeit glücklich machen. Die Kreuzung zwischen einem eleganten Herrenschuh und einem Winterstiefel ist aus dem berühmten Horween-Leder gefertigt und hat eine Leder-sohle, die «Goodyear-weltd» (wasserfest rahmengenäht) ist. Zirka 540 Franken. www.wolverine.com.



Sofa «Togo»



Lümmel- und Fläz Möbel.

Als der Franzose Michel Ducaroy 1973 die Sofa-reihe «Togo» für Ligne Roset entwarf, waren die Unruhejahre des damals 48-Jährigen ge-wiss vorbei, doch befand sich Europa im Aufbruch, man suchte in allen Lebensbereichen nach alternativen Ideen. «Togo» war ein Lümmel- und Fläz Möbel, das beliebig zu neuen Gruppen arrangierbar war – ideal für vernebelte Rausch-Abende und gruppenweise Ver-suche in freier Liebe. Der Hippie-Lifestyle hat sich seither entzaubert, «Togo» ist geblieben: als ein noch heute unkonventioneller, gemütlicher und sich lässig in moderne wie klassi-sche Interieurs einfügender Allrounder.

Hat das Stil?

Leser fragen, Jeroen van Rooijen antwortet

Gibt es einen Hausmantel, in dem man sich vor Gästen zeigen kann? A. R., Winterthur



Der Frankfurter Dandy und Herrenschneider Stephan Görner hat ein solches Kleidungsstück für den Tuchhersteller Scabal gefertigt – es kostet 3000 Franken. Das war eher ein PR-Gag. Görner hat aber sehr wohl den

Finger auf ein Problemthema gelegt: das der Homewear mit Stil. Für die meisten Menschen hat das keine Priorität. Sie laufen daheim gerne in abgetragenen Lumpen herum. Ich würde Ihnen darum raten, nicht lange zu suchen, sondern eine Schneiderin aufzusuchen. Oder man kann natürlich immer in einen schönen japanischen Kimono schlüpfen, vorzugsweise in Modelle aus festeren und matten Stoffen.

Ihre Fragen zum Stil schicken Sie bitte per Mail an hatdasstil@weltwoche.ch. Oder per Post an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

Franzose aus Bolgheri

Von Peter Rüedi



Was sollen wir zum festlichen Mahl entkorken?», wird der Chronist in diesen Wochen öfter mal gefragt. Es macht ihn so ratlos wie die Frage nach seinem Lieblingswein. «Was wird denn an Speisen getischt?», wäre zurückzufragen und: «Welche Gesellschaft erwarten Sie?» Einen generellen Rat hätte ich, fürs Essen ebenso wie für den Wein: Nur ja die Latte nicht zu hoch legen. Was Letzteren angeht: Je älter und je renommierter die Flaschen, desto grösser die Enttäuschung, wenn die Tischrunde nicht vor Bewunderung auf die Knie fällt.

Alte Weine trinken ist sowieso nicht jedermanns und schon gar nicht jederfraus Sache, es erfordert Training, und im Übrigen gibt es noch anderes zu besprechen, wenn die Familie einmal im Jahr zusammenfindet. Anderes als die Finessen, Vorzüge oder eben die Defekte der Exklusivitäten, die der irreführende Hausvater – in falschem Ehrgeiz oder in bester Absicht – auf die Tafel stemmt.

Es muss ja nicht der Château Schüttmann aus der Teckeli-Literflasche sein; irgendein Kompromiss, der Banalität ebenso vermeidet wie Extravaganz, wird sich finden lassen. Womit wir bei der Fortschreibung des Themas «Zweitweine» wären (Weltwoche Nr. 48/13) respektive bei dessen Verlängerung aus dem Bordelais in die Toskana. Das heisst, auch nur bedingt, ist doch der von einer französischen Mutter in München geborene Axel Heinz, seit 2005 der Önologe der Maremma-Nobilität Ornellaia, ein Mann, der sein Handwerk in Bordeaux gelernt hat. So ist der Zweitwein von Ornellaia aus einem klassischen Bordeaux-Satz gebaut: knapp halb Merlot, halb Cabernet Sauvignon, etwas Petit Verdot für den Biss und ein bisschen Cabernet Franc für den Schmelz. 2011 war ein tolles Jahr in Bolgheri, und dieser «Serre Nuove», wiewohl aus jüngeren Reben, für mindestens die nächsten zehn Jahre gebaut, ist schon jetzt ein herrlicher Genuss. Elegant, vielschichtig; schwarze Beeren, etwas Tabak, Schokolade, etwas Vanille; weiche Tannine, schönes Finale. Aber damit belästigen wir doch Grossmutter bitte nicht am Weihnachtstisch ...

Le Serre Nuove dell'Ornellaia 2011.
14,5%. Bindella. Fr. 52.50. www.bindellaweine.ch

Koch- und Verpackungskunst

Christian Jürgens führt das jüngste Drei-Sterne-Lokal Deutschlands. Ein Besuch am schönen Tegernsee. Von David Schnapp



Schein und Sein: Restaurant «Überfahrt», Rehrücken, falsches Ei, Spitzenkoch Jürgens.

Fährt man zum Tegernsee, fühlt man sich als Schweizer sehr heimatlich. Rustikale Chalets, Langsamverkehr und – was man nicht sieht, aber weiss – Immobilienpreise von einem anderen Stern. Ab Zürich fährt man rund vier Stunden in die bayrische Idylle, es lohnt sich landschaftlich wie kulinarisch: Im «Seehotel Überfahrt» steht mit Christian Jürgens ein interessanter Koch am Herd, eben hat sein Restaurant vom «Guide Michelin» den dritten Stern erhalten. Der 45-jährige Küchenchef hatte grosse Lehrmeister, allen voran Eckart Witzigmann, bei dem er in der legendären «Aubergine» gearbeitet hat. Das klassische Fundament merkt man Jürgens' Kreationen an, sie basieren immer auf dem Wesentlichen: Geschmack, Geschmack, Geschmack.

Gleichzeitig ist der Westfale ein Anhänger der, nennen wir sie: Schein- und Sein-Technik – eine Präsentationsform, die unterhaltsam mit den Erwartungen spielt, welche die Erscheinungsform eines Gerichts weckt.

Listiges Spiel mit Erwartungen

Als Erstes wird da ein Stein aufgetragen, auf dem eine Meerrettich-Apfel-Creme aufgetragen ist, die sich wie ein Tarnanzug kaum von ihrer Umgebung abhebt. Die leicht süssliche Creme isst man mit dem hauchdünnen, aromatischen Knäckebrot. Es folgt das «Kiebitzei», das nur so aussieht, als wäre es eines. In einer

essbaren Schale aus aromatisiertem Kaolin liegt Frankfurter grüne Sauce und von einem Gelee überzogener Tafelspitz. Dieses listige Spiel zieht sich humorvoll durch das Menü, das ansonsten vor allem mit tiefen Aromen überzeugt. Unglaublich gut ist etwa der «Mont noir», Schwarzwurzeln, ein Wachtelei und ein Berg hauchfein geriebene Späne vom Périgord-Trüffeln, ein Trüffel-Espuma und ein Madeira-Jus – man möchte, dass dieses Gericht nie vorbeigeht. Filigran und geschmacklich perfekt ausbalanciert ist der feingeschnittene, glasige Kabeljau mit leicht geräuchertem Rosenblätterpilz, Rosenkohlblättern, einer Röstzwiebel-sauce und einer leicht scharfen Brunnenkresse-creme. Der perfekt gebratene Rehrücken im Hauptgang wird mit einer klassischen Rouennaise Sauce serviert, daneben liegt ein sorgfältigst drappierter Beilagentteppich mit verschiedenen Konsistenzen von Sellerie oder getrocknetem, knusprigen Moos.

Viel Geschmack und grosse Kochkunst, die auf einem klassischen Fundament basiert, vorgetragen in einer ganz eigenen Handschrift – das macht Christian Jürgens zu einem grossen Koch.

Restaurant Überfahrt, Überfahrtstrasse 10,
D-83 700 Rottach-Egern. Telefon +49 80 22/66 90.
Montags und dienstags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs mit Bildern
auf www.dasfilet.ch.



Auto

Heisser Feger

Ein GP ist der Mini für den täglichen kleinen Adrenalinkick – ein doppelter Espresso mit Heckspoiler sozusagen. *Von David Schnapp*

Zum neuen Jahr wollen wir eine kleine Rakete zünden: Sie heisst mit vollem Namen Mini John Cooper Works GP, wobei die letzten beiden Buchstaben den kleinen, entscheidenden Unterschied machen. Sie bedeuten so viel wie Rennsport für den Alltag beziehungsweise für zivile Strassen. Lediglich 2000 Exemplare des heissen Fegers werden gebaut, und, so versichert BMW, «Motor, Fahrwerkstechnik und Aerodynamikeigenschaften wurden bei Testfahrten auf dem ehemaligen Grand-Prix-Kurs der Nürburgring-Nordschleife intensiv aufeinander abgestimmt». Gewindefahrwerk,

spezielle Sportreifen (Kumho Ecsta 215/17) und ein modifizierter Vierzylinder-Turbomotor gehören zum technischen Grundgerüst.

Im richtigen Leben ist man damit immer ein wenig zu schnell unterwegs, 218 PS treffen auf lediglich 1160 Kilogramm Leergewicht, fröhlich-guttural schreit der Motor beim Beschleunigen, eine Mischung aus Heavy-Metal-Gesang und dem Brunftschrei eines Hirsches. Die Bodenhaftung ist besser als auf einer Carrera-Autorennbahn, man zirkelt den Mini so schnell durch eine Kurve, dass man sich immer rechtzeitig schon überlegen sollte, was man am Ende der Kurve zu tun gedenkt.

Mini John Cooper Works GP

Leistung: 218 PS, Hubraum: 1598 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 242 km/h
Preis: Fr. 41600.-; Testwagen: Fr. 49150.-



Nur zwei Sitze und eine rote Stange

Für den diskreten Auftritt ist der Mini GP denkbar ungeeignet. Er ist in einem feinen «Thunder Grey metallic» lackiert, und rote Akzente, grosse GP-Zeichen oder ein ausladender Dachspoiler sorgen für die Alarmzeichen der Beschleunigung. Vorne sitzt man auf Recaro-Sportsitzen, Rücksitze gibt es hingegen keine, sie wurden zur Gewichtsersparnis entfernt, eine rot lackierte Metallstange

verläuft quer durch den Rücksitzraum und verbessert die Steifigkeit des Strassenrenners. Der Kofferraum ist dadurch Mini-untypisch vorteilhaft gross, falls es mal einen kleinen Transport zu erledigen gäbe.

Auf weiteren Komfort muss man weitestgehend verzichten. Dass es kein Navigationssystem gibt, wird den Rennfahrer nicht gross stören, er fährt ja naturgemäss sowieso meistens im Kreis. Aber der Mini GP ist auch sonst ein Auto für aktive Piloten. Das Fahrwerk ist sehr, sehr straff, die Lenkung präzise, aber höchst unruhig, was ein Mindestmass an Aufmerksamkeit für Wagen und Strasse fordert. Im Sportmodus werden die Grundeinstellungen noch einmal zugespitzt, und bei Regen geben die speziell entwickelten Rennreifen auf nassem Untergrund ziemlich schnell nach. Am Ende hilft dann allenfalls noch das ESP oder die Beherrschung des kleinen Renners durch den Fahrer. Der «Nervenkitzel pur», den die Werbung verspricht, ist dann auf jeden Fall garantiert.

Als «sportlichster Mini aller Zeiten» ist der GP rund 10 000 Franken teurer als das übliche John-Cooper-Works-Modell. Hochwertige Komponenten rechtfertigen diesen Preisaufschlag – und natürlich das begrenzte Angebot. Dafür bekommt man ein Auto, das, wenn man damit losfährt, jedes Mal wie ein doppelter Espresso wirkt.



«Nicht nur der Bligg, der Textli schreibt»: Popstar Bliggensdorfer, 37.

MvH trifft

Marco «Bligg» Bliggensdorfer

Von Mark van Huisseling — Was macht man als Musiker, wenn der CD-Markt zusammenbricht und man noch 30 Jahre arbeiten sollte?

Wie wird das neue Jahr für dich? – «Intensiv und Früchte tragend.» – «Gut, dass du das schon weisst, dann muss ich das mir angebotene Mike-Shiva-Interview nicht führen...» – «Ich weiss es aufgrund unserer Aktivitäten, die anstehen.» – «Du tourst, nicht wahr?» – «Genau, im Februar und März. Kurz nach der Tour geht's los mit der Festivalsaison. Und wir haben im Rahmen von «Service Publigg» [sein neues Album] die eine oder andere Single, die kommt; einen Videoclip, der kommt. Es wird das «Service Publigg»-Jahr.» – «Einen Videoclip – wirklich?» – «Künstler verkaufen heutzutage keine CDs mehr; kannst internationale Namen nehmen, von Justin Timberlake über Lady «Superstar» Gaga... Der Markt ist, generell, in den letzten zwei Jahren noch einmal dreissig Prozent abgesackt. Mittlerweile lohnt es sich wieder für acts wie mich, Videoclips zu machen. Das Visuelle hat bei den Musikern grausam an Wert gewonnen. Ich

sage immer: «Den nächsten Arbeitsplatz, den ich in dieser Bude besetze ich mit einem Grafiker.» («Diese Bude» ist seine Firma Dreamstar Entertainment, er verkauft darüber alles, was mit seiner Musik zu tun hat – Tonträger, Konzerte, Merchandising-Artikel.)

«Der 37-Jährige ist wohl der erfolgreichste Musiker seiner Art», stand im *St. Galler Tagblatt*. Was der Journalist damit wohl meinte: ein Musiker, der auf Zürichdeutsch rappt (er wuchs in Schwamendingen auf) und, in älteren Stücken, Stilelemente traditioneller Volksmusik verwendete (etwa Hackbrett auf dem Album «0816» von 2008, das zwei Jahre in den Charts war und fünffach Platinstatus erreichte). Der Haftungsausschluss: Ich bin mit ihm ein bisschen bekannt und finde ihn gut.

«Bei Spotify [einer Website, über die man Musik auf elektronischem Weg ausleihen kann, vom Gesetz erlaubt, kostet den Nutzer etwa Fr. 12.95 pro Monat] gibt's «Service Publigg»

nicht. Ist das ein Zufall?» – «Nein, wir sind eigentlich in Verhandlung mit denen...» – «Man verdient bei solchen Streaming-Angeboten als Künstler wenig, oder?» – «Du verdienst nix. Für 40 000 streams [heisst, ein Album wurde 40 000-mal gehört] bekommst du ein Glas Mineralwasser.» – «Hast du ein Businessmodell oder eine Idee, wie du in den kommenden dreissig Jahren Geld verdienst, um deinen Lebensstil halten und Steuern zahlen zu können?» – «Ich habe, insbesondere in den letzten sechs Jahren, Mittel bekommen, die ausserhalb unserer Erwartungen waren; ich kann jetzt Produktionen auf einem neuen Level fahren. Aber was meinen Lifestyle betrifft: Ich lebe eigentlich sehr bescheiden. Ich glaube, ich habe genug Lebenserfahrung gesammelt, um das, was ich verdient habe, nicht wieder auf einen Schlag auszugeben. Ich lebe normal, genau aus dem Grund. Und ich kann mir durchaus vorstellen, dass ich in fünf, zehn Jahren nicht mehr als Musiker unterwegs bin. Ich habe alle steps durchgemacht, ich bin nicht nur der Bligg, der Textli schreibt. Du kannst mir einen *newcomer act* geben, und ich wüsste, wie man draus einen Star macht.»

«Wie kam es bei deiner Fangemeinde an, dass du Showcases [Auftritte nur für Eingeladene] mit der Credit Suisse machst?» – «Es gab Stimmen, die sagten: «Der Bligg, jetzt macht er mit den Grossbanken gemeinsame Sache – weiss der nicht, was die Bank für Probleme gehabt hat?» Doch, ich weiss es, aber es interessiert mich nicht. Es war eine Win-win-win-Situation: Sie [die Bank] erreichte die Zielgruppe. Meine Fans konnten das Album hören, bevor es im Laden war. Und für uns war es eine Möglichkeit, das Album einem harten Fan-Kern präsentieren zu können.» – «Deine Vorbilder sind Nicolas Hayek oder Warren Buffett [amerikanischer Anleger und Milliardär]. Und wie legst du dein Geld an?» – «Ein ganz grosser Teil geht zurück ins Produkt, das ist so. «Service Publigg» wurde für einen Betrag im sechsstelligen Bereich produziert. Ob das zurückkommt – ich weiss es nicht.» – «Weshalb arbeitest du so teuer?» – «Weil das, aus Geschäftsmann-Sicht, meine Visitenkarte ist, die den Leuten sagt: «Kommt mich besuchen an meinen Konzerten.»» – «Und sonst? Nur in die eigene Firma zu investieren, wäre ein Klumpenrisiko.» – «Immobilien ist bei mir ein Thema; Wertschriften, ich habe gerade Aktien von Biogen Idec gekauft, einer Biotechfirma; Uhren [er hat eine Rolex Day-Date, Weissgold mit Diamanten, an]. Und gewisse ältere Gitarren, ich habe eine original Gibson Les Paul «Black Beauty» von 1957.» – «Bist du als Anleger so erfolgreich wie als Musiker?» – «Nein, die Zeit lässt es nicht zu, ich mache das so nebenbei ein bisschen.»

Sein liebstes Restaurant: «Antiquario da Marco», Freiestrasse 213, Zürich, Telefon 044 381 46 46

1		2		3	4		5	6		7		8	9	10
				11								12		
13	14		15				16		17		18			
19						20								
			21								22			
23		24						25						
26					27						28		29	
30				31				32		33				
34				35				36				37		38
39								40				41		
				42						43				
	44							45				46		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Elementare Konstellation mit mystischem Touch

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Abgabe ohne Wenn und Aber, wie man einst sagte. 5 Da kommt einem Deutschland spanisch vor. 11 Ganz schön flink, der von den Italienern ins All geschossene Satellit. 12 Schaft, schafft mit Vorteil Vorteile. 13 Ist Plaid wie Poncho. 16 Nicht Pro Juventute, sondern für Behinderte. 19 Machtwort bei Kinderquengeleien. 20 Wer nicht so ist, lässt sich auf was auch immer ein. 21 So wird im Hotel Frühstück serviert. 22 Wer schon nach Freising ging, sah sicher auch sie. 23 Bei ihnen bewegt sich gar nichts mehr. 25 Der Louis hat seinen eigenen Stil, fast schon klassisch. 26 So eine Art kleiner Wal des Süßwassers. 27 Folgt er auf sie, sind Schweizer stolz, und wie! 28 Oper und Film mit Porgy und ihr. 30 Massenhaft Land inklusive Länder. 32 Personifiziertes Gerücht aus Homers Odyssee. 34 Typisch Frühjahr, dass sie in Bern Publikum anzieht. 35 Kein Hexengebräu, eher Gesundheits-trunk. 39 Es mag einen nicht die Bohne interessieren, doch umhüllt gleichen sie ihr. 40 Klarer Fall: betrunken in Genf. 41 Diese Genossen schlossen sich keiner Gewerkschaft an. 42 Event, dann erst richtig lebendig. 43 Genau besehen ist das Land eine eisige Insel. 44 Tropische Regenzeit, kennt man in Trinidad und Tobago gut. 45 Ach du grüne Neune, mag man bei diesem US-Rapper sagen. 46 Der Schlüssel zur Lösung liegt in England.

Senkrecht — 1 Dummes zu sagen ist sozusagen Unsinn. 2 Was es immer ist, wird sie im abschätzigen Fall. 3 Hosenträgers minimalste Varianten. 4 Nicht Gopfried Stutz sondern Göpf, der "Jass-Papst". 5 Anderswo, sagte der Verdächtige im alten Rom, womit er den Nachweis erbrachte. 6 Der Räuber unter Wasser mag Dorsche. 7 Possessiv und zum Egoisten passend. 8 Julius Caesars gediegene Mussestunden an dessen Ufer. 9 Der philippinische Mount Mayon ist sein Nachbar. 10 Mit oder ohne Discolärm: schlicht unverständlich. 14 Gehorsam ist nicht seine Stärke. 15 Sein Regen wirke wie Gift, wenn er reifende Trauben trifft, so Winzer. 17 Nostalgische Zündler brauchen Pyrit und ihn. 18 Die psychologische Diagnose: irritabel. 20 Engelhafte deutsche Politikerin. 23 Tönt fast wie Schwaben, die von ihnen ihren Namen haben. 24 Seychellisches Atoll, wirklich toll und UNESCO-Welterbe. 25 Athen Asiens, zumindest den Breitengrad betreffend. 27 Schutz, den Künstler zu schätzen wissen. 29 Wer ... und Eier verpackt, sollte die ... nach unten legen. 31 Zuwider sein ist keine Übertreibung. 33 Heinrich war als Seelsorger tätig und wird als Seliger verehrt. 36 Nicht unbedingt glitschig aber schon glatt. 37 Nutzholz zum Nutzen südostasiatischer Länder. 38 Merckx und Murphy hören gleichermassen auf ihn.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 348

	P	A	R	A	G	R	A	F		A	B	R	I	
S	U	B		B	I	E	L	E	R	S	E	E		A
A	L	L	I	G	A	T	O	R		I	H	N	E	N
U	S	E		U	L	T	I	M	A	R	A	T	I	O
N		B	A	S	I	E		E			R	E	G	A
A	V	E	R	S		R	E	N	N	E	R		E	
S	I	N	T		B	I	T	T	E		L	O	R	A
	B		H	A	E	N	A		E	M	I	R		R
E	R	F	U	R	T		G	A	L	I	C	I	E	N
H	A	A	R	N	A	D	E	L		C	H	E	R	I
E	T	C		D		N	O	A	H		N	I	K	
R	O	E	S	T	E	N		E		A	E	T	N	A

Waagrecht — 1 PARAGRAF 8 ABRI 11 SUB (Präfix, steht auch für Angehörigen einer Subkultur) 12 BIELERSEE 14 ALLIGATOR 15 IHNEN 17 USE (engl. f. Einsatz, wahrnehmen) 18 ULTIMARATIO 19 BASIE (engl. Count f. Graf, †) 21 REGA 22 AVERS (Kt. GR. Juf, der höchstgelegene ganzjährig bewohnte Ort der Schweiz, gehört zur Gemeinde Avers) 24 RENNER 27 SINT (niederl. f. Heilig/er; auf Franz.: Saint) 28 BITTE 29 LORA 32 HAENA 34 EMIR 36 ERFURT 38 GALICIEN 41 HAARNADEL 42 CHERI (franz. f. Liebster) 43 ETC 44 NOAH 45 NIK 46 ROESTEN 47 AETNA

Senkrecht — 1 PULS 2 ABLEBEN 3 ABGUSS 4 GIALI (GI, Ali) 5 RETTERIN 6 ALOI 7 FERMENT (veraltet für Enzym) 8 ASIR (a Sir, engl. f. ein Herr) 9 BEHÄRRLICH 10 RENTE 11 SAUNAS 13 ANOA 16 EIGER 20 ARTHUR 23 VIBRATO 25 ETAGEN 26 NEEL (-Temperatur, nach dem franz. Physiker Louis Néel) 28 BETA 30 ORIENT 31 ARNIKA 33 ARNDT (Kurzform von Arnold) 35 MICHA 36 EHER 37 FACE (-book, [engl. f. Buch]) 39 ALOE 40 ERIN (rein)

Lösungswort — INTERVENTION

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



MEHR ALS NUR EIN SIGNET. EINE VERPFLICHTUNG.

DAS OFFIZIELLE ROLEX SIGNET IST AUSSCHLIESSLICH DEM ROLEX FACHHÄNDLER VORBEHALTEN. NUR ER BIETET EINE GROSSE AUSWAHL UNTERSCHIEDLICHSTER ROLEX ARMBANDUHREN UND BESITZT DIE EXPERTISE, UM DIE TECHNISCHE ZUVERLÄSSIGKEIT UND DEN GLANZ EINER ROLEX DAUERHAFT ZU ERHALTEN. JEDER NEUEN ARMBANDUHR VON ROLEX LIEGT EINE GARANTIEKARTE BEI, DIE ZUGANG ZUM NAMHAFTEN WELTWEITEN NETZWERK DER OFFIZIELLEN ROLEX FACHHÄNDLER GEWÄHRT.



OYSTER PERPETUAL COSMOGRAPH DAYTONA
IN PLATIN

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel +41 (0)43 344 63 63
beyer-ch.com

